



14. Heft | 22. Juli 1915

WILHELM JANSSON · DIE ENGLISCHE PSYCHOSE

EIT jeher, auch jetzt während des Weltkriegs, macht sich in Deutschland (und auch anderswo) eine Gruppe von Publizisten bemerkbar, die beständig das Wort Westmächte im Munde führen, um so die lichte Kultur des Westens der Barbarei des Ostens gegenüberzustellen. Unter den Westmächten verstehen diese Intelligenzler aber nur England. Nun kann man gewiß von der Größe der englischen Geschichte, Politik und Gesittung überzeugt sein; nichts törichter als jene verständnislose Herabsetzung des englischen Wesens, die in manchen deutschen Kreisen jetzt an die Stelle der blinden Nachäffung alles Englischen getreten ist. Man darf nur, wenn man von der Bedeutung Englands und seiner Macht die richtige Vorstellung hat, nicht vergessen, daß es gerade darum der gefährlichste Gegner Deutschlands in diesem Krieg ist. Unsere Anglophilen aber wollen uns glauben machen, daß England als Land der Demokratie auch nur für die Sache der Demokratie kämpft, und daß es auch Deutschland gegenüber die Rolle des Befreiers spielen will. Das ist eine groteske Verkennung (und auch eine objektive Verkleinerung) des Charakters der englischen Politik, eine Umdrehung des Verhältnisses zwischen innerer und äußerer Politik, wie sie nur in den Köpfen dogmatischer Demokraten vor sich gehen kann. Im Angesicht der rauen Wirklichkeit kann man das als eine Krankheit der demokratischen Intelligenz bezeichnen, die ich die englische Psychose nennen möchte, und die vom Standpunkt der organisierten Arbeiterklasse entschieden abzulehnen ist.

Diese Krankheitserscheinung nötigt uns aber auch die politischen und sozialen Zustände Englands zu betrachten, um zu erkennen, daß hier eine falsche oder doch sehr fehlerhafte Einschätzung der tatsächlichen Entwicklung vorliegt, die dann im Verein mit einer ganz unpolitischen Verwechslung von Sympathien und Interessen auf die Abwege einer verkehrten Propaganda geführt hat. Es sollen selbstverständlich auch nicht in Gedanken die großen Verdienste in Zweifel gezogen werden, die sich England um die politische Demokratie, den wirtschaftlichen Fortschritt, den Arbeiterschutz und viele anderen Dinge von größter Wichtigkeit erworben hat, und für die es mit Recht die größte Anerkennung für sich beanspruchen darf. Allein die Bewertung dieser Verdienste darf nicht unter Außerachtlassung der Proportionen erfolgen. Mir scheint, daß in dieser Beziehung stark gesündigt wird. Man urteilt über das heutige England auf Grund einer alten, liebgewordenen Schablone, die uns vergessen läßt, daß England auch das Mutterland des Kapitalismus ist.

England ist freilich auch das Mutterland des Parlamentarismus, und dieser Ruhm soll ihm nicht geschmälert werden. Gleichwohl kann man nicht verkennen, daß, nachdem die europäischen Staaten den Vorsprung auf diesem Gebiet mit mehr oder minder großem Erfolg einzuholen begonnen haben, auch die englische Verfassung heute nicht mehr über jede Kritik erhaben scheint. Die Legislative liegt bekanntlich in den Händen des Parlaments. Die rechtliche Stellung des Königs unterscheidet sich theoretisch kaum von der in den deutschen monarchischen Verfassungen üblichen. Die Praxis hat freilich das parlamentarische Regime gebracht. Gleichwohl kommt es auch in England nicht unwesentlich auf die Person des Monarchen an: Eduard VII. war sicherlich keine einflußlose Null in der englischen Politik. Die eigentliche Regierungsgewalt wird vom Kabinett ausgeübt. Welche Machtvollkommenheit sich in diesem vereinigt, hat kürzlich Karl Leuthner hier eindrucksvoll dargelegt.¹⁾ Aber nicht nur die Tätigkeit, auch die Zusammensetzung der beiden Häuser des englischen Parlaments ist nichts weniger als demokratisch befriedigend. Die Darstellung, die der Vorwärts vor kurzem davon gab, kann dieses Urteil durchaus nicht entkräften. Das Oberhaus, dessen Budgetrechte neuerdings eine Einschränkung erfahren haben, ist eine Vertretung des Adels und der Geistlichkeit, eine Klasseneinrichtung des Großgrundbesitzes, der in England doch noch ganz anders dominiert als in Preußen. Man kann die Zusammensetzung dieses Hauses beim besten Willen nicht günstiger bewerten als die des preußischen Herrenhauses. Das Unterhaus kann in seinem Wahlrecht in keiner Weise mit dem deutschen Reichstag konkurrieren. Zum Vergleich genügt die Tatsache, daß nur der wählen darf, der seit mindestens 12 Monaten eine eigene Wohnung und die Schlüsselgewalt darüber in seinem Wahlkreis hat. Wer als Grundbesitzer oder als Mieter von Geschäftsräumen in mehreren Wahlkreisen ein Wahlrecht besitzt, kann dieses auch ebenso oft ausüben, da die Wahlen nicht an einem Tag stattfinden sondern sich über Wochen zu erstrecken pflegen. Bei der von der letzten Regierung in Aussicht genommenen Wahlreform sollte, ohne daß die Frauen berücksichtigt wurden, nicht weniger als 5 Millionen heute Entrechteter das Wahlrecht verliehen werden. Dabei betrug die Gesamtzahl der eingetragenen Wähler bisher 7½ Millionen, worunter noch viele Doppelwähler waren. Man kann also die Zahl der Entrechteten nicht als geringfügig wegdiskutieren. Die Wahlkreiseinteilung folgt dem geschichtlich Gewordenen, nicht der Zahl der Bevölkerung. Also auch hierin keine besondere Überlegenheit.

Sieht man sich nun die Gesetzgebung des englischen Parlaments vom sozialdemokratischen Standpunkt aus näher an, so braucht zum mindesten der deutsche Arbeiter nicht neidisch zu sein. Für ihn kommt ja vor allem der Arbeiterschutz in Betracht. Wie es mit diesem steht, soll im folgenden kurz skizziert werden.

Greifen wir den besonders wichtigen Kinderschutz heraus, so ergibt sich für England im Verhältnis zu Deutschland ein Minus. In Deutschland dürfen schulpflichtige Kinder, also für den größten Teil des Reichs Kinder bis zum Alter von 14 Jahren, nicht in Fabriken arbeiten. In England ist die Beschäftigung von Kindern in Fabriken nur bis zum vollendeten 12. Lebensjahr verboten. Vom 12. bis zum 14. Lebensjahr können sie aber beschäftigt werden,

¹⁾ Siehe Leuthner *Der plebiszitäre Kabinettscaesarismus*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, I. Band, pag. 386 ff.

wenn ihnen ein Tauglichkeitszeugnis ausgestellt wird und die Schule einen Dispens erteilt. Das geschieht in großem Umfang, vielfach in der Weise, daß neben einen Schultag ein schulfreier Fabrikarbeitstag gelegt wird: die sogenannten halftimers. Die schwedische Gewerbeinspektorin Kerstin Hesselgren fand auf einer Studienreise durch England im Jahr 1914 eine große Anzahl 12- bis 14jähriger Kinder, die in der Textilindustrie entweder halbtags beschäftigt wurden, neben täglichem Schulbesuch, oder einen Schultag und einen 9stündigen Fabrikarbeitstag in hübscher Abwechslung hatten. Es bedarf kaum der Hervorhebung, daß der Schulunterricht in diesen beiden, sonst so ergebnisreichen Lebensjahren unter solchen Umständen ein mageres Resultat zeitigen muß. Das Straßenbild in England kennzeichnet nicht minder die Mängel des Kinder- und Jugendschutzes der englischen Demokratie. Der Straßenhandel wird in hervorragendem Maße von Kindern und Jugendlichen betrieben. In England und Wales wurden nach einer Statistik im Jahr 1908-1909 nicht weniger als 37 000 jugendliche Straßenhändler unter 18 Jahren registriert (in England und Wales ohne London 19 249 Knaben und 2945 Mädchen, in London 13 873 Knaben und fast 1000 Mädchen). Dabei ist die faktische Zahl weit größer, weil vielfach eine Registrierung umgangen wird oder überhaupt nicht besteht. Die demoralisierende Wirkung des jugendlichen Straßenhandels wird in der englischen sozialpolitischen Literatur durchaus anerkannt. Zur Beseitigung des Übels jedoch hat sich die englische Gesetzgebung noch nicht entschlossen.

Überhaupt ist die Unzulänglichkeit des Kinder- und Jugendschutzes stark in der Furcht vor einer Zentralisation begründet. Der Schutz ruht zu sehr großem Teil in den Händen der Ortsbehörden, wie ja auch der englische Arbeiterschutz im allgemeinen nicht so sehr in strengen gesetzlichen Vorschriften als in Verordnungen des Ministeriums des Innern besteht; diese Verordnungen können vom Parlament mit einer 40tägigen Frist außer Kraft gesetzt werden. England hat schon 1802 den ersten mutigen Versuch unternommen die Nachtarbeit der Jugendlichen einzuschränken. Als aber 1867 die Hütten-, die Papier- und die Glasindustrie dem neuen Fabrikgesetz unterstellt wurden, sah man aus den bekannten technischen Gründen für die Minderjährigen Ausnahmen vor. Nach dem Fabrikgesetz von 1901 ist die Nachtarbeit für Knaben über 14 Jahre in der Schwerindustrie (Hochöfen, Eisenwerke), der Papierindustrie und in Buchdruckereien erlaubt. Das Ministerium des Innern kann die Nachtarbeit für Jugendliche über 16 Jahre in gewissen Fällen gestatten, jedoch nicht in der Textilindustrie, wo die Tradition seit 1802 besteht. Im Jahr 1913, dem letzten, von dem mir Angaben vorliegen, war solcher Dispens für Regenerativöfen, Zuckerraffinerien, Galvanisierungs- und Tonwarenfabriken und für näher bestimmte Arbeiten in Zink- und Bleihütten erteilt worden; ebenfalls für die Glashütten und Zeitungsdruckereien unter Vorschrift einer bestimmten Einteilung der Arbeitszeit. Eine auf Beschluß des Parlaments 1911 eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Wirkungen der Nachtarbeit auf die Jugendlichen machte die alte Erfahrung: Arbeitgeber wie Arbeiter fanden diese Nachtarbeit selbstverständlich; die Arbeitgeber bestritten überhaupt das Vorhandensein schädlicher Wirkungen, und die Gewerbeinspektoren hatten im allgemeinen auch keine solchen bemerkt. Eine entgegengesetzte Stellung nahmen die Gewerkschaftsvertreter und ein Teil der Ärzte ein. So gelangte die Kommission zwar zu einer Verurteilung der Nachtarbeit der Jugendlichen;

sie konnte sich jedoch zu der Forderung eines generellen Verbots nicht aufschwingen sondern verlangte nur, daß die Dispenserteilung auf die Fälle beschränkt werden sollte, in denen die absolute Notwendigkeit der Nachtarbeit der Jugendlichen »vorliegt«. Die Unternehmerinteressen sind auch in dem freien England stärker als die soziale Einsicht.

Nun hat ja zweifellos das letzte Jahrzehnt in England sozialpolitische Gesetze von großer Tragweite hervorgebracht. Das hat aber nichts mit der englischen Demokratie zu tun sondern ist lediglich eine Reaktion auf eine 3 Jahrzehnte währende Stagnation der englischen Sozialpolitik. In den letzten Jahrzehnten des verflornten Jahrhunderts, in denen das *militaristische* Deutschland seine weittragende sozialpolitische Gesetzgebung schuf und dabei für die Sozialversicherung neue, bis dahin ungeahnte Wege einschlug, lag das demokratische England des Kapitalismus sozialpolitisch in einem Dornröschenschlaf. Und wenn wir uns dann die sozialpolitischen Leistungen des letzten Jahrzehnts in England ansehen, so wird das Ergebnis der Betrachtung auch nicht reine Begeisterung sein. Der Achtstundentag im Bergbau ist freilich ein Fortschritt, das Hausarbeits- und das Arbeitsvermittlungsgesetz sind es zweifellos auch; die Ansichten der Arbeiter über die Lohnämter im Bergbau sind geteilt. Die Hauptleistung bildet die National Insurance Act, das große Versicherungsgesetz, das die obligatorische Krankenversicherung, die Alterspensionen und die Arbeitslosenversicherung brachte.

Die Altersversicherung ist keine eigentliche Sozialversicherung sondern eine Übernahme der Armenunterstützung, die infolge der notorisch großen Armut breiter Massen in England eine von Jahr zu Jahr sich steigernde enorme Belastung der Gemeinden mit sich brachte, auf den Staat. Beiträge werden nicht erhoben. Eine Alterspension erhält nach dem Gesetz jede Person, die 70 Jahre alt geworden ist, seit 20 Jahren britische Staatsangehörigkeit besitzt und ihren Wohnsitz im Königreich hat, wenn sie den Nachweis erbringt, daß sie weniger als 630 Shilling im Jahr verdient. Die Pension beträgt wöchentlich 5 Shilling, wenn das Jahreseinkommen sich auf weniger als 420 Shilling beläuft, und wird dann nach unten abgestuft, so daß sie bei einem Höchsteinkommen von 630 Shilling auf 1 Shilling wöchentlich kommt. Die Berechnung des Jahreseinkommens stellt sich gewissermaßen als eine Bestrafung derer dar, die in den Jahren ihrer Kraft und guten Arbeitsverdienstes an ihre alten Tage gedacht haben. Als Einkommen gilt, was der Antragsteller mit einiger Sicherheit im kommenden Jahr an Bargeld einnehmen wird, darunter auch die zu erwartenden Vorteile aus der Benutzung etwa vorhandenen Grundeigentums, aus Zinsen, die ihm eventuell zustehen, auch wenn er keinen Gebrauch davon machen würde, und schließlich aus Renten, auf die er durch Versicherungen oder sonstwie ein Anrecht gewonnen hat. Hat ein Antragsteller (wie das in England vielfach der Fall ist) sich ein eigenes Häuschen erworben, so wird ihm der Mietswert angerechnet. Ist er Mitglied einer freiwilligen Kasse geworden und steht ihm da eine Altersunterstützung auf Grund seiner geleisteten Beiträge zu, so geht ihm ein entsprechender Betrag der Alterspension verloren. Daß solche Bestimmungen gerade von einem großen sozialen Verständnis der englischen Demokratie zeugen, kann nicht behauptet werden. Die Wirkungen des Gesetzes auf die Armenausgaben der Gemeinden sind gewiß von Bedeutung. Am 1. Januar

1910 standen in den Armenunterstützungslisten der Gemeinden 195 924 Empfänger im Alter von mehr als 70 Jahren. Am 1. Januar des folgenden Jahres waren nur noch 148 438, und am 4. Januar 1913 gar nur 57 770 Empfänger vorhanden. Das Gesetz bedeutet also eine staatliche Regelung der Altersfürsorge, was zwar theoretisch ein Fortschritt ist, für die Betroffenen aber nicht in allen Fällen ein Vorteil zu sein braucht, weil die Gemeinden häufig mehr zu leisten pflegen als die 5 Shilling Staatsunterstützung.²⁾ Das englische Alterspensionsgesetz hat eine gewisse internationale Wirkung ausgeübt. Schweden hat seine Alterspensionierung fast wörtlich aus diesem englischen Gesetz abgeschrieben, nur mit dem Unterschied, daß die Mittel aus Beiträgen der Versicherten und neuen indirekten Steuern sowie einer vermehrten Erzausfuhr gewonnen werden. Die Krankenversicherung in England, die dort auch die Aufgaben der Invalidenversicherung erhielt, kann sich keinesfalls mit der deutschen Versicherung messen. Auch ihre Organisation, die so sehr gepriesen worden ist, weil alle möglichen freien Vereinigungen zugelassen werden, scheint mir in Anbetracht der Aufgaben der Krankenversicherung recht wenig zweckmäßig zu sein. Die 30jährige Wirksamkeit der deutschen Krankenversicherung hat doch zur Genüge gezeigt, daß diese zur Erfüllung ihrer ganz besonderen und außerordentlich wichtigen Aufgaben einer direkten Organisation und stärkerer Zentralisation bedarf. Dabei soll aber nicht verschwiegen werden, daß in England die Selbstverwaltung der Versicherungsträger als eine Selbstverständlichkeit anerkannt ist, was von der letzten Revision des deutschen Gesetzes wohlthuend absticht. Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich auf alle Arbeiter über 16 Jahre im ganzen Baugewerbe, im Schiffsbau, in der Metallindustrie, Sägemühlenindustrie und Holzschneiderei. Ihr hat Deutschland bisher keine ebenbürtige staatliche Einrichtung auf diesem Gebiet zur Seite zu stellen. Dagegen ist die englische Unfallversicherung hinter der deutschen zurückgeblieben. Erst in der 2. Hälfte der neunziger Jahre entschloß man sich zur Anerkennung des Rechts auf Entschädigung des Beschädigten an Stelle der oft nur nominellen Haftpflicht der Unternehmer. Allein die Zwangsversicherung der Arbeitgeber wurde abgelehnt. Wenn man aber weiß, was diese in Deutschland für die Unfallverhütung bedeutet, kann man nicht im Zweifel sein, daß die deutsche Gesetzgebung hier weit voraus ist.

Schon dieser kurze Streifblick auf die englische Arbeiterschutzgesetzgebung zeigt, daß die Arbeiterklasse Englands durchaus nicht mehr Nutzen aus der englischen Demokratie gezogen hat als die deutschen Arbeiter aus dem *Kaiserismus*. Die Sorge um den täglichen Unterhalt ist für die Arbeiter in England keineswegs geringer als in Deutschland. Die Einbildung, der Lebensstandard des englischen Arbeiters sei höher als der des deutschen, sollte man ebenfalls zum alten Eisen werfen. Hier wie dort gibt es eben gut und schlecht entlohnte Arbeiter. Was aber in Deutschland fast völlig fehlt, das ist die Not der ungeheuren Masse der unskilled labourers, der ungelerten Arbeiter, die, im Gegensatz zu Deutschland, in England als Gelegenheitsarbeiter anzusprechen sind; und zwar als Gelegenheitsarbeiter nicht aus Arbeitsscheu sondern aus ganz bestimmten sozialen Ursachen, die auf der wirtschaftlichen Struktur Englands beruhen.

²⁾ In seinem (sehr englandfreundlichen) Buch *Die neuere englische Sozialpolitik* / Berlin 1914 / berichtet Walter, daß die Zahl der Straßenbettel seit Inkrafttreten des Alterspensionsgesetzes sich vermehrt hat, weil die 5 Shilling-Pension unzureichend ist.

Im Jahr 1913 wurde eine große amtliche Lohnerhebung aus dem Jahr 1906 veröffentlicht, die gute Anhaltspunkte für die Beurteilung der Lohnverhältnisse in England bietet. Die folgende Übersicht zeigt den Jahresverdienst einiger Arbeiterkategorien an:

Branche	Durchschnittlicher Jahresverdienst Mark
Papier- und Buchdruckgewerbe	1080
Töpferei, Glas- und chemische Industrie	1190
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	970
Verschiedene Gewerbe	1200
Gesamtdurchschnitt	1110

Die ermittelten Wochenlöhne der Frauen und Mädchen stellten sich bei voller Arbeitszeit wie folgt:

Branche	Durchschnittlicher Wochenlohn in Mark für	
	Frauen	Mädchen
Papier- und Buchdruckgewerbe	12,40	6,45
Töpferei, Glas- und chemische Industrie	12,05	7,15
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	11,65	6,65
Textilgewerbe	15,70	9,10
Verschiedene Gewerbe	12,60	6,90

Allerdings liegen diese Zahlen 9 Jahre zurück. Aber die gleichfalls amtlichen Berechnungen der Lohnkurve durch das Handelsministerium weisen bis zum Jahr 1911 eine sinkende Tendenz bei steigenden Lebensmittelpreisen auf. Die Lebenshaltung des englischen Arbeiters ist trotz dem Freihandel durch die Preissteigerung erschwert worden. Nach der Statistik des Handelsministeriums stiegen die Groß- und Kleinhandelspreise, wenn man die des Jahres 1900 gleich 100 setzt, bis zum Jahr 1912 auf 115 respektive auf 114,9; der Reallohnwert des Pfundes Sterling, der 1896 noch 20 Shilling betrug, fiel bis zum Jahr 1912 dadurch auf 16 Shilling 3 Pence. Der Lohnstandard dagegen weist eine sinkende Tendenz auf. Setzt man ihn im Jahr 1900 gleich 100, so war er 1911 auf 99,83 gefallen.³⁾

Ich wüßte also wirklich nicht, woraus vom Standpunkt der Arbeiterklasse der Anspruch hergeleitet werden sollte England als das Dorado der Demokratie und der Freiheit, Deutschland aber als das Land der Knechtschaft zu bezeichnen. Wir tun gut uns von der englischen Psychose zu emanzipieren und gewisse uns zusagende Formalitäten nicht mit Realitäten zu verwechseln. In Wirklichkeit besteht in England wie anderswo die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die dem Arbeiter im wesentlichen nur das gibt, was er sich zu erkämpfen vermag. Dieser Kampf ist bisher nicht erfolgreicher in England geführt worden als in Deutschland, obgleich die englischen Arbeiter ein halbes Jahrhundert Vorsprung hatten. Wir haben von den Engländern manches gelernt, auch für den gesetzlichen Arbeiterschutz. Aber eine dominierende Stellung nimmt England in diesen Dingen heute wirklich

³⁾ Die von Walter, loc. cit., angegebenen Ziffern sind etwas günstiger. Nach ihm stieg der Lohn von 100 in 1900 auf 100,3 in 1911, während die Kleinhandelspreise von 100 auf 109,3 stiegen. Meine Ziffern sind aber dem Year-Book of Social Progress für 1913-1914 entnommen.

kriegführung bliebe, trotz dem neugeschaffenen, jugendlich entwickelungsfähigen deutschen Kampfmittel, eine Besonderheit Englands, das, gestützt auf seine Machtmittel alten Schlages und auf die ihnen angepaßte, überlieferte Seerechtsordnung, nach wie vor über die lückenloseste Seegewalt verfügt haben würde.

Da man heute rasch lebt und rasch vergißt, so seien wenigstens ein paar der wichtigsten Stellen aus der Washingtoner Note vom 15. Mai wiederholt: »Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte die Kaiserlich deutsche Regierung allen Ernstes darauf aufmerksam machen, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren den Handel ihrer Feinde anzugreifen darin liegt, daß es praktisch unmöglich ist Unterseeboote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne dabei die Regeln der Billigkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu mißachten, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden. Es ist für die Offiziere eines Unterseeboots tatsächlich unmöglich ein Handelsschiff auf See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen; es ist für sie tatsächlich unmöglich das Schiff als Prise zu nehmen, und . . . sie können es nicht versenken, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wellen in ihren kleinen Rettungsbooten preiszugeben. . . Es ist klar, daß die Unterseeboote, wie die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt haben, nicht gegen Handelsschiffe verwendet werden können, ohne unvermeidliche Verletzungen vieler geheiligter Grundgesetze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. . . Die Kaiserlich deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort verschweigen oder irgendeine Tat unterlassen wird, die notwendig sein sollten, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren.«

Die deutsche Regierung erwiderte zunächst unter dem 28. Mai, daß die Lusitania, nach guten Informationen mit Geschützen ausgerüstet und außerdem mit Munitionsfracht beladen, nicht als ein gewöhnliches »unbewaffnetes« Handelsschiff zu betrachten gewesen sei. Nach den geheimen englischen Regierungsanweisungen über angriffsweises Vorgehen durch Rammen, nach der Aussetzung hoher Preise auf die Vernichtung von deutschen Unterseebooten könne man englische Kauffahrteischiffe auf dem bezeichneten Seekriegsschauplatz allgemein nicht mehr als »unverteidigtes« Gebiet ansehen und dementsprechend die sonst für das Seebeuterecht üblichen Regeln ihnen gegenüber nicht mehr beobachten. »Im Kriegsgebiet neutrale Schiffe, die sich keiner feindlichen Haltung schuldig gemacht haben, durch Unterseeboote angreifen zu lassen« liege durchaus nicht in der Absicht Deutschlands, aber der englische Flaggenmißbrauch mache es immer schwieriger eine für das unterscheidende Verfahren maßgebende Grenzlinie zwischen neutraler und feindlicher Schifffahrt zu finden.

Die amerikanische Gegenantwort vom 10. Juni griff jedoch immer wieder auf die ersten, unabänderlichen Grundforderungen zurück, wenn sie auch Drohungen, wie die oben zuletzt mitgeteilten, diesmal vermied. Lediglich tatsächlicher gewaltsamer Widerstand oder fortgesetztes Bestreben eines Handelsschiffs zu entfliehen, nachdem der Befehl zum Anhalten zwecks Durchsuchung ergangen ist, berechtige zu Anwendung der äußersten Mittel. Jeder Reisende und Seemann haben ein Recht sich auf diese Schutzsicherung zu verlassen:

»Auf diesem Grundsatz der Menschlichkeit sowohl als auf dem Gesetz, das sich darauf gründet, müssen die Vereinigten Staaten bestehen. . . Die Regierung der Vereinigten Staaten erneut deshalb ernstlich und feierlichst die Vorstellung, die sie in ihrer Note an die Kaiserlich deutsche Regierung vom 15. Mai erhoben hat. . .

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht zugeben, daß die Proklamierung einer Kriegszone, vor der neutrale Schiffe gewarnt worden sind, irgendwie als eine Verkürzung von Rechten amerikanischer Schiffseigentümer oder amerikanischer Bürger ausgelegt werden kann, die sich auf erlaubten Reisen als Passagiere an Bord von Handelsschiffen einer kriegführenden Macht befinden. Sie glaubt nicht, daß die Kaiserlich deutsche Regierung diese Rechte in Frage stellt. Sie glaubt auch, daß die Kaiserlich deutsche Regierung als außer Zweifel stehend die Grundsätze annimmt, daß Leben von Nichtkämpfern gesetz- oder rechtmäßig nicht in Gefahr gebracht werden dürfen durch Kaperung oder Zerstörung eines Handelsschiffs, das keinen Widerstand leistet, und daß die Kaiserlich deutsche Regierung die Verpflichtung anerkennt die notwendige Vorsicht anzuwenden bei der Feststellung, ob ein verdächtiges Handelsschiff tatsächlich einer kriegführenden Nation angehört oder tatsächlich Kriegskonterbande unter neutraler Flagge führt

FÜR Deutschland war die Entscheidung nicht leicht. Alte Freundschaftsbande und viele gemeinsame Schicksale, ein unaufhörlicher starker Bevölkerungsaustausch hatten Preußen und seine Schöpfung, das Deutsche Reich, seit jeher mit dem jungen Freistaat des Westens verknüpft. Heute allseits von Feinden umgeben kann es Deutschland erst recht nicht in den Sinn kommen willkürlich neue Gegnerschaften zu wecken.

Andrerseits war das Verhalten des überseeischen neutralen Landes seit dem Kriegsausbruch ausgesprochen englandfreundlich und von kaltberechnenden Profitinteressen geleitet gewesen, ohne etwas von allgemein menschlicher Rücksichtnahme zu verraten. Vielleicht braucht auch hierbei die selbstgerechte Buchstabengläubigkeit noch immer nicht von einer Verletzung irgendwelcher ausdrücklichen Neutralitätsbestrebungen zu reden. Denn nach dem geschriebenen Recht dürfen *P r i v a t e* allerdings Kriegsmaterial an Kriegführende liefern, nur der neutrale *S t a a t* als solcher darf es nicht. Aber hinter der hohlen, dünnen Formel steht doch die tiefere Selbstverständlichkeit, die gerade dem Land, das augenblicklich so viel von den unverletzbaeren Forderungen der Menschlichkeit redet, in Fleisch und Blut übergegangen sein sollte: Nimmt der Waffenhandel von Privaten einen so ungewöhnlich großen Umfang an, daß darin eine wesentliche, vielleicht sogar eine entscheidende Unterstützung der Kriegsmacht der einen Streitpartei erblickt werden muß, hängt geradezu die Fortsetzung und Dauer des blutigen Völkerringens von diesen Waffenlieferungen ab, so hört jede, innerlich noch berechnete, Berufung auf die formale Neutralitätseinhaltung auf, ein solcher Handel muß von einem Staat, der seine Neutralitätspflicht in Tat und Wahrheit erfüllen will, verboten werden. In der Vergangenheit und Gegenwart haben auch die Vereinigten Staaten, je nach den politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, die Waffenausfuhr, beispielsweise nach Mexico, wiederholt entschlossen verboten. Wollen aber die Vereinigten Staaten beliebig parteiisch für England sein, warum soll Deutschland ihnen wie einer freundwilligen Neutralmacht eigene Interessen zum Opfer bringen?

In sehr glücklicher und wirksamer Weise macht dies die österreichisch-ungarische Regierung zum Hauptgegenstand ihrer Note vom 29. Juni, die sie am 14. Juli dem amerikanischen Botschafter in Wien zugehen ließ. Man sei in Wien-Budapest davon überzeugt, daß die amerikanische Haltung «keiner andern *A b s i c h t* entspringt als der die strikteste Neutralität zu wahren und sich in dieser Beziehung den in Betracht kommenden Bestimmungen der internationalen Verträge bis auf den Buchstaben anzupassen».

Aber angesichts der tatsäc hlich eingetretenen Verhältnisse müsse sich doch die Frage erheben, ob nicht »die Intentionen des Washingtoner Kabinetts ihrer Wirkung nach durchkreuzt, ja geradezu ins Gegenteil verkehrt« würden. »Wesen und Inhalt« der Neutralität sei aber mit den herangezogenen »fragmentarischen Vorschriften« keineswegs erschöpft; die neutralen Staaten eingeräumten »Befugnisse« finden ihre »Grenzen« an den »Forderungen der Neutralität, wie sie den allgemein anerkannten Prinzipien des internationalen Rechtes entsprechen«:

»Nach allen Autoritäten des Völkerrechts, die sich mit der hier zunächst in Betracht kommenden Frage des nähern beschäftigen, darf eine neutrale Regierung den Handel mit Kriegskonterbande nicht ungehindert sich vollziehen lassen, wenn der Handel eine solche Gestalt oder solche Dimension annimmt, daß dadurch die Neutralität des Landes in Mitleidenschaft gezogen wird. . . Der Export von Kriegsbedarf aus den Vereinigten Staaten, wie er im gegenwärtigen Kriege betrieben wird, [ist] mit den Forderungen der Neutralität nicht in Einklang zu bringen. . . Es handelt sich jetzt nicht etwa um die Frage, ob die amerikanische Industrie, die sich mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt, davor bewahrt werden soll, daß der Export, den sie zu Friedenszeiten betrieben hat, eine Einbuße erleide. Vielmehr hat diese Industrie gerade infolge des Krieges eine ungeahnte Steigerung erfahren. Um die ungeheuren Mengen von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial aller Art zu fabrizieren, welche Großbritannien und dessen Verbündete im Laufe der vergangenen Monate in den Vereinigten Staaten bestellt haben, bedurfte es nicht nur der vollen Ausnützung sondern sogar der Umwandlung und Erweiterung der bestehenden und der Schaffung neuer großer Betriebe sowie des Zuströmens von Massen von Arbeitern aller Branchen zu diesen Betrieben, kurz, tiefgreifender das ganze Land erfassender Änderungen des wirtschaftlichen Lebens. Der amerikanischen Regierung kann sonach von keiner Seite das Recht bestritten werden durch Erlassung eines Ausfuhrverbots diesen offen zutage liegenden« enormen Export von Kriegsbedarf zu inhibieren, von welchem überdies notorisch ist, daß er nur einer der Kriegsparteien zugute kommen kann.«

Die Fortführung des Krieges hängt heute vor allem von England, der Seele des deutschfeindlichen Bundes und dem internationalen Kassenführer, ab, die Hartnäckigkeit Englands jedoch wiederum von den Ergebnissen des deutschen Handelskriegs durch Tauchboote. Wenn das seebeherrschende Albion dieser neuen Waffe gleichwertige Kampfmittel nicht entgegenzustellen weiß, soll Deutschland von sich aus auf diese Waffe verzichten, weil Amerika auch noch durch eine diplomatische Aktion dem Gegner Deutschlands beizuspringen versucht? Denn diesen Grundzug hat das amerikanische Vorgehen, ob nun gewollt oder nicht, mit der Zeit angenommen. Die letzten Auseinandersetzungen zwischen Bryan und Wilson haben die gefährliche Einseitigkeit der Washingtoner Politik und des Präsidenten genügend beleuchtet, und nirgends, selbst in Amerika nicht, verfolgt man den Ausgang des deutsch-amerikanischen Streits mit einer solchen Spannung wie in England. Ein Zurückweichen Deutschlands, im Sinn des ursprünglichen Wilsonschen Verlangens, wäre das erste große Wiederaufatmen auf der Seite Englands, das unmittelbar und mittelbar, in der Erschütterung des internationalen Glaubens an seinen unantastbaren Seeabsolutismus, unter dem Handelskrieg schwer leidet.

Die jüngste deutsche Note vom 8. Juli hält deshalb, unter allgemeiner Billigung seitens der öffentlichen Meinung Deutschlands (man vergleiche unten die Stimmen aus der Arbeiterpresse), an dem Unterseebootkrieg fest. Englands Handelskriegsführung wende sich schon lange gegen die nicht-

kämpfenden Massen der deutschen Bevölkerung, die sie durch Verhinderung der Nahrungsmiteleinfuhr, selbst auf neutralen Schiffen und über neutrale Häfen, auszuhungern versuche:

»Bereits am 16. November vorigen Jahres hat der englische Premierminister im Unterhaus erklärt, daß es eine der Hauptaufgaben Englands sei zu verhindern, daß Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung über neutrale Häfen nach Deutschland gelangten. Seit dem 1. März dieses Jahres endlich nimmt England von den neutralen Schiffen alle nach Deutschland gehenden sowie alle von Deutschland kommenden Waren, auch wenn sie neutrales Eigentum sind, ohne weiteres weg. Wie seinerzeit die Buren, so soll jetzt das deutsche Volk vor die Wahl gestellt werden, ob es mit seinen Frauen und Kindern dem Hungertode erliegen oder seine Selbständigkeit aufgeben wolle. Während uns so unsere Feinde laut und offen den Krieg ohne Gnade und bis zur völligen Vernichtung angesagt haben, führen wir den Krieg in der Notwehr für unsere nationale Existenz und um eines dauernd gesicherten Friedens willen. Den erklärten Absichten unserer Feinde und der von ihnen angewandten völkerrechtswidrigen Kriegführung haben wir den Unterseebootskrieg anpassen müssen. Bei allen grundsätzlichen Bemühungen neutrales Leben und Eigentum nach Möglichkeit vor Schädigungen zu bewahren hat die deutsche Regierung schon in der Denkschrift vom 4. Februar rückhaltlos anerkannt, daß durch den Unterseebootskrieg Interessen der Neutralen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Aber ebenso wird auch die amerikanische Regierung zu würdigen wissen, daß die Kaiserliche Regierung in dem Daseinskampf, der Deutschland von seinen Gegnern aufgezwungen und angekündigt ist, die heilige Pflicht hat alles, was irgend in ihrer Macht steht, zu tun, um das Leben der deutschen Untertanen zu schützen und zu retten. Wollte die Kaiserliche Regierung diese ihre Pflichten versäumen, so würde sie sich vor Gott und der Geschichte der Verletzung derjenigen Prinzipien höchster Humanität schuldig machen, die die Grundlagen jedes Staatslebens sind. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt der Fall der Lusitania, zu welcher Gefährdung von Menschenleben die Art der Kriegführung unserer Gegner führt. Durch die unter Verheißung von Prämien erfolgte Anweisung an die britischen Handelsschiffe sich zu armieren und die Unterseeboote zu rammen ist im schärfsten Widerspruch mit allen Grundsätzen des Völkerrechts jede Grenze zwischen den Handels- und Kriegsschiffen verwischt.«

Das Entgegenkommen Deutschlands bezieht sich, wie man sieht, nicht auf die eigentliche Handelsschiffahrt sondern auf den Passagierverkehr. Amerikanische Passagierdampfer, je nach Umständen auch neuerdings erst unter amerikanische Flagge gestellte neutrale (und allenfalls 4 bisher unter feindlicher Flagge fahrende) Schiffe sollen, unter Zusicherung der Konterbandelosigkeit durch die amerikanischen Behörden, selbst im engern Kriegsgebiet frei und sicher passieren dürfen, wenn sie »durch besondere Abzeichen kenntlich gemacht und in angemessener Zeit vorher angesagt« sind. Eine zwingende Notwendigkeit für amerikanische Bürger in Kriegszeiten auf Schiffen unter feindlicher Flagge nach Europa zu reisen werde alsdann nicht vorliegen; auch sonst könne Deutschland »nicht zugeben, daß amerikanische Bürger ein feindliches Schiff durch die bloße Tatsache ihrer Anwesenheit an Bord zu schützen vermögen«. Im übrigen wiederholt aber die deutsche Regierung die »Zusicherung, daß amerikanische Schiffe in der Ausübung der legitimen Schiffahrt nicht gehindert und das Leben amerikanischer Bürger auf neutralen Schiffen nicht gefährdet werden sollen«. Die Unterseebootskriegführung gilt eben nur den feindlichen, in erster Linie den englischen Schiffen, allerdings unter stärkerer Gefährdung der mitgeführten neutralen Waren und neutralen Menschen, und unter schwierigerer Grenzziehung, die aber wesentlich erst auf den englischen Schifffahrtsanweisungen beruht.

Die Note Österreich-Ungarns versucht noch einen zweiten Verständigungsweg zu erschließen. Ohne rechtsgültige Blockade, also dem internationalen Recht widerstreitend, seien die beiden Zentralmächte durch England von allem Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten abgeschnitten, sicherlich doch auch zum Schaden der amerikanischen Ausfuhrinteressenten. Die amerikanische Regierung wäre zweifellos in der Lage »dem geschilderten Zustande abzuhelpen«:

„Es würde wohl vollauf genügen den Gegnern Österreich-Ungarns und Deutschlands die Sistierung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für den Fall in Aussicht zu stellen, daß der legitime Handel in diesen Artikeln zwischen der Union und den beiden Zentralmächten nicht freigegeben wird. Wenn sich das Washingtoner Kabinett zu einer Aktion in diesem Sinne bereitfände, so würde es nicht nur der in den Vereinigten Staaten stets hochgehaltenen Tradition folgen für die Freiheit des legitimen Seehandels einzutreten sondern sich auch das hohe Verdienst erwerben das frevelhafte Bestreben der Feinde Österreich-Ungarns und Deutschlands sich des Hungers als Bundesgenossen zu bedienen zunichte zu machen.“

Man sollte meinen, daß eine solche Versöhnungspolitik den leitenden amerikanischen Politikern durchaus annehmbar erscheinen könnte, vor allem nachdem sie jeden, selbst den unerhörtesten englischen Übergriff so leicht mit der nachzufühlenden und begreiflichen Zwangslage Englands zu entschuldigen wußten. Der Rücktritt Bryans deutete in dieser Beziehung auf zwei tatsächlich einander entgegenlaufende Strömungen hin. Er war jedoch zugleich ein Anzeichen dafür, daß in der nächsten Umgebung des Präsidenten probritische Scharfmacher am Werk sind, die einen Konflikt mit Deutschland lieber suchen als vermeiden, und die Amerika ganz gern als Vorspann Englands gegen die deutsche Handelskriegführung in Bewegung setzen möchten. An Krieg braucht darum noch niemand zu denken, aber ernste Entscheidungen und vielleicht schwere innere Parteikämpfe bereiten sich in Washington und im ganzen Land vor.

ANHANG

REIN tagesgeschichtlich, auch um falschen Auffassungen im Ausland entgegenzuarbeiten, scheint es nicht unwichtig in einem kurzen Anhang die sozialdemokratischen Preßurteile zusammenzustellen. Von ein paar Parteizeitungen abgesehen, die sich auf die bloße Wiedergabe der deutschen Note beschränken, finden so gut wie alle sozialdemokratischen Blätter Worte der Zustimmung und Anerkennung für die amtlichen deutschen Vermittlungsbestrebungen. Den sonst am meisten zu ablehnender Kritik geneigten Blättern sei hier der Vortritt gelassen.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG: Die Antwortnote der deutschen Regierung schlägt einen Mittelweg ein. . . Die Note ist ein Schachzug, der vom Standpunkt der deutschen Regierung aus geschickt genannt werden muß. Er ist geeignet einen Konflikt mit der Union, der schon drohend am Horizonte erschien, aus dem Weg zu räumen. Vorausgesetzt, die amerikanische Regierung geht auf die Bedingung ein, daß sie für die Ladung der Passagierschiffe verantwortlich sei, daß sie die Kontrolle darüber ausüben muß, daß keine Bannware an Bord mitgeführt wird. Ob sie dazu bereit sein wird, das ist nicht ohne weiteres sicher. Aber immerhin hat die deutsche Regierung Entgegenkommen gezeigt, und dem Eindruck dieses Umstands auf die amerikanische Öffentlichkeit wird sich die Washingtoner Regierung nicht entziehen können. . . Die gemäßigteren bürgerlichen Elemente [in Deutschland], die einen Konflikt mit Amerika nicht auf die leichte Achsel nehmen, werden . . . die Regierung stützen. Was die Sozialdemokratie anlangt, so begrüßt sie natürlich das Entgegenkommen, das in der Note liegt, wie sie jeden vernünftigen Schritt begrüßen wird, der eine Ausdehnung des Weltkriegs zu verhindern geeignet ist.

FRÄNKISCHE TAGESPOST (Nürnberg): Gerne kann man zugestehen, daß der Ton der deutschen Note ein ruhiger und freundschaftlicher ist, daß er den Bogen nicht überspannen will. Man kann weiter mit Genugtuung feststellen, daß die deutsche Regierung, die all das festhalten will, was sie als kriegerische Notwendigkeit empfindet, großes Entgegenkommen zeigt, um in der Zukunft von amerikanischen Bürgern und ihren Familienmitgliedern die Gefahren abzuwenden, die mit der Fahrt auf der Lusitania verknüpft waren. Es ist das ein Boden, den die amerikanische Regierung, ohne sich irgendetwas zu vergeben, betreten kann, der zum mindesten eine Grundlage bildet zu Verhandlungen für die künftige Sicherung des amerikanisch-europäischen Reiseverkehrs.

VOLKSFREUND (Braunschweig): Es ist anzunehmen, daß diese Note ein besseres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten anbahnt.

KÖNIGSBERGER VOLKSZEITUNG: Die Note beugt bei grundsätzlicher Wahrung des bekannten deutschen Standpunktes jedem Konflikt mit der nordamerikanischen Republik vor.

TRIBÜNE (Erfurt): Man muß zugeben, daß die Note unter den gegebenen Umständen ein weites Entgegenkommen gegenüber den amerikanischen Wünschen darstellt und auch wohlwogene Vorschläge zur wünschbaren Sicherung von unteiligten Menschenleben enthält, denen zugestimmt werden muß.

FREIE PRESSE (Elberfeld) sieht zwar »noch Gegensätze und Schwierigkeiten genug«, urteilt jedoch allgemein: Die Antwortnote vermeidet es Töne anzuschlagen, die eine unnötige Verschärfung in den deutsch-amerikanischen Gegensatz tragen. Sollte in diesem Falle jemand nach der gepanzerten Faust ausgeschaut haben, so wird er sich weiter in Geduld üben müssen.

VOLKSBLATT FÜR HALLE zeigt noch unter allen Blättern die kühlfte Zurückhaltung: Als das Wesentliche geht hervor, daß die deutsche Regierung den Ubootkrieg gegen Handelsschiffe aufrechterhält. Sie macht jedoch Vorschläge die amerikanische Passagierschiffahrt zu sichern. . . Beharrt Amerika auf seiner Auffassung der einzigen Art der Rückkehr zu den Geboten der Menschlichkeit, so ergäben sich unvereinbare Gegensätze in diesem Punkte. Wie weit Amerika seiner Ansicht und seiner Forderung Geltung zu verschaffen gewillt wäre, bleibt abzuwarten. Wir wünschen ganz klar und bestimmt, daß alles getan werde, um mit den Vereinigten Staaten Verständigung und Freundschaft zu erzielen.

BREMER BÜRGERZEITUNG wäre allenfalls noch daneben zu stellen; doch heißt es hier immerhin: Die Note ist in der Tat so redigiert, daß man etwas vom Geist der Menschlichkeit darin verspürt. Wir sind überzeugt, daß das einen günstigen Eindruck jenseits des Meeres hinterlassen wird. . . Das ist wenig, aber wir heißen selbst dies Wenige willkommen.

VOLKSSTIMME (Chemnitz) meint dagegen unter der Überschrift Alleräußerstes Entgegenkommen: Es darf nun wohl erwartet werden, nachdem eine zwingende Notwendigkeit für amerikanische Bürger nicht mehr vorliegen wird sich auf gefährdeten Schiffen in die Kriegszone zu begeben, daß die amerikanische Regierung des grausamen Spieles mit der Versendung von Noten nach Deutschland zum Zwecke der Einschränkung des Unterseebootkriegs genug sein läßt.

DRESDENER VOLKSZEITUNG: Man kann hoffen, daß diese Note dazu führen wird, daß sich die Erregung in Amerika, die wegen der Torpedierung der Lusitania entstanden ist, beruhigen wird. Die deutsche Regierung kommt darin in weitestgehendem Maße der amerikanischen Regierung entgegen. Sie zeigt den besten Willen. . . Man darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die neueste Note der deutschen Regierung dazu führen wird, daß die zwischen Deutschland und Amerika vorhandenen Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit aus der Welt geräumt werden.

VOLKSBLATT FÜR ANHALT (Dessau): Englands Seetyranei ist vor der Welt wieder einmal richtig gekennzeichnet worden. Die Uboote sind gegen sie eine berechtigte Waffe.

VOLKSSTIMME (Magdeburg): Die deutsche Regierung hat die verlangte Einstellung oder Abänderung des Unterseekriegs nicht zugestanden. Das war auch nicht anzunehmen. Deutschland kann seine Zivilbevölkerung nicht dem Verhungern aussetzen. . . Aber Deutschland zeigt Amerika Mittel und Wege, wie die Vereinigten Staaten die Interessen ihrer Bürger vertreten können, ohne die Verfechtung der deutschen Interessen dadurch illusorisch zu machen. . . Liegt der Regierung Amerikas lediglich daran die amerikanischen Interessen zu schützen,

geschützt werden als politische Vereine zu gelten. Dieses Bedenken scheint sich, oberflächlich betrachtet, gegen den sachlichen Inhalt des sozialdemokratischen Antrags zu richten. Aber dieser Schein trügt. In Wahrheit handelt es sich um einen Einwand gegen die technisch-juristische Seite der Frage, gegen die wenig glückliche Fassung des Antrags. Es hat, wie nicht bestritten werden kann, immer etwas Mißliches vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte, sozialpolitisch schädliche Konsequenzen eines Gesetzes dadurch aus der Welt zu schaffen, daß in einem Nachsatz die Unanwendbarkeit des Obersatzes für einen bestimmten Fall erklärt wird. Dieser scheint dann besonders privilegiert zu sein. Wirkliche Gesetzgebungskunst wird es vermeiden solche in Wahrheit gar nicht vorhandenen Vorrechte zu schaffen.

Der Weg, den der sozialdemokratische Antrag einschlägt, ist nicht neu. Auch beim Erpressungsparagraphen wollte man, um die mit Recht auf das schärfste zu bekämpfende Ausdehnung dieser Vorschrift auf den normalen Lohnkampf zu verhindern, in einem besondern Zusatz zum Gesetz zum Ausdruck bringen, daß das Ziel der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen niemals einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstelle. Diese gesetzgeberisch wenig geschickte kasuistische Fassung glaubten die anderen Parteien und die Regierung nicht akzeptieren zu können. Man wird gut tun bei den Vorschlägen zum Reichsvereinsgesetz diesen Fehler zu vermeiden. Es kommt darauf an eine Begriffsbestimmung der politischen Angelegenheiten zu finden, die die Unterordnung der gewerkschaftlichen Betätigung als solcher hierunter ausschließt. Allerdings erfordert diese Arbeit die gründliche Durcharbeitung der ganzen gesetzlichen Materie. Und dazu gehören Ruhe und Sammlung, die im gegenwärtigen Augenblick, wo eine andere dringende Aufgabe, nämlich der deutsche Sieg, zu lösen ist, nicht aufgebracht werden können. Zu einer agitatorischen Verwertung wiederum sind die zu behandelnden Fragen zu ernst und zu wichtig für die Arbeiterschaft und den Staat. Wohl aber kann etwas anderes während des Krieges geschehen, und hierauf die Aufmerksamkeit zu richten ist der Zweck dieses Artikels.

Die Reichstagskommission versuchte seinerzeit bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes eine Definition des Begriffs der politischen Angelegenheiten zu geben. Es wurde jedoch schließlich davon Abstand genommen, als der Staatssekretär darauf hinwies, daß die Aufnahme von Begriffsbestimmungen den Zustand verschlechtern werde, weil gerade auf diesem Gebiet mit einer steten Weiterentwicklung gerechnet werden müsse. Hiernach ist der juristische Auslegung des Begriffs politische Angelegenheiten ein weites Feld geöffnet. Die Literatur und Rechtsprechung nehmen nun fast durchweg an, daß unter den Begriff politisch auch die gesamte Sozialpolitik fällt, also das wesentlichste Betätigungsgebiet der Gewerkschaften: ein für diese und die Allgemeininteressen auf die Dauer unerträglicher Zustand. Der Direktor im Reichsamt des Innern Caspar hat bereits in seiner im Jahr 1894 veröffentlichten Schrift über das preußische Vereinsgesetz darauf hingewiesen, daß der Staat außer seinen eigenen Angelegenheiten heutzutage Verhältnisse regelt, die er früher nicht in seinen Bereich zog (Unfall- und Fürsorgegesetzgebung usw.). Diese durchaus zu erstrebende, den Grundsätzen jeder sozialistischen Partei entsprechende Entwicklung ist nun immer weiter fortgeschritten und wird nach dem Krieg, wie wir mit Recht erwarten dürfen, die

intensivste Steigerung erfahren. In immer stärkerem Maß sucht die Gesetzgebung durch zwingende Normen auf die Elemente des privatrechtlichen Vertrags, auf die Regelung von Zeit, Dauer und Art der Arbeit, einzuwirken. Wenn so die Gesetzgebung die unbeschränkte Freiheit des Arbeitsvertrags beseitigt und fordert, daß bestimmte Grundsätze unter allen Umständen Bestandteile des Arbeitsvertrags werden, so sind die Gewerkschaften gezwungen, da ihr Betätigungsgebiet der Arbeitsvertrag ist, sich mit den vom Gesetzgeber aufgestellten und aufzustellenden Normen zu befassen.

Die wesentlichste sozialpolitische Errungenschaft der Kriegezeit ist die wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs und des sozialen Zwangs. Sollen diese Gedanken nach dem Krieg ihren gesetzlichen Niederschlag finden, so wird der Staat nicht umhin können sich auch insoweit in den Arbeitsvertrag einzumischen und ihn zwingenden Vorschriften zu unterwerfen als er reiner Kaufvertrag ist und es sich um den Umfang der Gegenleistung des Arbeitgebers handelt. Damit aber vermehrt sich für die Gewerkschaften die Aufgabe im Interesse einer bessern Gestaltung der privatrechtlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder und Wirtschaftsverwandten ihre Aufmerksamkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung zuzuwenden und den Versuch der Einwirkung auf diese zu machen. Es kommt weiter hinzu, daß selbstverständlich die Tätigkeit der Gewerkschaften da auf das staatliche Gebiet hinübergreifen muß, wo der Staat selbst als Arbeitgeber auftritt; und dies wird nach dem Krieg in steigendem Maß der Fall sein, wenn zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Staates eine durchgreifende Verstaatlichungsaktion stattfinden wird. Endlich ist ein dritter Punkt in Betracht zu ziehen. In der Sitzung des Reichstags vom 20. März dieses Jahres wies der Staatssekretär des Innern darauf hin, daß die tiefe Kluft, durch die vor dem Krieg unser ganzes Volk auseinandergerissen und getrennt gewesen wäre, zu einer Verknüpfung der wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerkschaften geführt hätte; zu Unrecht habe man in ihnen nur Agitationsmittel politischer Parteien gesehen, während sie tatsächlich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hätten, ohne die unser Wirtschaftsleben gar nicht mehr denkbar sei. »Ich habe«, so fuhr der Staatssekretär fort, »schon vor dem Krieg gesagt, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtsleben haben, und daß es notwendig sei hier die bessernde Hand anzulegen.« Daß, wenn an die Lösung dieser großen Aufgabe nach dem Krieg herangetreten wird, die Gewerkschaften dabei mitwirken müssen und sich nicht aus Furcht als politische Vereine angesehen zu werden schweigend verhalten können, wenn über ihr eigentliches Lebenselement, die Selbsthilfe der Arbeiter, verhandelt wird, versteht sich von selbst.

Alle drei angeführten Momente lassen es als völlig unmöglich erscheinen, daß die von der Rechtsprechung gegebene Definition des politischen Vereins als eines, der beabsichtigt die Hilfe des Staates in Gesetzgebung und Verwaltung in Anspruch zu nehmen, aufrechterhalten wird. Der Unterschied zwischen einem Verein, dessen Zweck es ist den Gang der Staatsmaschine zu beeinflussen, und einem Verein, der sich nur des Mittels der Anrufung der Gesetzgebung bedient, um die privatrechtlichen Ziele, zu deren Förderung er gegründet ist, zu erreichen, ist in der gesetzlichen Begriffsbestimmung zum Ausdruck zu bringen.

Die Erfahrungen des Krieges haben uns bewiesen, daß die Gewerkschaften

Länder, namentlich Frankreichs« die »Bürgschaft dafür, daß der Krieg der klerikalen Habsburger nicht zum allgemeinen europäischen Völkermord wird«.

Das alles wurde in der Gleichheit vom 5. August 1914 bewiesen, nachdem am 4. August England den Krieg erklärt hatte, und im deutschen Reichstag die Kriegskredite einstimmig und auch von der sozialdemokratischen Fraktion bewilligt worden waren. Man durfte nun erwarten, daß unser Frauenzentralorgan diesen vordatierten Beweis, der durch die Ereignisse immerhin nicht ganz bestätigt worden war, in der nächsten Nummer berichtigen und nunmehr, geschichtsmaterialistisch oder nicht, den Genossinnen die wirtschaftlichen Ursachen der weltpolitischen Vorgänge, die tieferen Beweggründe und Ziele der beteiligten Staaten, vor allem aber das Verhalten der proletarischen Klassen zu erklären suchen werde, das seiner Voraussage so strikt widersprach. Die T a t s a c h e war doch jedenfalls auch von der Gleichheit nicht wegzuleugnen, daß die deutsche wie die französische und englische Sozialdemokratie debattelos die geforderten Kriegskredite bewilligt, die Notwendigkeit der Fortführung des Kriegs vom Standpunkt der einzelnen Nationen also rückhaltlos anerkannt hatte.

In der Nummer vom 28. August, die der unglücklichen ersten Kriegsnummer folgte, suchen wir jedoch vergeblich nach irgendeiner Auslassung, die darauf schließen ließe, in welcher Zeit das Aufklärungsorgan der deutschen Proletarierinnen erschien. Nur ein Erinnerungsartikel an Jean Jaurès, von Klara Zetkin, erwähnt so nebenher den Weltkrieg, und der Aufruf der Genossin Zietz zur Beteiligung an der Hilfsaktion der Proletarierinnen kann die Leserinnen vermuten lassen, daß etwas Besonderes im öffentlichen Leben vor sich gehe.

Und auch weiter nur ein paar gelegentliche Meinungsäußerungen über die Frage, die alle Köpfe und Herzen bewegte; nicht e i n e ernste, sachliche Auseinandersetzung, nicht e i n Versuch bei den proletarischen Frauen Verständnis für all die schwierigen und weitreichenden Probleme zu wecken, die jeden Denkenden in diesen langen Monaten fast mit Zwangsgewalt in ihrem Bann hielten, die selbst bei sonst politisch ganz indifferenten Frauen alle anderen Interessen verzehrt zu haben schienen. So wertvoll es gewiß für unsere Genossinnen war lang fortgesponnene Abhandlungen über die sozialistische Frauenbewegung Frankreichs und Bulgariens zu genießen, mir scheint immerhin, es hätte noch näher gelegen sie gerade damals über die politischen Beziehungen der kriegführenden Staaten zu orientieren, ihnen einen Begriff von den treibenden Macht- und Wirtschaftsinteressen, den Verknüpfungen der Weltwirtschaft, der agrarischen und industriellen Entwicklung der einzelnen Länder, der historischen Rolle des Nationalitätsgedankens zu geben, kurz ihnen erst einmal zu den notwendigsten sachlichen Kenntnissen zu verhelfen, die ihnen ein Begreifen oder gar Urteilen in dem furchtbaren Zeitkonflikt ermöglichen konnten. Selbst von dem, was die Parteien des In- und Auslands in ihrem innern Leben aufs tiefste bewegte, was als klarer Ausdruck einer Neuorientierung der 'sozialdemokratischen Politik in allen maßgebenden Nationen (außer in Rußland, das durch seine absolutistischen Zustände eine besondere Stellung im Parteileben einnimmt) zum Wegweiser einer neuen Epoche in der Parteigeschichte werden dürfte: der

Bewilligung der gewaltigen Geldmittel zur Kriegführung, selbst davon erfahren die Leserinnen der Gleichheit aus ihrem Aufklärungsorgan nichts.

Eine Ausnahme bildet nur ein Leitartikel vom 9. Januar, der sich mit an sich ganz richtigen Argumenten gegen die von manchen Seiten (quasi als Entschuldigung für die Bewilligung der Kredite) aufgestellte Behauptung wendet: dieser Krieg werde »der letzte seiner Art« sein. Der Verfasser gibt hier übrigens die innere Anteilnahme der Arbeiterschaft an den nationalen Konflikten zu:

»Der eigentliche Sieg der kapitalistischen Weltmachtspolitik ist national, innerhalb der Grenzen der einzelnen Länder errungen worden. Er besteht in der bedingungslosen Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Gebote des Imperialismus, besteht darin, daß dieser die Arbeiterklasse vollständig in den Dienst seiner Ziele genommen und ihnen alle Kräfte und Einrichtungen nutzbar gemacht hat, die Hebel zur Befreiung des werktätigen Volkes sein sollten. Die sozialistischen Parteien der in Betracht kommenden Staaten haben diese Entwicklung der Dinge nicht aufgehalten, sondern (von wenigen Ausnahmen abgesehen) . . . haben sie bewußt mitgemacht und gefördert. . . In allen kriegführenden Staaten konnte die Regierung nur zum Schwert greifen, weil trotz aller Friedenskundgebungen die sehr große Mehrzahl des Volkes sich so gut wie einheitlich um sie scharte.«

Wie mir scheinen will, sehr im Gegensatz zu dieser freimütigen Erklärung, wird gerade in der darauffolgenden Nummer, bei der Besprechung einer Friedenskundgebung der sozialistischen Frauen gesagt:

»Auch sie [Klara Zetkin] wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursache und den Charakter des Völkerringens und betonte, daß zwischen dem Sozialismus und der kapitalistischen Weltmachtspolitik ein Paktieren unmöglich sei.«

In ebenso bewußten Gegensatz zu der Partei- und Fraktionsauffassung stellt sich Genossin Zetkin dann in einem Leitartikel über den Frieden:

»Fragt man, wann denn nach dieser Auffassung die Zeit gekommen sein wird hinter die Friedenswünsche die Tat zu setzen, so ergibt sich im Grunde genommen eine einfache Antwort: Wenn die deutsche Regierung Frieden schließen wird, dann wird auch für die deutsche Arbeiterklasse die richtige Zeit gekommen sein vom Frieden zu reden. Dieser Auffassung hat das Parteivorstandsmitglied Genosse Scheidemann Ausdruck gegeben und mit ihm eine ganze Reihe Parteiblätter sowie die Mehrheit der Reichstagsfraktion.«

Und damit sind wir beim Kern der Sache. Es gilt hier eben genau das gleiche, was Genosse Winnig an dieser Stelle über die Haltung unseres allgemeinen Zentralorgans, des Vorwärts, ausgeführt hat:

»Aus diesen Gründen kann man heute mit gutem und sicherem Recht auf die Selbstverständlichkeit dringen, daß die Politik der Partei auch von ihrem Zentralorgan vertreten wird. Der gegenwärtige Zustand ist auf längere Dauer unerträglich, weil er der Partei unwürdig und natürlich in hohem Maß schädlich ist. Der Vorwärts ist nun einmal das einzige deutsche Parteiblatt, das im Ausland gelesen wird. Da er sich nicht dazu entschließen kann die Parteipolitik zu vertreten und zu rechtfertigen, so erfährt man im Ausland über unsere Haltung und unsere Beweggründe überhaupt nichts weiter als was die Parabellum- und Homoleute berichten. . . Die Haltung des Zentralorgans aber nährt und bestärkt die Auffassung der ausländischen Genossen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie einer Todsünde gegen den Geist des internationalen Sozialismus schuldig gemacht habe und sich erst entschüen müsse, ehe sie der internationalen Freundschaft wieder würdig sei.«¹⁾

Es muß gewiß jedem unbenommen sein in Wort und Schrift von der allgemeinen Parteiansicht abweichende Auffassungen zu propagieren; ja gerade die Genossen, die sich um die Sozialistischen Monatshefte scharen, haben seit Jahren gegenüber dem von den radikalen Parteikreisen geübten Ge-

¹⁾ Siehe Winnig Unser Zentralorgan, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 378

sinnungsdruck das Recht der freien Meinung wieder und wieder verfochten. Auch jetzt wären sie die letzten, die etwa die Opposition der äußersten Linken gegenüber der Mehrheit als solche unterdrücken möchten. Wer wirklich Meinungsfreiheit erstrebt, wer glaubt, daß es ohne die Möglichkeit unumschränkter Nachprüfung und Fortentwicklung der leitenden Ideen (auch innerhalb einer Partei) niemals geistigen oder politischen Fortschritt geben könne, wird j e d e in sich geschlossene Anschauung achten, wie weit sie auch immer von der eigenen abweicht.²⁾ Ja man könnte behaupten, es sei gerade das Zeichen der eigenen Überzeugungsstärke, daß man auch dem andersartigen Kopf lebendigen Ausdruck gönnt. Nur wer sich unsicher im eigenen Kampffeld fühlt, schlägt gern den Opponenten gleich mit dem Geschrei von Parteiverrat und dergleichen nieder. Überzeugungsmut und Konsequenz der Ansicht wird man der Genossin Zetkin auch sicherlich nicht absprechen können. Sie hat also zweifellos ein Recht darauf ihren Ansichten Ausdruck zu geben.

Aber alles das kann nicht für das Frauenzentralorgan gelten. Denn ein Zentralorgan ist die Vertretung der Parteiorganisation selbst, also ihrer Mehrheit; es ist dazu geschaffen worden für die Anschauungen dieser Organisation zu agitieren, ihr neue Anhänger zu werben. Wiederum ist, was Winnig über den Vorwärts sagt, wörtlich für die Gleichheit zu wiederholen: »Unser Zentralorgan hat gerade in der Zeit versagt, wo die Partei und die Arbeiterklasse seiner Dienste am dringendsten bedurfte, es steht heute als ein Fremdkörper in der Bewegung, von deren Vertrauen und Achtung es getragen sein sollte.«³⁾ Nur steht es hier in gewissem Sinn noch sehr viel schlimmer, weil wir daneben überhaupt kein politisches Organ der sozialistischen Frauenbewegung besitzen und die dürftige und nicht eben von tieferer Erkenntnis getragene Frauenbewegungsrubrik des Vorwärts leider die Aufklärung der Arbeiterfrauen in ganz dem selben Geist betreibt, das Bild der unter den Führerinnen des weiblichen Proletariats herrschenden Anschauungen also noch schiefer und unklarer werden muß. Die an politischer Reife im allgemeinen rückständigeren proletarischen Frauen betrachten natürlich noch weit mehr als die Männer ihr Zentralorgan als die Quelle unwiderleglicher Weisheit; der Gedanke liegt ihnen völlig fern, daß das Blatt, zu dessen eifriger Lektüre sie in jeder Versammlung, an jedem Leseabend aufgerufen werden, eine falsche oder einseitige Darstellung der Weltbegebenheiten bringen könnte. Haben sie sich mit Mühe durch einen seiner Leitartikel durchgearbeitet, so nehmen sie ihn auf wie ein Evangelium und glauben nun ein festes Richtmaß des Urteils über die behandelten Fragen in der Hand zu haben. Selbst wenn sie von Natur zu kritischem Denken neigen, fehlt ihnen ja doch stets die Möglichkeit der Nachprüfung; sie kennen keine anderen Darstellungen, wissen nicht, wo die Fehlerquellen stecken könnten; sie sind quasi auf Gnade und Ungnade der Weisheit der Redaktion überantwortet.

Und damit komme ich zu dem zweiten Punkt, der nicht allein die Haltung der Gleichheit gegenüber den Kriegsproblemen betrifft sondern ganz allgemein ihre Wirksamkeit als proletarisch-sozialistisches Propagandablatt.

²⁾ Wie der Vorwärts so dürfte auch die Gleichheit freilich am wenigsten berechtigt sein als die Verfechterin freier Meinungsäußerung in der Partei aufzutreten. Beide Blätter haben in den Meinungskämpfen des letzten Jahrzehnts gegenüber jeder abweichenden Parteauffassung eine Taktik des Totschweigens befolgt, die politisch wie geistig gleich zu verwerfen ist

³⁾ Siehe Winnig, loc. cit., pag. 380.

Wie steht es denn in Wahrheit geistig bei der überwiegenden Mehrzahl unserer *aufgeklärten*, politisch organisierten Genossinnen? Wir wissen alle recht gut, daß die Zahl derer, die aus eigenem innern Drang, aus persönlichem Interesse an der Bewegung teilnehmen, das öffentliche Leben verfolgen oder gar aktiv mitarbeiten, außerordentlich gering ist. Noch weit geringer die Zahl derer, die sich allmählich das Rüstzeug zu selbständiger geistiger Weiterentwicklung erwerben. Was nützen die Massenversammlungen, in denen, wie die Berichte zu lauten pflegen, Tausende von Frauen den Worten der Rednerin lauschen oder begeistert einer Resolution etwa über das Frauenwahlrecht zustimmen, was nützen die großen Abonnentenziffern der Gleichheit (deren Lektüre ja zu einer Art von Ehrensache für die Genossinnen gemacht wird), was nützt selbst die steigende Zahl der weiblichen Parteimitglieder, wenn nicht eine Erhöhung des geistigen Lebensstandards, eine Vertiefung des Wissens, des politischen Urteils Hand in Hand damit gehen? Es ist nicht so leicht in breiten Massen dieses Ziel zu erreichen, und es ist doppelt und dreifach schwer bei den proletarischen Frauen, bei denen alle nur denkbaren Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Da aber nichts richtiger ist als der oft gepredigte Satz: daß eine fortschreitende Sozialisierung der Gesellschaft zur Voraussetzung auch die Hebung des materiellen und geistigen Daseinsniveaus der weiblichen Arbeiterschaft hat, so ist es unbedingt erforderlich dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, welche Anstrengungen es auch kosten möge. Es bedarf nicht erst eines Beweises, daß die Presse das Hauptmittel dieser Aufklärungsarbeit bildet. Sagt man von dem schulgebildeten Bürgerlichen schon mit Recht, daß er in seinen Ansichten meist nur das unbewußte Echo seines politischen Leibblatts ist, um wie viel stärkern Einfluß muß die Zeitung bei der Proletarierin üben, deren einzige geistige Nahrungsquelle sie oft darstellt! Die kulturelle und politische Bedeutung einer sozialistischen Frauenzeitung erscheint unter diesem Gesichtspunkt außerordentlich hoch, entsprechend schwer aber auch die Verantwortung, die die Leitung eines solchen Organs zu tragen hat. Alles, was es schreibt, gräbt sich tief in die Seele seiner naiv belehrungsdurstigen Leserinnen; die Grundsätze und Anschauungen, die es proklamiert, jede falsche, oberflächliche, demagogische Behauptung, jedes Urteil über zeitgeschichtliche Vorgänge pflanzen sich als unumstößliche Glaubenssätze fort, und während bei dem lesegewohnten, rasch aufnehmenden Gebildeten heute vergessen oder korrigiert wird, was gestern angenommen wurde, wird die mühsam erworbene Zeitungsweisheit für jenen Lesertypus zu einer Art persönlichen Besitzes, den er mit Leidenschaft verteidigt. Daß dem so ist, weiß jeder, der einmal praktische Agitationsarbeit unter den proletarischen Frauen, und zwar gerade auch in kleineren Zirkeln trieb, in denen ihre Art zu denken erst ganz zum Ausdruck kommt. Zu denken; oder man müßte leider oft richtiger sagen: mit ein paar unverständenen Begriffen aus dem Lexikon der Gleichheit und der Volksversammlungsreden um sich zu werfen, jeder schwierigen Frage, jeder sachlichen Erörterung mit einigen tönenden Worten auszuweichen und dann zu glauben, daß man die sozialistische Weltanschauung fix und fertig in der Tasche trägt. Augenblicklich genügt der Mehrzahl der Genossinnen zur Beurteilung der Weltlage eine sehr knappe Anzahl dieser Worte: Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus; wer ganz tiefgründig sein will, fügt noch etwas von Zollwucher und Kolonialpolitik hinzu. Was gibt es Einfacheres auf Erden als diese paar kapitalistischen Er-

scheinungen durch die internationale Solidarität und den Friedenswillen der sozialistischen Arbeiterschaft spornstreichs in einer sozialistischen Gesellschaft aufzulösen? Man lasse sich nur nicht etwa einfallen diese *aufgeklärten* Genossinnen genauer nach den Einzelheiten ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse zu fragen: je wilder die Heftigkeit, mit denen sie vorgetragen werden, desto wirrer schwirrt dann gewöhnlich alles durcheinander.

In der Betrachtungsweise der Genossinnen spiegelt sich nur allzu scharf die ganz verfehlte politische Agitationsmethode des Frauenzentralorgans. Genau wie bei ihren Erörterungen über den Krieg fängt die Gleichheit bei allen großen Parteifragen sozusagen mit dem Ende an, das heißt sie stellt bestimmte fertige Urteile auf, ohne den Leserinnen erst die sachlichen Grundlagen des Problems zu erläutern. Jede gegnerische Meinung, sei es innerhalb sei es außerhalb der Partei, weist sie von vornherein mit hochmütiger Überlegenheit als *reaktionär* oder *opportunistisch* ab; sie züchtet geradezu den Kultus der großen Worte, denen wohl für die Verfasser der Artikel bestimmte Vorstellungen zugrunde liegen mögen, die aber bei den politisch und geistig ungeschulten Leserinnen nur jenen unbewußt anmaßenden Glauben an die absolute Gültigkeit der eigenen Überzeugung wecken, statt sie zu lehren, daß das erste Erfordernis wirklichen Denkens sachlich objektive Prüfung auch aller Gegengründe ist. Das sind geistig schwere Vorwürfe, die aber dokumentarisch zu belegen sind, wenn man Blatt für Blatt der politischen Gleichheitsartikel durchgeht.⁴⁾

Als Demonstration zu diesen Behauptungen nur ein paar Beispiele, von denen das erste mir sehr charakteristisch erscheint, wenn das Thema, das es berührt, auch durchaus nicht zu den wichtigsten zählt: Eine unserer führenden Genossinnen sagte mir kürzlich in einem privaten Gespräch: sie danke der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen im Nationalen Frauendienst eine neue, wertvolle Erkenntnis; sie habe nun gesehen, daß es in der bürgerlichen Frauenbewegung doch auch recht viele tüchtige und von ehrlichstem Willen erfüllte Persönlichkeiten gebe, das in unseren Reihen übliche hochmütige Absprechen über die Bürgerlichen also sehr unberechtigt sei. Selbst diese besonders intelligente Sozialdemokratin hatte also einfach die Urteile der Gleichheit über die ihr nicht aus eigener Erfahrung bekannte bürgerliche Bewegung kritiklos übernommen; die Voreingenommenheit dieser Urteile zu beweisen habe ich selbst bei den verschiedensten Gelegenheiten versucht. Aber das ist, wie gesagt, für uns von untergeordneter Bedeutung, so große Fehler auch im Lauf der Jahre dadurch in der sozialistischen Frauenbewegung begangen worden sein mögen. Sehr viel schwererwiegend ist der Einfluß des Blattes auf die politische Gesinnung oder das politische Empfinden der Genossinnen. Zur Illustration, nach welcher Richtung dieser Einfluß geht, nur einiges aus den Betrachtungen der Gleichheit über den Chemnitzer und den Jenaer Parteitag. Zu der Debatte über den Massenstreik in Jena sagte sie:

»Unerschütterlich steht unsere Überzeugung, daß der Verlauf der gesellschaftlichen Dinge selbst, je länger je unwiderstehlicher den Klassenkampf des Proletariats, die Taktik der Sozialdemokratie aus dem seichten Bett einer opportunistischen Politik drängt. Und ihr gesellt sich gerade seit Jena die frohe Hoffnung hinzu, daß der radikale Flügel der Partei diesen Entwicklungsprozeß kraftvoll, bewußt be-

⁴⁾ Denn nur von den politischen Artikeln spreche ich hier. In allgemeinen und sozialen Angelegenheiten hat die Gleichheit auch sehr Gutes gebracht.

schleunigen wird. Der heurige Parteitag hat ihm den Willen und die Spannkraft zum offenen ernststen Ringen für eine ungemilderte, aggressive proletarisch-revolutionäre Taktik zurückgegeben. . . Er hat den Radikalen gelehrt dabei auf ihre eigene Kraft zu bauen und weder auf Ermutigung und Zustimmung durch die Leitung der Partei zu warten noch auf Förderung durch . . . die Neue Zeit, die . . . der Erörterung solcher Fragen nachhumpelt oder zu ihnen schweigt.«

Und in dem Leitartikel über den Chemnitzer Parteitag sagt das Propaganda-Blatt der proletarischen Frauen zu dem sehr zeitgemäßen Thema des Imperialismus:

»Dieser gewalttätige Gesell hat zwei gepanzerte Fäuste, von denen er die eine drohend gegen konkurrierende Staaten schwingt . . ., die andere aber die Arbeiterklasse im Vaterland fühlen läßt. Gerade das Feuer der imperialistischen Heimatspolitik ist es, das in Deutschland dem Proletariat auf den Nägeln brennt. Es ist die Politik der Wucherzölle und Wuchersteuern, des Zuchthauskurses wider Streikende, des Stillstands der Sozialreform, der Wahlrechtsverweigerung.«

Die Rede des Genossen Haase über den Imperialismus war damals der Redaktion nicht radikal genug; sie hebt dagegen die sachliche Wucht der Entgegnung des Genossen Lensch hervor (der ja freilich heute kaum noch von ihr als Schwurzeuge zitiert werden dürfte).

Es ist psychologisch sehr begreiflich, daß für die Frauen, denen ein gewisser Radikalismus der Gesinnung an sich im Blut liegt, die auch an die Politik gewöhnlich mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstand herantreten, der Sozialismus leicht zu einer Art schwärmerischen Glaubens an eine baldige Erlösung der Menschheit durch den Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft wird. Gerade die Möglichkeit dieses Glaubens läßt viele zu begeisterten Parteigenossinnen werden, während sie weit weniger geneigt sind in ruhig sachlichem Denken das pro et contra der Dinge zu erörtern. Es ist die Aufgabe der Frauenpresse diese Art Sozialdemokratinnen langsam zu den k e n d e n Parteigenossinnen zu erziehen; statt dessen treibt sie die Lektüre der Gleichheit immer mehr in die Überzeugung an die Durchführbarkeit einer »aggressiven, proletarisch-revolutionären Taktik« hinein. Und da es sich immer noch an Worte trefflich glauben läßt und die Probe aufs Exempel durch die Tat nicht so leicht gefordert wird, so löst sich der *revolutionäre* Fanatismus für die Frauen meist in einer dunklen Verachtung des parteiverderblichen Opportunismus, Revisionismus oder sonst eines unverstandenen Begriffs und in blinder Begeisterung für die tönenden Phrasen des *Radikalismus* aus.

In ruhigen Tagen trägt das gewiß ebenfalls nichts zur geistigen Aufklärung der proletarischen Frauen bei; es führt aber wenigstens nicht zu unmittelbaren Schädigungen. In einer wild erregten Zeit dagegen kann diese Haltung des Blattes und seiner Gefolgschaft bedenkliche Folgen für die Stimmung unter den Genossinnen und damit für die gesamte Partei haben. Sie kann es dahin bringen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine dumpfe Gegnerschaft gegen die besonneneren Elemente in der Partei zu erzeugen, die sich zwar so wenig wie ähnliche Stimmungen früher je zu bestimmten Gegenaktionen verdichten dürfte (weil das sehr berechnete Untergefühl ihrer vollständigen Zwecklosigkeit dem widerstrebt), aber eben deshalb seelisch nur einen um so verderblichen Einfluß üben, hoffnungsfrohe Kraft und tatenfreudige Kampflust für die Zukunft lähmen muß. Tatsächlich sind für jeden scharfen Beobachter diese Folgen der Gleichheitserziehung unter den Frauen deutlich zu spüren. Jene kleine Gruppe in der Partei, die es

friedigend. Nach 1910 war die Bevölkerungszahl nach den Fortschreibungen unter Berücksichtigung des Geburtenüberschusses und der Auswanderung um die Mitte der Jahre 1911 65 359 000, 1912 66 146 000, 1913 66 981 000, 1914 67 812 000. Die Auswanderung spielte in Deutschland für die Einwohnerzahl nie eine große Rolle; in den letzten Jahren ging sie mehr und mehr zurück, nur in den Krisenzeiten stieg sie immer wieder etwas an. Die Geburtenzahl verminderte sich seit der Gründung des Reichs. Welcher Faktor hat also das Wachstum der Bevölkerung so günstig beeinflußt?

Es kann sich nur um die Sterblichkeit handeln; sie muß stark zurückgegangen sein. In der Tat wird der Beweis für diese Tatsache schon geliefert, wenn man die Zahlen der Todesfälle mit denen der Gesamtbevölkerung vergleicht. 1871 kamen auf 1000 Einwohner 31 Todesfälle, 1912 dagegen nur 16,4. Die Sterblichkeitsverminderung ist so bedeutend, daß die Geburtenverminderung dadurch mehr als ausgeglichen wird. Nur ein paar Zahlen:

Jahrzehnt	Auf je 1000 Einwohner kamen			
	Geburten	Todesfälle	Überschuß der Geburten über die Todesfälle	Verluste durch Wanderung
1851 bis 1860	36,8	27,8	9,0	2,5
1861 " 1870	38,8	28,4	10,3	2,2
1871 " 1880	40,7	28,8	11,9	1,8
1881 " 1890	38,2	26,5	11,7	2,8
1891 " 1900	37,3	23,5	13,9	0,7
1901 " 1910	33,9	19,7	14,3	0,2

Die Tabelle zeigt, wie wichtig es ist das Sterblichkeitsproblem zu verfolgen. Der erste Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Becker, erkannte die Notwendigkeit eingehender Erforschung und genauer zahlenmäßiger Feststellung der Sterblichkeitsverhältnisse im Deutschen Reich auch bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er stellte eine allgemeine deutsche Sterbetafel auf, die 1887 erschien. Bald nach Abschluß dieser Arbeit jedoch verließ Becker seine Stellung, und seine Nachfolger haben sein Werk nicht fortgeführt. Erst im letzten Jahrzehnt forderten die Volkswirtschaftler wie die Versicherungsfachleute neue Sterbetafeln. Die Versicherungen der deutschen Gesellschaften bauten sich nämlich zuletzt ausschließlich auf ausländischen Tafeln auf, dadurch trat sehr bald eine Übervorteilung der Versicherungsnehmer ein; die Prämien, die nach diesen Tafeln berechnet wurden, waren viel zu hoch. Auch durch die Einführung der allgemeinen Reichsversicherung wurde der Wunsch nach Aufstellung neuer Tafeln verstärkt. Das Kaiserliche Statistische Amt berief daher endlich wieder einen Fachmann, und dieser, der schon in Charlottenburg wertvolle Sterblichkeitsuntersuchungen angestellt hatte, brachte innerhalb weniger Jahre neue Tabellen heraus, die eine vollständige Übersicht über die Sterblichkeitsbewegung des deutschen Volks bis zum Jahr 1910 gestatten. Im 200. Band der Statistik des Deutschen Reichs erschienen Sterbetafeln aus den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahrzehnte 1881 bis 1890 und 1891 bis 1900, die später im 246. Band auf das Jahrzehnt 1901 bis 1910 ausgedehnt wurden. Wir sind also imstande danach die Sterblichkeitsbewegung des deutschen Volks über 4 Jahrzehnte hinweg zu verfolgen.¹⁾

¹⁾ Die hier benutzten amtlichen Quellen gibt der vorzügliche Quellennachweis an, der jedem Band des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich vorangesetzt ist.

Ein sicheres Bild der Veränderungen in den Sterblichkeitsverhältnissen eines Landes läßt sich nur dann gewinnen, wenn man zugleich den Altersaufbau mitberücksichtigt; denn die Sterblichkeitshöhe der einzelnen Altersstufen ist so verschieden, daß man zu irrigen Schlüssen gelangen muß, wenn man nur die allgemeinen Sterblichkeitsziffern ohne genauere Spezialisierung in Rechnung zieht. Deshalb geben die für bestimmte Zeitabschnitte berechneten Sterbetafeln das beste Bild der Sterblichkeitsverhältnisse für diese Zeitperiode.

Bezeichnet man mit L die Gesamtzahl derjenigen Personen, die während eines Jahrzehnts in ein bestimmtes Altersjahr n bis $n + 1$ eingetreten sind, mit M die Zahl der Sterbefälle dieses Altersjahrs, ferner mit A die Zahl der Personen, die am Beginn des ersten Kalenderjahrs des Jahrzehnts im Alter von n bis $n + 1$ standen, mit B die Zahl derjenigen, die am Schluß des letzten Kalenderjahrs des betreffenden Jahrzehnts im gleichen Alter waren, endlich mit Z die Zahl der während des Jahrzehnts Zugezogenen, die zur Zeit ihres Zuzugs im Alter n bis $n + 1$ standen und mit F die Zahl der Fortgezogenen dieses Alters, so wird die Sterbenswahrscheinlichkeit des betreffenden Altersjahrs durch die Formel

$$q_n = \frac{M}{L - \frac{1}{2}(B - A + F - Z)}$$

dargestellt. Besondere Schwierigkeiten stellen sich der Ermittlung der Wanderungen entgegen, weil hier keine Beobachtungen vorliegen, man vielmehr darauf angewiesen ist aus dem Vergleich zweier aufeinanderfolgender Volkszählungen auf die dazwischenliegenden Wanderungen zu schließen. Vergleicht man die Zahlen der im gleichen Jahr geborenen Personen aus 2 aufeinanderfolgenden Volkszählungen und berücksichtigt man die zwischen diesen beiden Zählungen Gestorbenen des gleichen Lebensalters, so läßt sich der Wanderungsüberschuß berechnen. Zum Beispiel: Die Volkszählung des Jahrs 1890 gibt 531 919 männliche Personen aus dem Geburtsjahr 1880 an, die Volkszählung des Jahres 1895 zählt nur 511 828 Personen aus dem gleichen Geburtsjahr. Die Sterberegister stellen fest, daß in der Zeit zwischen den beiden Zählungen 7745 männliche Personen aus diesem Geburtsjahr verstorben sind. Danach müßten also am Schluß des Jahres 1895 von den im Jahr 1890 gezählten 531 919 Personen noch $531\,919 - 7745 = 524\,174$ übrig sein. Da nach der neuen Volkszählung aber nur 511 828 vorhanden waren, müßten $524\,174 - 511\,828$ Personen fortgewandert sein. So erhält man durch einen Vergleich der Ergebnisse zweier Volkszählungen für jedes Geburtsjahr die Zahl der zwischen den beiden Zählungen Fortgewanderten oder richtiger den Überschuß der Fortgewanderten über die Zugewanderten, der auch negativ sein kann, wenn die Zahl der Zugewanderten die der Fortgewanderten übersteigt. Bei den jüngsten Altersklassen müssen die Zahlen der Lebendgeborenen mit den Ergebnissen der nachfolgenden Volkszählung verglichen werden. Für die höchsten Altersklassen lassen sich die Sterbenswahrscheinlichkeiten auf dem angegebenen Weg nicht mehr mit genügender Sicherheit bestimmen, weil hier die Zahlen der Lebenden und der Gestorbenen nicht mehr groß genug sind. Besonders die Zahlen der Lebenden erscheinen hier stets unsicher, da die Volkszählungsergebnisse bei Personen in hohem Alter anfechtbar sind. Nachfragen und Vergleiche mit den Taufscheinen haben häufig zu anderen Altersangaben geführt als sie die Zähl-

papiere der Volkszählung zeigten. Es braucht deshalb nicht zu überraschen, wenn die Sterbenswahrscheinlichkeiten für die Altersstufen über 90 Jahre nach den Sterbetafeln recht unregelmäßig erscheinen. Bei dem männlichen Geschlecht beispielsweise steigt die Sterbenswahrscheinlichkeit im Alter von 90 bis 95 Jahren von 0,336 bis 0,400, nimmt dann ab bis 0,374, um schließlich wieder bis 0,432 zu steigen; bei dem weiblichen Geschlecht zeigen sich ähnliche Unregelmäßigkeiten. Im allgemeinen werden nach den Berechnungen die Sterbenswahrscheinlichkeiten der hohen Altersklassen zu gering erscheinen, weil in den Volkszählungen gewöhnlich zu viele Personen hohen Alters aufgeführt werden und so der Nenner des die Sterbenswahrscheinlichkeit darstellenden Bruchs zu groß wird.

Aber nicht nur die Sterbenswahrscheinlichkeit ist Gegenstand der Berechnungen, sondern auch die Lebenserwartung der Personen bestimmten Alters. Um die Lebenserwartung für das Alter von n Jahren zu bestimmen, muß die Zahl der Jahre ermittelt werden, die bei den l_n Überlebenden der Sterbetafel bis zu ihrem Tod verfließen. Zunächst wird es darauf ankommen zu berechnen, wieviel Zeit diese l_n Personen im folgenden, also im $(n - 1)$. Altersjahr zusammen durchleben. Da nach 1 Jahr nur noch l_{n-1} Personen übrig sind, also im Lauf dieses Jahres $l_n - l_{n+1}$ sterben, so wird ein ganzes Jahr nur von $l_n + 1$ Personen durchlebt werden. Nimmt man nun an, daß von den gestorbenen $l_n - l_{n+1}$ Personen im Durchschnitt jede ein halbes Jahr gelebt hat, so werden von diesen Gestorbenen zusammen $\frac{1}{2} (l_n - l_{n+1})$ Jahre durchlebt sein, im ganzen also werden die anfänglichen l_n Personen im $(n + 1)$. Lebensjahr $l_n + 1 + \frac{1}{2} (l_n - l_{n+1}) = \frac{1}{2} (l_n + l_{n+1})$ Jahre gelebt haben. In dem nächsten, $(n + 2)$. Altersjahr werden sie, der selben Rechnung zufolge, $\frac{1}{2} (l_n + 1 + l_{n+2})$, im darauf folgenden, $(n + 3)$. Altersjahr $\frac{1}{2} (l_n + 2 + l_{n+3})$ Jahre durchleben usw. Die Summe der Mittelwerte zweier aufeinanderfolgender Zahlen l ergibt demnach die Gesamtzahl der von den l_n Personen noch durchlebten Jahre. Bezeichnet man diese Summe mit S_n , so werden die l_n Überlebenden der Sterbetafel bis zu ihrem Tod zusammen noch S_n Jahre leben, auf jede von ihnen kommen also im Durchschnitt $\frac{S_n}{l_n}$ Jahre: die mittlere Lebenserwartung.

Gegen diese übliche Berechnung der mittlern Lebenserwartung läßt sich einwenden, daß die Annahme, die während eines Altersjahrs gestorbenen Personen hätten im Durchschnitt jede ein halbes Jahr gelebt, selbst dann nicht zutrifft, wenn vorausgesetzt wird, daß der Sterbekoeffizient während dieses Altersjahrs konstant bleibt. Denn da sich durch Absterben die Zahl der Personen vermindert, werden bei gleichbleibendem Sterbekoeffizienten im 1. Halbjahr mehr Personen sterben als im 2., es wird daher der Teil der Gestorbenen weniger als ein halbes Jahr gelebt haben, somit auch der Durchschnitt voraussichtlich nicht ein halbes Jahr sondern geringer sein. Die nach jener Methode berechnete Lebenserwartung muß demnach zu groß sein. Zudem ist die Annahme nicht zutreffend, daß der Sterbekoeffizient während eines Altersjahrs gleich bleibt, er ändert sich allmählich, nicht sprungweise nach Ablauf eines Jahrs. Verringert sich der Wert des Sterbekoeffizienten, so werden in der einen Hälfte des Jahres, in der die Sterblichkeit größer war, mehr Personen sterben als in der andern. Aus einer Abnahme der Sterblichkeit wird also ebenfalls folgen, daß die von einem Ge-

storbenen durchschnittlich verlebte Zeit weniger als ein halbes Jahr beträgt, in noch höherm Grad als bei gleichbleibendem Sterbekoeffizienten wird deshalb die übliche Berechnungsweise in diesem Fall die Werte für die Lebenserwartung über ihren wirklichen Wert hinaus erhöhen. Da indessen während des größten Teils des Lebens, nämlich etwa vom 14. Altersjahr an, die Sterblichkeit zunimmt, so werden die beiden erwähnten Faktoren in der Berechnung einander entgegenwirken, und so ist anzunehmen, daß im Gesamtergebnis der Fehler in der Berechnung der Lebenserwartung nur gering ist. Zu genaueren Ergebnissen gelangt man jedenfalls, wenn man die Veränderung des Sterbekoeffizienten mit berücksichtigt. Die Integration ergibt

$$l_{n+1} = l_n \cdot e^{-\alpha_1},$$

wobei α_1 , den für die Mitte des Jahres geltenden Sterbekoeffizienten darstellt. Die von l_n Personen während des $(n+1)$. Altersjahrs durchlebte Zeit, deren Maßzahl J sei, drückt sich durch das Integral

$$J = l_n \int_0^1 e^{-\alpha t - \frac{1}{2} \beta t^2} dt$$

aus; darin bedeutet α den Sterbekoeffizienten am Anfang des n . Jahres, der sich in der Zeit t in $\alpha + \beta t$ wandelt. Die Auflösung des Integrals durch Entwicklung in eine schnell konvergierende Reihe ergibt

$$J = \frac{1}{2} (l_n + l_{n+1}) + \frac{1}{12} l_n (\beta - \alpha^2).$$

Glücklicherweise stellt das zweite Glied der Formel, das die feststellbare Verbesserung der Zahlen angibt, einen so geringen Wert dar, daß es praktisch meist fortgelassen werden kann.

Stellt man nach diesen Grundsätzen eine statistische Tafel auf, so ergibt sich für das Jahrzehnt 1901 bis 1910 das folgende:

Alter Jahre	Von je 100 000 Lebend- geborenen erreichten das nebenbezeichnete Alter (Überlebensstafel)		1000 fache Sterbenswahrscheinlichkeit		Mittlere Lebens- erwartung Jahre	
	männliche	weibliche	männlich	weiblich	männlich	weiblich
0	100 000	100 000	202,34	170,48	44,82	48,33
1	79 766	82 952	39,88	38,47	55,12	57,20
2	76 585	79 761	14,92	14,63	56,39	58,47
5	74 211	77 334	5,28	5,31	55,15	57,27
10	72 827	75 845	2,44	2,56	51,16	53,35
15	72 007	74 887	2,77	3,02	46,71	49,00
20	70 647	73 564	5,04	4,22	42,56	44,84
25	68 881	71 849	5,13	5,37	38,59	40,84
30	67 092	69 848	5,56	5,97	34,55	36,94
35	65 104	67 679	6,97	6,86	30,53	33,04
40	62 598	65 283	9,22	7,71	26,64	29,16
45	59 405	62 717	12,44	8,54	22,94	25,25
50	55 340	59 812	16,93	11,26	19,43	21,35
55	50 186	55 984	23,57	16,19	16,16	17,64
60	43 807	50 780	32,60	24,73	13,14	14,17
65	36 079	43 540	47,06	39,60	10,40	11,09
70	27 136	34 078	69,36	62,06	7,99	8,45
80	8 987	12 348	157,87	146,50	4,38	4,65
90	683	1 131	320,02	295,66	2,35	2,59
100	3,76	13,1	496,68	420,77	1,50	1,87

Diese Absterbeordnung²⁾ gibt das Bild, das für die Gesamtheit des deutschen Volks vor dem Krieg charakteristisch war. Sie zeigt sozialpolitisch und kulturell einen Stand, auf den wir immerhin stolz sein können. Noch deutlicher zeigt ihn die folgende Zusammenstellung der Sterbenswahrscheinlichkeiten, in der die Kulturarbeit zum Ausdruck kommt, die Deutschland für seine Bevölkerung geleistet hat.

Alter	Männliches Geschlecht				Prozentuale Abnahme in 30 Jahren	Weibliches Geschlecht				Prozentuale Abnahme in 30 Jahren
	1000fache Sterbenswahrscheinlichkeit					1000fache Sterbenswahrscheinlichkeit				
Jahre	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1910		1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1910	
0	252,73	241,69	233,86	202,34	19,94	217,40	206,89	198,62	170,48	21,55
1	64,92	63,73	51,99	39,88	38,57	63,64	61,87	49,93	38,47	39,55
2	33,19	31,96	22,47	14,92	55,05	32,58	31,34	21,73	14,63	55,10
3	23,09	22,07	14,84	9,47	58,99	22,53	21,64	14,45	9,25	58,94
4	17,05	16,14	10,74	6,91	59,47	16,87	16,12	10,77	6,84	59,45
5	13,00	12,06	8,00	5,28	59,38	12,87	12,11	8,06	5,31	58,74
6	10,30	9,48	6,23	4,25	58,74	10,07	9,57	6,39	4,38	56,50
7	8,20	7,57	4,98	3,56	56,59	8,07	7,71	5,18	3,73	53,87
8	6,65	5,99	4,04	3,03	54,44	6,60	6,17	4,26	3,19	51,67
9	5,48	4,86	3,40	2,67	51,28	5,52	5,10	3,62	2,80	49,28
10 bis unter 20	4,61	4,10	3,50	3,04	34,06	4,56	4,23	3,52	3,06	32,89
20 " " 30	8,47	7,21	5,96	3,15	39,20	7,91	6,87	5,74	5,17	34,64
30 " " 40	10,95	10,27	8,25	8,25	24,66	10,93	9,69	7,91	6,75	38,24
40 " " 50	16,67	15,65	13,97	12,25	26,51	13,01	11,58	10,03	8,72	32,97
50 " " 60	27,72	26,32	24,32	23,10	16,67	21,81	20,06	18,05	16,24	25,54
60 " " 70	54,61	51,75	48,94	46,76	14,37	49,26	45,95	42,86	39,10	20,63
70 " " 80	118,38	114,44	108,81	104,62	11,62	113,43	108,14	102,80	96,54	14,89
80 " " 90	238,53	243,10	236,71	227,18	4,76	231,67	224,86	219,40	213,88	7,65

Die Sterbetafelberechnungen kristallisieren sich um bestimmte Zahlenkategorien, von denen hier besonders die wahrscheinliche Lebensdauer und die mittlere Lebenserwartung etwas näher beleuchtet seien. Will man die Sterblichkeitshöhe einer Bevölkerungsgruppe durch eine einzige Zahl ausdrücken, so wählt man als Charakteristikum dafür oft die mittlere Lebensdauer eines neugeborenen Kindes. Diese Zahl zeigt also an, welche Zeit jedes Mitglied einer Generation zu durchleben hat. Sie kann für das männliche und für das weibliche Geschlecht sehr verschieden sein; die Geschlechter müssen also statistisch für unsern Zweck getrennt behandelt werden, wenn man der Wirklichkeit entsprechende Resultate erhalten will. Die mittlere Lebenserwartung betrug für das Jahrzehnt 1901 bis 1910 für ein neugeborenes männliches Kind 44,82 Jahre, für ein weibliches 48,33 Jahre. Das weibliche Geschlecht lebt also bedeutend länger, der Unterschied beträgt nicht weniger als 3½ Jahre. Abgesehen vom 2. Lebensjahrhundert zeigen sich die Frauen in jedem Alter lebenskräftiger. Das beweist, daß unter den modernen Verhältnissen, wenigstens in Deutschland, trotz den Geburtengefahren, das weibliche Geschlecht erheblich weniger gefährdet ist als das männliche, mögen nun die Ursachen sozialer Art sein oder in einer von Natur verschiedenen Lebensenergie der Geschlechter liegen. In dem Zeitraum von 1870 bis 1910 stieg für das männliche Geschlecht die mittlere Lebensdauer von 35,58 auf

²⁾ Hier ist die Überlebensstafel gegeben, die Sterbetafel würde die Zahlen der Überlebenden zu 100 (x) ergänzen.

44,82 Jahre, also um über 9 Jahre oder um 26 %. Noch größer ist die Erhöhung beim weiblichen Geschlecht; sie geht hier von 38,45 auf 48,33 Jahre, beträgt also fast 10 Jahre oder 26 %. Von alters her nahm man die mittlere Lebensdauer des Menschen auf etwa 30 Jahre an; man glaubte es also mit einer stabilen Größe zu tun zu haben. Die neuere Zeit hat uns gelehrt darin fortgesetzt, und zwar sehr rasch, umzulernen, denn sie zeigte fortdauernde Veränderungen. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt steigerte sie die Lebenserwartung der neu ins Leben Tretenden, für die Männer von 35,58 über 37,17, 40,56 auf 44,82, für die Frauen von 38,45 über 40,25, 43,97 bis auf 48,33 Jahre. Solange die Erde von Menschen bewohnt ist, hat die Lebensdauer einer größern Bevölkerungsmasse sicher noch niemals eine solche Steigerung erfahren wie in diesen Jahrzehnten.

Stärker noch als die mittlere hat die sogenannte wahrscheinliche Lebensdauer in den letzten 30 Jahren zugenommen. Darunter versteht man das Alter, bis zu dem die Hälfte aller Menschen gestorben ist, so daß also für ein neugeborenes Kind die gleiche Wahrscheinlichkeit besteht vor wie nach dem betreffenden Lebensjahr zu sterben. Nach den Sterbetafeln des Jahrzehnts von 1871 bis 1880 beträgt die wahrscheinliche Lebensdauer des männlichen Geschlechts 38,1 Jahre; ein eben geborener Knabe konnte also nach den damaligen Sterblichkeitsverhältnissen mit der selben Wahrscheinlichkeit zu denen gehören, die vor Beendigung des 38. Lebensjahrs sterben wie zu denen, die mehr als 38 Jahre alt werden. Diese Zahl hat sich nach der neuen Sterbetafel auf 55,2 Jahre erhöht. Die wahrscheinliche Lebensdauer des weiblichen Geschlechts betrug nach der Sterbetafel der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts 42,5 und beträgt jetzt 60,6 Jahre.

Auch die Zeit, die während des produktiven Alters, vom Anfang des 16. bis zum Schluß des 60. Lebensjahrs, durchlebt wird, hat sich durch die Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse verlängert. Würde während dieses Lebensabschnitts niemand sterben, so durchlebten alle, die das 16. Altersjahr erreichen, bis zum vollendeten 60. Jahr 45 Jahre. Da aber der Tod einen Teil der Menschen dieses Alters dahinrafft, so wird die durchschnittliche Zahl der durchlebten produktiven Jahre geringer sein als 45, und zwar um so geringer, je ungünstiger die Sterblichkeitsverhältnisse sind. Nach der Sterbetafel des Jahrzehnts von 1870 bis 1880 durchlebten die männlichen Personen während des produktiven Lebensabschnitts 36,19, nach der neuesten Sterbetafel dagegen 38,72 Jahre. Damals gingen also durch den Tod vor Beendigung des 60. Altersjahrs 8,81, jetzt nur 6,28 Jahre verloren. Die Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse hat danach für jeden Mann die Zeit der Produktivität um durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ Jahre verlängert. Da nun jährlich im Deutschen Reich etwa 665 000 männliche Personen in das 16. Lebensjahr eintreten, so hat allein durch die Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse jede Generation $1\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitsjahre gewonnen. Von dem weiblichen Geschlecht wurden nach der Sterbetafel des Jahrzehnts von 1871 bis 1880 36,93 und nach der neuesten Sterbetafel 39,39 Jahre während des Zeitabschnitts vom 16. bis zum 60. Altersjahr durchlebt. Der Gewinn beträgt also hier ebenfalls $2\frac{1}{2}$ Jahre. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Tatsache ist ungeheuer. Der Gewinn von über 4 Millionen Arbeitsjahren in einer Generation ist imstande ganze Volksvermögen neu zu schaffen; wieviel mehr alte zu ergänzen und zu erneuern.

In allen Altersklassen fand ein Rückgang der Sterblichkeit statt, die Höhe dieses Rückgangs weist aber große Unterschiede auf. Die Tabelle auf Seite 705 enthält die mit 1000 multiplizierte Sterbenswahrscheinlichkeit der ersten 10 Altersjahre und für die folgenden Altersjahrzehnte die mit 1000 multiplizierten Durchschnitte der Sterbenswahrscheinlichkeit. Die 2 bis 9 Jahre alten Knaben haben jetzt eine über 50 % geringere Sterblichkeit als vor 30 Jahren; bei den gleichaltrigen Mädchen ist die Abnahme der Sterblichkeit etwas geringer. Die neue Sterbetafel läßt erkennen, daß in den ersten Lebensjahren die Sterblichkeit der Knaben größer ist als die der Mädchen, daß dagegen im Alter von 5 bis 14 Jahren verhältnismäßig mehr Mädchen als Knaben sterben. Dies bestätigt die von Schulärzten gemachte Erfahrung, daß während der Schulzeit die Mädchen anfälliger sind als die Knaben. Die Wahrscheinlichkeit im 1. Lebensjahr zu sterben hat in den 30 Jahren um etwa 20 % abgenommen, und von dieser Abnahme entfällt der weitaus größte Teil auf das letzte Jahrzehnt. Von je 1000 lebendgeborenen Knaben sterben nach den neuesten Sterbetafeln im Durchschnitt während des 1. Lebensjahrs 202, von je 1000 Mädchen 170. Diese, noch recht hohe Sterbenswahrscheinlichkeit wird voraussichtlich durch die immer weitere Kreise erfassende Säuglingsfürsorge noch beträchtlich vermindert werden; starben doch beispielsweise im Jahr 1910 im Stadtkreis Elberfeld von 1000 Lebendgeborenen nur noch 90 im 1. Lebensjahr. Im übrigen weist die neue Sterbetafel für das männliche Geschlecht die selbe Eigentümlichkeit auf wie die früheren deutschen Sterbetafeln. Bis zum Alter von 12 Jahren nimmt die Sterblichkeit der Knaben ab, so daß im 13. Altersjahr von je 1000 Knaben nur 2 sterben, gegen 202 im 1. Lebensjahr. Vom 13. Jahr steigt die Sterbenswahrscheinlichkeit bis zum 22. Jahr, behält dann ungefähr den gleichen Wert bis zum 26. Jahr und nimmt erst von da an ohne Unterbrechung bis zum hohen Alter zu. Das weibliche Geschlecht zeigt keinen solchen Stillstand im Anwachsen der Sterbenswahrscheinlichkeit. Auch die Mädchen erreichen mit dem 13. Altersjahr die geringste Sterblichkeit, wenn sie um diese Zeit für sie auch nicht ganz so klein ist wie die der Knaben; dann aber steigt die Sterblichkeit ohne Unterbrechung bis zum hohen Alter.

Das Hauptergebnis der Beobachtung aller deutschen Sterbetafeln unter einander ist die Konstatierung einer gewaltigen Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse. Die beispiellose Erhöhung der Lebenskraft, wie sie in der Zunahme der mittlern Lebensdauer um über ein Viertel zum Ausdruck kommt, vermochte sogar die ihr entgegenwirkende erhebliche Geburtenverminderung auszugleichen, ja ihr zum Trotz eine Bevölkerungsvermehrung zu erzeugen. Die Ursachen für diesen glänzenden Aufstieg in der Lebenskraft des deutschen Volks liegen auf verschiedenen Gebieten. Ohne Frage trugen die bedeutenden Fortschritte der medizinischen Wissenschaft in erster Linie dazu bei, Hand in Hand damit die großartigen Errungenschaften der Naturwissenschaft. Vor allem aber verdanken wir diese erfreuliche Erscheinung der sozialen Gesetzgebung, in der, nimmt man sie als Ganzes, das Deutsche Reich jetzt wohl allen anderen Kulturstaaten voran ist.

Wohl hatte der Krieg von 1870-1871 der deutschen Bevölkerung eine tiefe Wunde geschlagen¹⁾; mit dem Aussterben der Generation jener Jahre be-

¹⁾ Siehe meinen Artikel Eine deutsche Sterbetafel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1905, 2. Band, pag. 1046 f.

ten erschöpfen. Es könne heute oder morgen ein Verfahren gefunden werden, das Stickstoffverbindungen zu wesentlich niedrigeren Preisen zu liefern vermöchte. Es wäre ungerecht und unklug und auch durchaus gegen das Interesse des Deutschen Reichs solchen Bestrebungen durch ein wenige große Gesellschaften schützendes Handelsmonopol den Weg zu versperren.

Auch die chemischen Fabriken, die Düngstoffabriken, die Zelluloidindustrie usw. befürchten große Schädigungen von dem Handelsmonopol. Ein staatliches Monopol darf nun freilich nicht daran scheitern, daß private Unternehmer ein ihm entgegengesetztes Interesse haben. Immerhin kann man mit der endgültigen Stellungnahme zu diesem Monopol zurückhalten, bis die von den Sachverständigen im Reichstag gehaltenen Vorträge im Druck vorliegen.

× Schweiz: Tabakmonopol

Der schweizerische Bundesrat plant die Errichtung eines Tabakmonopols und hat mit den Vorarbeiten bereits begonnen. In Vorschlag wird die staatliche Tabakfabrikation gebracht, ohne gleichzeitige Verstaatlichung oder auch nur Konzessionierung des Detailhandels. Die Regierung glaubt, daß der Ertrag dieses Monopols sich sofort auf jährlich 20 Millionen Franken belaufen würde. Davon würden allerdings jährlich 5 Millionen zur Deckung des Ausfalls für die jetzigen Tabakzölle und zur Verzinsung und Amortisation des für den Ankauf und die Entschädigung der bisherigen privaten Tabakindustrie nötigen Kapitals verwendet werden müssen, so daß anfangs ein Reingewinn für die Staatskasse von 15 Millionen, später von 17 Millionen verbliebe.

Es ist nicht das erstmal, daß die Schweiz an die Frage des Tabakmonopols herantritt. Bereits im Jahr 1899 hat der Bundesrat dem Parlament die Einführung des staatlichen Tabakmonopols in Vorschlag gebracht. Damals sollte aber der Ertrag ausschließlich zur Finanzierung der Sozialversicherung dienen. Auch wurde von vornherein der Grundsatz aufgestellt, daß das Monopol weder zu einer Qualitätsverschlechterung der gangbarsten Zigarren- und Tabaksorten noch zu einer Verteuerung der Preise führen dürfe. Nun soll es fiskalischen Zwecken dienen, zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts, das durch die hohen Ausgaben und verminderten Einnahmen

während der Kriegszeit zerstört worden ist.

Im einzelnen bestimmt der Entwurf des Ausführungsgesetzes: Der Bund hat das ausschließliche Recht zur Beschaffung und Verarbeitung von Rohtabak und zum Verkauf von Tabakfabrikaten. Zur Ausübung dieses Rechts wird eine eidgenössische Tabakverwaltung eingerichtet, mit Sitz in Bern. Die Verwaltung hat folgende Abteilungen: das Zentralamt, die Rohtabaklager, die Fabriken, die Versandlager. Die Organisation im einzelnen sowie die Festsetzung der Befugnisse und Anstellungsverhältnisse des Personals sind bis zum Erlaß eines Organisationsgesetzes Sache des Bundesrats. Tabak darf nur für Rechnung der Verwaltung angebaut werden. Sie bestimmt die zu beschaffenden Mengen unter angemessener Rücksichtnahme auf die zum Tabakbau geeigneten Landesteile. Die Verwaltung beschafft den ausländischen Rohtabak und kann ausländische Tabakfabrikate nach Gutdünken einführen. Zu den von der Verwaltung aufgestellten Bedingungen ist die Einfuhr auch Privatpersonen gestattet. Wiederverkäufer erhalten 10% Abschlag, bei einem hohen Umsatz auch noch Provisionen, die Verkaufspreise setzt aber der Bundesrat fest. Mit Bewilligung der Verwaltung können auch Privatfabrikanten besondere Sorten von Tabakfabrikaten herstellen und zur Ausfuhr bringen. Die Betriebe der Bewilligungsinhaber stehen unter der Aufsicht der Verwaltung, und soweit die Bewilligungsinhaber den Rohtabak nicht von der Verwaltung beziehen, dürfen sie ihn gegen eine Verwaltungsgebühr von 3 Franken für 100 Kilo Bruttogewicht selbst einführen. Die Verwaltung hat das Recht alle Anordnungen zu treffen, die den Übergang zum Monopol ohne Schädigung ihrer Interessen ermöglichen. Die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, die durch dieses Gesetz unmittelbar geschädigt werden, erhalten Entschädigung.

Der Entwurf läßt also neben dem Monopol unter gewissen Bedingungen auch private Import- und Exportunternehmungen zu. In dieser Weise lassen sich Industriezweige, die auch für den Export arbeiten, in Staatsmonopole umwandeln, ohne daß die Exportarbeit verloren geht.

Im Jahr 1899 erklärte sich die Sozialdemokratie in der Schweiz für das Tabakmonopol, das der Finanzierung der

Sozialversicherung dienen sollte. Auch der schweizerische Arbeitertag in Luzern im Jahr 1914 hat sich zu der Frage des Tabakmonopols geäußert. Er erklärte sich grundsätzlich für das Monopol, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Erträge des Monopols nicht für fiskalische Zwecke sondern zur Errichtung einer staatlichen Alters- und Invalidenversicherung verwendet würden. Welche Aussichten der vorliegende Entwurf hat, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Die Anschauungen darüber gehen in allen Parteien auseinander.

× **Vereinigte Staaten: Eisenbahnverstaatlichung** ×
 Der Gedanke die Eisenbahnen zu verstaatlichen hat nun auch in den Vereinigten Staaten von Amerika festen Fuß gefaßt. Und wie Dr. W. H. Edwards im Archiv für Eisenbahnwesen zeigt, ist auch bereits ein sehr einfacher Weg zur Lösung des Problems gefunden worden.

Die Notwendigkeit einer Reform des Eisenbahnwesens wird in Amerika allseitig anerkannt. Als Mindestforderungen werden von allen Praktikern und Theoretikern des Eisenbahnwesens aufgestellt: 1. eine finanzielle Reorganisation und formale Zusammenlegung der einzelnen Teile der großen Systeme; 2. eine Vereinheitlichung der Tarife und Verkehrsordnungen für die gesamte Union; 3. Ausbau der heutigen Systeme im Sinn des allgemeinen Interesses in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung. Bei jedem Versuch dieses Ziel zu erreichen zeigte es sich aber, daß kein anderer Weg gangbar ist als die Verstaatlichung, die heute von Bryan und Roosevelt und selbstverständlich von den Sozialisten verlangt wird. Der Verstaatlichung von über 800 Eisenbahngesellschaften standen bisher jedoch recht große Schwierigkeiten im Weg. Denn eine Teilverstaatlichung konnte nicht in Betracht kommen. Da auch mindestens 60% aller Aktien im Besitz von zahlreichen Rentnern und Sparern sein sollen, so war es der Regierung nicht gleichgültig, wie sie mit diesen Wählermassen fertig werden sollte. Die Aussichten waren daher recht trübe, als im Dezember 1911 der Bericht der Hadleykommission erschien, durch den sich die Lage von Grund auf änderte. Die Kommission war von dem Präsidenten Taft eingesetzt worden, um die Frage juristisch und wirtschaftlich durchzuprüfen, ob es sich empfehlen

würde das Recht der Bahnen sich die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen der Aufsicht der Interstate Commerce Commission zu unterwerfen. Diese Frage wurde verneint. Aber bei der weitem Untersuchung über die juristischen Vorbedingungen einer Reformgesetzgebung irgendwelcher Art mußte die Kommission, der die bedeutendsten amerikanischen Juristen angehörten, die Feststellung machen, daß der heutige zwischenstaatliche Verkehr, an dem fast alle Gesellschaften beteiligt sind, statt der Staatskonzessionen Bundeskonzessionen zur rechtlichen Unterlage der Betriebsführung haben müßte. Alle Reformvorschläge erfordern also als notwendige Voraussetzung die Umwandlung der Staatskonzessionen in Bundeskonzessionen, damit die verfassungsmäßige Gültigkeit der betreffenden Gesetze nicht angefochten werden kann. Der Bund ist damit in der Lage die Bedingungen für die Konzessionen festzusetzen, und die Bahnen müssen mit dem Bund unterhandeln. Dr. Edwards behauptet, es gäbe in den Vereinigten Staaten keinen politischen Führer, der auch nur in die Gefahr kommen möchte die falsche Lösung vorzuschlagen, sobald diese Gesetzgebung in Angriff genommen wird.

Dr. Edwards gibt nun ein Bild davon, wie sich die Verstaatlichung vollziehen werde. Zuerst gilt es die beiden rechtlichen Vorbedingungen der neuen Lage festzulegen. Dazu ist eine im Gesetzesweg ausgesprochene Ungültigkeitserklärung der bis zum Erlaß des Gesetzes gewährten Einzelstaatskonzessionen notwendig. Da aber die Eisenbahnen nicht konzessionslos ihren Betrieb ausüben dürfen, muß in dem selben Gesetz wiederum die Gültigkeit der bisherigen Konzessionen ausgesprochen werden, und zwar nunmehr in der neuen Gestalt von Bundesnotkonzessionen mit möglichst beschränkter Gültigkeit. Nach Ablauf dieser *Schonzeit* von etwa 5 Jahren müssen die Eisenbahnen verpflichtet sein die Notkonzessionen gegen neue Bundeskonzessionen umzutauschen, die auf Grund eines inzwischen entworfenen und durchberatenen Gesetzes gewährt werden. Sollten sich Gesellschaften gegen die rechtzeitige Konzessionierung sträuben, so muß die Regierung instand gesetzt sein nach Ablauf jener Zwischenzeit den Betrieb gegen Zahlung aller Schulden zum Nennwert und gegen Enteignung des

Aktienbesitzes durch das zuständige Bundesgericht zu übernehmen. So viel wäre schon alsbald durch ein kurzes Gesetz von wenigen Paragraphen zu erreichen, ohne jemand zu schädigen, und vor allem, ohne daß gekünstelte Auslegungen der Verfassung erforderlich wären. In der Zwischenzeit soll dann ein Konzessionsgesetz entworfen werden, das geeignet ist eine Übereinstimmung zwischen Nominalkapital und Ertragswert herbeizuführen, ferner das öffentliche Interesse in der Leitung der Eisenbahnunternehmungen zur Geltung zu bringen und endlich die Verstaatlichungsbedingungen dem Wirkungskreis börsentechnischer Wertmomente zu entziehen. Die 800 Gesellschaften sollen zunächst zu 2 großen Gesellschaften verschmolzen werden, an denen der Bund beteiligt ist. Ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb soll also eine Übergangsform bilden.

Diesen Umweg hält Dr. Edwards für den gangbarsten, in Rücksicht auf den Einfluß der zahlreichen Aktienbesitzer. Andernfalls ließe sich natürlich die Verstaatlichung viel einfacher durchführen. Jedenfalls steht es fest, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten nun eines der aktuellsten Probleme der innern Politik geworden ist und in der nächsten Zeit im Vordergrund der politischen Kämpfe stehen dürfte.

× **Kurze Chronik** Die Reichsbank beschäftigte im Jahr 1914, nach dem in der Generalversammlung am 29. März 1915 vorgelegten Verwaltungsbericht, 3749 Beamte, gegen 3708 im Jahr 1913, 2322 im Jahr 1900, 1507 im Jahr 1890 und 1094 im Jahr 1876. Die Gesamtumsätze betragen im Berichtsjahr 521 775 470 200 Mark, gegen 422 339 707 200 im Jahr 1913, 189 091 499 000 im Jahr 1900, 108 595 412 900 im Jahr 1890 und 36 684 830 600 im Jahr 1876. Im Jahr 1914 wurde ein Reingewinn von 67 010 693 Mark erzielt, wovon 42 497 485 Mark auf das Reich entfielen, der Rest auf die Anteilseigner und den Reservefonds. Das Verzeichnis sämtlicher Reichsbankanstalten führt 488 Städte auf, zu denen sich noch eine große Anzahl Unteranstalten gesellen. × Die Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen hat, laut ihrem Geschäftsbericht für 1914, bisher in 82 Darlehen 2 489 700 Mark auf Erbbaurecht verliehen. × Der Grundbesitz der preussischen

Staatsforstverwaltung hatte nach einer dem preussischen Landtag vorgelegten Nachweisung Ende März 1914 einen Flächeninhalt von 3 043 425 Hektar; er hat sich seit 1867 im ganzen um 437 997 Hektar, während des Etatsjahrs 1913 um 4178,56 Hektar vermehrt. × Im Reichsschatzamt werden, wie die Tagespresse berichtet, Vorbereitungen getroffen, um das Zigarettenmonopol noch während des Krieges zur Einführung bringen zu können. × Das preussische Fischereigesetz ist im Juni vom Landtag verabschiedet worden. Es stimmt in seiner Tendenz mit dem Wasserrecht überein. Es gibt das Fischereirecht in den natürlichen Wasserläufen 1. Ordnung (den Flüssen) dem Staat, in allen anderen Gewässern dem Eigentümer. Der Forderung der Regierung auf ein weitgehendes Enteignungsrecht hat der Landtag nicht entsprochen. × Die englische Regierung soll, nachdem die Unausführbarkeit eines allgemeinen Alkoholverbots während des Krieges zugegeben wurde, jetzt den Plan prüfen eine Monopolisierung des gesamten Schnaps- und Biervertriebs durch Übernahme aller Brauereien und Schankkonzessionen in die Wege zu leiten. Die dafür benötigte Summe wird auf 200 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Der Staat will dann, falls der Plan verwirklicht wird, ein leichtes Bier brauen lassen.

× **Literatur** In einer Broschüre über Geld und Kredit im Kriege Bonn, Marcus & Weber, zeigt der Bankdirektor Julius Steinberg, wie alle Länder, Deutschland nicht ausgenommen, durch den Krieg, der den Individualismus vielfach ausgelöscht und an dessen Stelle den Nationalismus gesetzt habe, ein gehöriges Stück in den Staatssozialismus hineingetrieben worden seien. Denn nichts anderes bedeuten die Festsetzung von Höchstpreisen, die staatliche Überwachung der Broterzeugung, die Einführung des Reichsgetreidemonopols, die Kontingentierung der Zuckerproduktion und die Beteiligung des Staats an verschiedenen neuen Aktiengesellschaften, deren Überschüsse für Zwecke des Gemeinwohls verwendet werden. Ein solcher Kollektivismus könne im Krieg zur eisernen Notwendigkeit werden. Allseitige Feindschaft schweiße die Befehdeten immer enger zusammen, und so dürfte der Krieg die innere Einigung erheblich fördern.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Otto Bobertag

Meumann † Am 26. April starb in Hamburg Ernst Meumann, ordentlicher Professor für Philosophie und Pädagogik am Öffentlichen Vorlesungswesen. Er war ein Schüler Wundts und nach einander Professor in Zürich, Königsberg, Münster, Halle, Leipzig und Hamburg. Seine ersten Arbeiten waren rein psychologische. Bald wandte er sich aber der Kinderpsychologie und der psychologischen von ihm sogenannten experimentellen Pädagogik zu, als deren Begründer und bedeutendster Vertreter er zu betrachten ist. Sein Hauptwerk sind die Vorlesungen zur Einführung in die experimentelle Pädagogik, eine systematische Darstellung der Methoden und Ergebnisse moderner psychologischer Forschung in ihrer Anwendung auf die Probleme der Erziehung, insbesondere des Schulunterrichts. Die psychologische Grundlegung und Bearbeitung der Pädagogik lag um die Wende des Jahrhunderts zu nahe, als daß sie nicht hätte in Angriff genommen werden müssen. Aber ihre Durchsetzung gegenüber der herkömmlichen, im großen ganzen philosophischen und deduktiven Pädagogik erforderte doch viel Kampf gegen Tradition und Autorität und viel mühevollen Arbeit auf den verschiedensten Gebieten und mit den mannigfaltigsten, oft erst neu zu schaffenden Methoden. Meumann hat sich der Lösung dieser schwierigen Aufgabe mit staunenswertem Eifer und Geschick unterzogen, und wenn auch vieles Einzelne, was er schuf, sicher nur vorläufige Geltung beanspruchen kann, so hat er sich doch namentlich durch die Fülle von Anregungen, die er ausstreuete, und die organisatorische Kraft, die er entfaltete, das größte Verdienst erworben. Zweifellos ist ihm seit Pestalozzi und Herbart der größte Fortschritt in der pädagogischen Wissenschaft zu verdanken. In Hamburg fügte er zu seiner ersten Gründung, dem Institut für experimentelle Psychologie und Pädagogik, bald noch das Internationale Institut für Jugendkunde, das er schließlich zu einem Institut für Volkserziehung ausbauen wollte. Angeregt durch mancherlei in volkspädagogischer Absicht belangvolle Presseprodukte des Auslands während des Krieges hatte Meumann begonnen eine Sammlung von Kulturdokumenten unserer Zeit anzulegen, deren Ergebnis später als Kul-

turdenkmäler des Weltkriegs erscheinen sollte. Da diese Sammlung, für die er selbst noch öffentlich um Beiträge gebeten hat, wohl fortgesetzt werden dürfte, so ist es vielleicht nicht unangebracht hier auf dieses Unternehmen hinzuweisen.

× **Nationalgefühl** Die Worte Patriotismus, Vaterlandsliebe, Nationalgefühl und andere ähnliche sind in den letzten 12 Monaten zweifellos unendlich viel häufiger verwendet worden als in den 12 Jahren, die ihnen vorangingen, zusammen genommen. Aber man wird kaum annehmen dürfen, daß sich die Menschen im allgemeinen seit Beginn des Krieges über die eigentliche Bedeutung dieser Worte klarer geworden wären als sie es in Friedenszeiten waren. Viele werden dies vielleicht lebhaft bestreiten, indem sie einfach auf die überwältigende Fülle von Geschehnissen der letzten Zeit hinweisen, in denen sich das Wesen und die mannigfaltigen Erscheinungsformen des Patriotismus aufs deutlichste offenbaren. Der Fehler, den sie damit machen, ist der selbe, der für die Verwendung aller vulgärpsychologischen Begriffe charakteristisch ist; nämlich der, daß man eine große Menge sehr verschiedenartiger Erlebnisse, die aber durch einen äußern Gegenstand oder Zweck und ein damit verbundenes Gesamtgefühl gleichsam zusammengehalten werden, auf eine einzige für sich bestehende Anlage zurückführt, aus der sie in ganz selbstverständlicher Weise hervorgehen, sobald eine bestimmte äußere Gelegenheit dazu gegeben ist. Wichtig hierbei ist auch noch dies, daß in solchen psychologischen Vulgärbegriffen fast stets eine Wertung ihres Inhalts mit enthalten ist, meist eine moralische Wertung, die natürlich dem betreffenden *äußern Gegenstand*, auf den jene Anlage gerichtet ist, entspricht. Als Beispiel hierfür nehme man etwa die 8. von Fichtes Reden an die deutsche Nation, in der es unter anderm heißt: »Wer nicht zuvörderst sich als ewig erblickt, der hat überhaupt keine Liebe und kann auch nicht lieben ein Vaterland, dergleichen es für ihn nicht gibt. . . Wem eins überliefert worden ist, und in wessen Gemüte Himmel und Erde, Unsichtbares und Sichtbares sich durchdringen . . . der kämpft bis auf den letzten Blutstropfen, um den teuren Besitz ungeschmälert wiederum zu überliefern an die Folgezeit.« Solche Wendungen mögen sehr gut gemeint

sein und auch Gutes stiften; irgendein Erkenntniswert kommt ihnen jedenfalls nicht zu.

Bei kritischer Betrachtung, namentlich wenn man den Blick auf konkrete Einzelheiten richtet, zeigt sich regelmäßig das Unzulängliche der Vulgarpsychologie. Man bemerkt zum Beispiel, daß in die Verhaltungsweise, die man bei oberflächlicher Betrachtung als Patriotismus in Anspruch nimmt, vielerlei Einzelnes eingeht, was mit diesem eigentlich gar nichts zu tun hat; man erkennt das konkrete Denken und Handeln des patriotischen Menschen als bestimmt von Motiven, die in anderen Erlebniszusammenhängen gleichfalls vorkommen und dort eine ganz andere Beurteilung und Bewertung erhalten. Der Mensch, der sich, wenn er Gelegenheit dazu hat, patriotisch betätigt, ist eben doch der selbe, der dies bei fehlender Gelegenheit im allgemeinen nicht zu tun pflegt, der dann vielleicht als unpatriotisch, als *vaterlandslos* gilt. Und andererseits derjenige, der sich in besonderem Maß als Patriot fühlt und von anderen als solcher angesehen wird, wird, wenn es drauf und dran kommt, nicht immer die imposantesten patriotischen Leistungen aufzuweisen haben. Der Patriotismus ist also keineswegs eine so selbstverständliche und einfache Sache, wie das Gros der jetzigen Kriegsliteraten (in denen Fichtes Reden mehr oder weniger bewußt nachzuwirken scheinen) offenbar annimmt, sondern durchaus ein psychologisches Problem, das sich durch vaterländische Begeisterung allein nicht lösen läßt. Es mag daher an dieser Stelle einmal auf einige in letzter Zeit gemachte ernsthaftere Versuche zu seiner Lösung ein Blick geworfen werden.

In einem Aufsatz Zur historischen Analyse des Patriotismus im 36. Band des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik zeigt Robert Michels, welche Wandlungen dieser Begriff im Lauf der Jahrhunderte unter dem Einfluß verschiedenartiger politischer und sozialer Konstellationen durchgemacht hat. Auf grund einer Analyse der Motivreihen, die jeweils zu bestimmten Formen patriotischen Verhaltens geführt haben, kommt er zu folgenden Schlüssen: Der Patriotismus ist keine angeborene sondern eine anerzogene Eigenschaft und besteht, als echtes Kind der Gewalt, in der Anerkennung des jeweils obwaltenden Rechtszustands. Sein Pflichtenkreis und sein Pflichteninhalt werden durch den Erfolg bestimmt,

sind somit je nach den Bedürfnissen einstellbar und umstellbar. Er setzt sich, von einigen häufig vorkommenden, aber entbehrlichen Koeffizienten, wie dem instinktmäßig empfundenen Zusammengehörigkeitsgefühl der Rasse, abgesehen, aus folgenden beiden, unter einander engverwandten Grundelementen zusammen. 1. aus Anhänglichkeit; an das Land, in dem man geboren und auferzogen ist, an die Fauna und Flora, die Sprache, Sitten und Gebräuche, die Geschichte; 2. aus Liebe zur Gewohnheit. Im ganzen lehrt der Blick auf die Geschichte des Vaterlandsgedankens, daß wir es hier teils mit einem gefühlsmäßigen Moment teils mit einem juridischen Begriff zu tun haben, die aber beide jeder logischen und ethischen Festhaltung spotten. Der Patriotismus wird, je nach den einzelnen Milieus, in denen er sich vorfindet, durch die verschiedenartigsten Elemente gebildet, die ihren Ingredienzien wie ihrer Zielsetzung nach nichts mit einander gemein zu haben brauchen. Er ist bald Staat, bald Rasse, bald Sprache, bald lediglich Instinkt, und diese Einzelemente kommen überdies in den verschiedensten Mischungen vor. Die Umwandlungen, die der Begriff des Vaterlandsgedankens durchgemacht hat, tun dar, daß er keine sittliche Forderung, aber jedesmal eine historische Notwendigkeit darstellt.

Kurz vor Kriegsbeginn erschien im 22. Band der Revue de Métaphysique et de Morale ein Aufsatz Le sentiment patriotique von G. Siméon. Der Verfasser lehnt zunächst eine Reihe von Ansichten über den Inhalt dieses Begriffs ab. Er zeigt auf grund einer psychologischen Analyse, daß das Hängen am heimatlichen Boden, die fromme Liebe zum Land der Väter, die mehr tätige Liebe zum Land der Kinder, das Gefühl der Rassengemeinschaft, das Erfülltsein des Individuums von der Tradition der Volkssitten, daß all dieses nicht zur Erklärung des Satzes »Ich will den territorialen Bestand meiner Nation verteidigen« genüge. Es fragt sich: Was ist die Nation? Siméon antwortet: Sie ist der Inhalt zu der Form Staat als dem System der Gesetze, und patriotisch sein heißt sich zum Teilnehmer an einem politischen, sozialen, religiösen Régime erklären. Da nun freilich viele den Staat im Kriegsfall verteidigen, die im Frieden mehr oder weniger unzufrieden mit ihm sind, so muß man sagen: Patriotismus = fester Wille die (selten tatsächliche, oft bevor-

stehende, immer mögliche) Existenz des politischen, sozialen, religiösen Régimes, an das jemand glaubt, zu verteidigen. Die einigende Kraft nationalen Aufschwungs setzt also gerade den Widerstreit neben einander bestehender Hoffnungen und Bestrebungen voraus, und dieser wird durch die vorübergehende Einheit während des Krieges nur verhüllt, aber für die Zeit nach dem Krieg nicht ausgelöscht. Siméon illustriert dies durch einige interessante Beispiele aus dem politischen Leben des Alltags und bringt zum Schluß eine Richtigstellung verschiedener, oft angewandter Begriffe. Er sagt: Der *Vaterlandslose* ist nicht ein Mensch, der gleichsam jede Art Vaterland überhaupt abgeschafft wissen möchte, sondern einer, der, in pessimistischer Übertreibung, innerhalb seiner Nation nichts findet, was für ihn der Verteidigung wert wäre. Einen wirklichen Antipatriotismus gibt es nur in Gestalt eines moralischen Skeptizismus, der keinen Glauben zu verteidigen hat, da er keinen besitzt. Der Antipatriot und der Antimilitarist fallen nicht zusammen; jener wird vielmehr eine starke Armee wollen und ein guter Soldat sein, denn er will die Armee nicht zerstören, weil sie ein allmächtiges Instrument ist, das die schwindenden Régimes auf die ihnen nachfolgenden übertragen. In einer seiner letzten Publikationen hat Ernst Meumann Wesen und Bedeutung des Nationalgefühls (im 16. Band der Zeitschrift für pädagogische Psychologie) behandelt. Das instinktive Nationalgefühl wird zum kritischen Nationalbewußtsein, indem es über die Gründe seiner Berechtigung reflektiert, und enthält als solches 3 Hauptideenkreise: 1. das Selbstbewußtsein des Volkes, 2. das Solidaritätsbewußtsein der Volksgenossen, 3. das Bewußtsein der geistigen und sittlichen Verwandtschaft der Angehörigen der Nation. Das Tatsachendament für das Selbstbewußtsein des Volkes ist wiederum ein dreifaches: 1. sein Selbsterhaltungstrieb, 2. seine Eigenart und sein Eigenwert, 3. seine (insbesondere politische) Selbstständigkeit. Der erstgenannte Faktor schließt nach Meumanns Ansicht bei jedem nichtentarteten Volk die prinzipielle Anerkennung des Rechts auf Selbstbehauptung aller anderen Völker ein. Bei dem zweiten Faktor erhebt sich natürlich die Frage, wieweit die Eigenart eines Volkes wirklich wertvoll, sein Eigenwertbewußtsein also berechtigt ist. Meumann meint,

an der Eigenart jedes Volkes, das nicht der Entartung und Auflösung verfallen ist, gebe es etwas, was für die ganze Menschheit Wert hat, und jedes Volk habe die Pflicht sich seines Eigenwerts bewußt zu sein, weil allein hieraus die nationale Selbstachtung entspringe; in dieser aber liege der stärkste Massenimpuls zu großen geistigen und sittlichen Leistungen und nicht minder ein Schutz vor Beeinträchtigung durch andere Nationen, die eine Verletzung der Selbstachtung bedeute. Die Wichtigkeit nationaler Selbstständigkeit endlich zeige sich darin, daß ihr Verlust stets die geistige und sittliche Verkümmern und Entartung des Volkes nach sich zieht. Der zweite Hauptinhalt des Nationalbewußtseins, das Solidaritätsbewußtsein, hat eine negative Seite, beruhend auf der tatsächlichen Abhängigkeit des Einzelschicksals vom Volksschicksal, und eine positive Seite, den Willen des einzelnen für das Wohl seines Volkes bis zur höchsten Opferleistung, der Hingabe des Lebens, einzutreten. In der Tatsache, daß *mein Volk* eine reale sittliche Gemeinschaft ist, die ein solches Opfer fordern kann, die *Menschheit* aber als sittliche Gemeinschaft überhaupt nicht existiert, erblickt Meumann die Überlegenheit des Nationalismus über den Kosmopolitismus und damit die Hinfälligkeit der Internationale. Was schließlich das Bewußtsein der geistigen Verwandtschaft der Volksgenossen betrifft, so betont Meumann, daß hierfür der Sprache die weitest aus größte Bedeutung zukomme, einmal durch ihre unmittelbar zusammenführende und von anderen Sprachkreisen trennende Macht, ferner durch die Vermittlung geistiger Güter, namentlich auch der Kunstschöpfungen. Nicht so weit ins einzelne geht Richard Müller-Freienfels (Zur Psychologie des Nationalbewußtseins, in den Grenzboten vom 17. Februar 1915). Er charakterisiert das Nationalgefühl als zur Gruppe der sozialen Sympathiegefühle gehörig, die im allgemeinen, wenn sie nicht mit anderen Gefühlen zusammen auftreten, nicht sonderlich starke positive Qualitäten aufzuweisen pflegen. Solche anderen Gefühle entstehen namentlich aus der Bedrohung der betreffenden Gemeinschaft durch eine Gefahr, vor allem durch äußere Gefahr, die dann zu einem defensiven Zusammenschluß führt. Über die eigentliche Gefahr hinaus werde das Solidaritätsgefühl durch nichts so sehr verstärkt wie durch das Bewußtsein sie

gemeinsam siegreich bestanden zu haben. Daneben komme als nationales Bindemittel besonders noch der dynastisch-staatliche Gedanke in Betracht, der in der Gestalt des Herrschers verkörpert ist. Dagegen haben die Sprache sowie (wenigstens für Deutschland) die Religion zurückzutreten. Noch weniger aber seien die Kultur im allgemeinen und die wirtschaftlichen Verhältnisse als Faktoren des Nationalbewußtseins anzusehen; sie beide wirken innerhalb des einzelnen Volkes eher im Sinn einer Trennung als einer Vereinigung verschiedener Schichten.

Die Ausführungen der beiden letztgenannten Autoren lassen nicht genau erkennen, wie weit ihnen das Nationalgefühl als zureichender Grund für ein aktives patriotisches Handeln gilt. Sie scheinen dieses als die selbstverständliche Folge des bloßen Bewußtseins eine Nation zu bilden, anzusehen. Das bedeutet aber doch wohl ein Hinweggehen über die Hauptschwierigkeit, die von Michels und Siméon entschieden klarer erfaßt worden ist. Indem diese zum Beispiel hervorheben, daß in der Einigkeit und Opferwilligkeit nationaler Begeisterung mancherlei mitwirke, was sonst als einer wesentlich engeren Sphäre des Seelischen angehörig betrachtet wird, sind sie in den psychischen Mechanismus der Vaterlandsliebe doch tiefer eingedrungen. Es ist bezeichnend für eine naive (wertende) Psychologie, daß sie die wirklichen Motive menschlichen Handelns in den das klare Bewußtsein erfüllenden höheren Gefühlen und Gedanken sucht anstatt in den mehr unterbewußt wirkenden primitiven Trieben und Gewohnheiten. Auch in der modernen Kriegsliteratur sollte dieser Satz in Zukunft etwas mehr als bisher beachtet werden.

× **Kurzchronik** Am 20. April starb der außerordentliche Professor in Graz Stephan Witasek, als verdienstvoller Psychologe allgemein geschätzt. × Auch Karl Lamprechts, der am 11. Mai starb (siehe die Rubriken Geschichte und Sozialwissenschaften, 1915, 1. Band, pag. 509 ff., und in diesem Band, pag. 669), möge hier als Förderers der psychologischen Wissenschaft gedacht werden. Er sah in den Erzeugnissen kindlichen Seelenlebens eine Quelle zum Studium primitiver Entwicklungsstufen der Menschheit und stellte so eine Beziehung zwischen Geschichtsforschung und Kinderpsychologie her. Die interna-

tionale Sammlung von Kinderzeichnungen in seinem Leipziger Seminar ist allgemein bekannt. × Zu den hier (1915, 1. Band, pag. 104) genannten Psychologen, die jetzt im Feld stehen, kommt nun, außer dem weiter unten erwähnten Dr. A. Fischer, auch Georg Chaym, der infolge seiner Einberufung die Bearbeitung dieser Rundschau unterbrechen mußte. × Der Bund für Schulreform will Dokumente über das Verhalten und die Leistungen der jugendlichen Kriegsfreiwilligen planmäßig sammeln und später an zuständigen Stellen genaue weitere Auskunft darüber einholen. Man hofft auf diese Weise einen Maßstab für die Leistungen und Mängel unseres gesamten Erziehungswesens zu erhalten, mindestens aber einen wertvollen Beitrag für die Psychologie des Jugendalters zu liefern. Der Bund für Schulreform wendet sich an alle Kreise unseres Volkes mit der Aufforderung ihn bei der Sammlung von Zeugnissen über das Verhalten von Kriegsfreiwilligen zu unterstützen. Er bittet Briefe, Gedichte, Urteile über Kriegsfreiwillige und von solchen im Alter von 16 bis 20 Jahren in Abschrift oder Original zu übersenden. Einsendungen werden erbeten an die Zentralstelle des Bundes, Hamburg 24, oder an den Oberlehrer Herrn Dr. Warstat in Altona-Ottensen. × Zeugnisse für das psychische Verhalten der Schuljugend zum Krieg sammelt die Breslauer Ortsgruppe des Bundes für Schulreform (Geschäftsstelle: Ring 52). Sie wendet sich an die Lehrerschaft mit der Bitte ihr einschlägige Materialien zur Verfügung zu stellen. Erwünscht sind 1. ganz freie, unabhängig von der Schule entstandene Produkte, wie Kriegsgedichte, Zeichnungen, Tagebücher usw.; 2. sogenannte freie Schulaufgaben: Aufsätze und Zeichnungen, bei denen lediglich ein Thema, aber sonst keine weitere Anleitung gegeben war; 3. Berichte über psychologisch bemerkenswerte Verhaltensweisen einzelner Schüler oder ganzer Klassen: Bekundungen der Begeisterung, des Mitleids, des Hasses, der Hilfsbereitschaft, der Suggestion, Fähigkeit des Verzichtens, Interesse für bestimmte Seiten des Krieges, Beeinflussung des kindlichen Spiels durch den Krieg usw. × In Dortmund wurde ein psychologisch-pädagogisches Institut für den Regierungsbezirk Arnsberg und die angrenzenden Gebiete errichtet. Es soll seine Mitglieder in die experimentelle Psychologie und Pädagogik einführen

und ihnen Gelegenheit geben sich für selbständige wissenschaftliche Arbeiten auf diesen Gebieten zu interessieren. Für weitere Kreise sind Ferienkurse und gemeinverständliche Vorträge in Aussicht genommen. Als erster Leiter des Instituts wurde der Privatdozent Dr. Goldschmidt von der Universität Münster berufen. × Der Privatdozent für Psychologie und Pädagogik an der Universität München Dr. Aloys Fischer ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Er steht gegenwärtig im Feld.

× **Literatur** Vor etwa einem Menschenalter wurde die moderne Kinderpsychologie durch das allbekannte Werk Preyers Die Seele des Kindes begründet. Seitdem ist die Menge der Schriften, namentlich kleineren Umfangs, auf diesem Gebiet ins Unübersehbare gestiegen. Eine zusammenfassende Darstellung des inzwischen erarbeiteten Stoffes unter einheitlichen, dem veränderten Stand der Wissenschaft angemessenen Gesichtspunkten wurde aber lange Zeit nicht versucht, wenigstens in Deutschland nicht. Dem allseitig empfundenen Bedürfnis nach einer solchen Darstellung ist nun durch das verdienstvolle Werk William Sterns Psychologie der frühen Kindheit /Leipzig, Quelle & Meyer/ abgeholfen worden, das jedem angelegentlich empfohlen sei, der sich von irgendeiner Seite her auf eine nähere Beschäftigung mit dem kindlichen Seelenleben hingewiesen sieht. Besonders ansprechend ist das Buch durch die Lebendigkeit und Anschaulichkeit seiner Schilderung, die dadurch ermöglicht ist, daß der Verfasser aus den über seine eigenen Kinder geführten Tagebüchern in reichem Maß Belege und Proben schöpfen konnte. Sterns Grundansicht vom Entwicklungsgang der kindlichen Seele liegt in seiner Konvergenztheorie, die zwischen den Extremen der nativistischen und der empiristischen Ansichten vermitteln will: Seelische Entwicklung ist nicht ein bloßes Hervortretenlassen angeborener Eigenschaften, aber auch nicht ein bloßes Empfangen äußerer Einwirkungen, sondern das Ergebnis einer Konvergenz innerer Angelegenheiten mit äußeren Entwicklungsbedingungen. Alles geistige Wachstum zeigt ein bestimmtes Tempo und innerhalb dessen die Erscheinung der Rhythmisation. Aber neben die quantitative Zunahme tritt die qualitative Umwandlung in-

folge fortwährender Durchbrechung des proportionalen Fortgangs der seelischen Hauptfunktionen. Die Entwicklung besteht daher, qualitativ betrachtet, in einer Kette von Metamorphosen. Sie zeigt ganz allgemein die Richtung »vom Peripheren zum Zentralen«: Am Anfang aller Entwicklung steht die primitive Einheit des Sensomotorischen, die Zusammengehörigkeit von Reiz und Bewegung, von Eindruck und Ausdruck. Aller Fortschritt beruht darauf, daß sich zwischen diese beiden, an der Außenperipherie haftenden Betätigungen langsam ein immer stärker werdendes zentrales Glied schiebt. Das Bewußtsein emanzipiert sich also von der unmittelbaren Beziehung zur Außenwelt und erringt eine immer größere innere Selbständigkeit. So führt denn der Weg: von der Anschauung zur Erinnerungsvorstellung und zum Begriff; von der vorwiegenden Rezeptivität zur Spontaneität, von der einfachen Willenshandlung zur Wahl- und Vernunft-handlung; von dem Haften an der unmittelbaren Gegenwart zu einer immer souveränern Fähigkeit auch das Abwesende und Ferne, das Vergangene und Zukünftige mit einzuschließen und zu berücksichtigen; von einer subjektiv-affektmäßigen Stellungnahme gegenüber den Dingen zur kühlen Objektivität des Beobachtens und Denkens; vom selbstverständlichen Hinnehmen und Nachahmen der Tradition und Suggestion zur Kritik und Selbstkontrolle. Ein näheres Eingehen auf den reichen Inhalt des Buches ist hier nicht möglich. Es werden in einzelnen Hauptabschnitten nach einander behandelt: die sprachlose Zeit, die Sprachentwicklung; die Bildbetrachtung, Gedächtnis, Phantasie und Spiel, die Formen des kindlichen Denkens, Gemüts- und Willensleben.

Geschichte / Wilhelm Hausenstein

Napoléon und England Man sagt schwerlich zu viel, wenn man das Buch von Alexander von Peez und Paul Dehn über Englands Vorherrschaft /München, Duncker & Humblot/, das sich insbesondere mit der Kontinentalsperre befaßt, als eine der allerwichtigsten historischen Veröffentlichungen bezeichnet, die im Lauf der letzten Jahre gekommen sind, und wenn man es speziell den entscheidenden Publikationen der Napoléonliteratur zuzählt. Wären die rein formalen geschichtsschreiberischen Qualitäten die-

ses Werkes bedeutender, so dürfte man es überhaupt vielleicht das wichtigste Buch der Napoléonliteratur nennen. Es handelt sich bei dem Gegensatz zwischen Napoléon und England um das eigentliche Problem der Napoléonischen Epoche. So wenig im Verhältnis zu ihrer Wichtigkeit diese Tatsache bis heute erkannt oder so wenig sie bis heute von den Historikern durchforscht und wissenschaftlich ausgebeutet ist, so wahr ist sie.

Der 1912 verstorbene Alexander von Peez, Deutscher von Geburt, Österreicher durch Wahl oder Fügung, Kulturhistoriker und praktischer Wirtschaftspolitiker, Vorkämpfer eines engen Zusammenschlusses der Zentralmächte zu einem antienglischen Block, hat als einer der ersten die Grundfrage der Napoléonischen Ära klargelegt und, unterstützt von Dehn, die Frage durch eine gründliche wirtschaftsgeschichtliche Erforschung der Zeit von 1793 bis 1815 als erster systematisch beantwortet. Endlich haben wir ein Buch, das den gewaltigen Umfang der Wirtschaftsgeschichte oder wenigstens der Handels- und Industriegeschichte jener Zeit zu umfassen wagt. Das Ergebnis ist nicht anders als es nach unserer bisherigen Kenntnis der Dinge, namentlich seit Conrads deutscher Ausgabe der Selbstbiographie Napoléons und etlichen Spezialmonographien über Napoléonische Wirtschaftsgeschichte, zu erwarten war: Die Sperrpolitik Napoléons, die von akademischen und anderen Dilettanten immer als beispiellose Gewalttat aus allem Historischen gleichsam ausgelöst worden war, ist nichts als ein typisches Mittel der Zeit und der Vorzeit, ein Mittel, das durch die Geschichte der englischen Seerechts- und Handelspraxis selbst an die Hand gegeben, ja als Antwort darauf aufgezwungen war; die Bedeutung der Sperre für die Industrialisierung Deutschlands, mit anderen Worten ihre revolutionäre Bedeutung für den Übergang Deutschlands vom Handelskapital zum Industriekapital wird in besonderen Erörterungen über einzelne Industrien deutlich gemacht. (Nebenbei: An diesem Buch berichtigt sich von selbst in manchen Dingen die Auffassung der Kontinentalperre, die das ebenfalls besonders wertvolle Buch Heinrich Laufenbergs über Hamburg und die französische Revolution sehr zum Nachteil der Einschätzung der Sperre vertritt.)

Nun könnte man wünschen, daß diese

Fragen alle noch viel ausführlicher behandelt würden: daß dies Buch, das heute gegen 400 Seiten faßt, von denen wirklich jede interessant ist, künftig auf Bände anwachse. Aber es verdient auch so, wie es ist, als erste kritische Synthese der bis jetzt vorhandenen Spezialliteratur und als erster Versuch zu einer vollkommenen Geschichte der Napoléonischen Handels- und Industriepolitik, die lebhafteste Anerkennung und das nachdrücklichste Interesse. Nicht bloß deswegen, weil dies Buch die Politik Napoléons im ganzen motiviert, sondern auch deswegen, weil es das rein Geschichtliche unmittelbar in das Aktuellste der Gegenwart überführt. In der Tat, dies Buch liest sich wie eine Parabel der Gegenwart. Man muß nur statt Frankreich Deutschland setzen, denn England bleibt. Dies Buch ist Geschichte von höchstem pragmatischen Wert. Historisches wird zum Bild der unmittelbarsten Gegenwart. Mögen es auch die verantwortlichen Politiker lesen, damit auch sie in der Direktive sicherer werden, die allein eine Garantie für einen glücklicheren Aufbau der europäischen Dinge gewährt: nämlich in dem Programm einer bewußten durchorganisierten Kontinentalpolitik gegen England, einer Kontinentalpolitik selbstverständlich nicht im Sinn eines dauernden Kriegs, wohl aber zum Zweck der Schaffung eines endlichen richtigen Wagverhältnisses zwischen Europa und England.

In diesem Zusammenhang sei noch kurz eines kleinen Buchs gedacht, das soeben unter dem laut aktualisierenden Titel Napoléons Haß und Kampf gegen England erschien /Stuttgart, Lutz/. Heinrich Conrad, der die Selbstbiographie Napoléons in 10 Bänden deutsch herausgegeben hat, vereinigt in diesem neuen Buch die Stellen, die dem Kampf gegen England gewidmet sind. Der Ton der Einleitung des Herausgebers tut seinem sachlichen Verdienst und dem sachlichen Wert der Veröffentlichung keinen Abbruch: Diese Napoléonischen Dokumente gegen England sind von so grundlegender Wichtigkeit, daß man die Publikation nur dringend empfehlen kann.

×

Balkan

Das Werk Theodor von Sosnosky Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866 /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ darf wohl als die umfassendste Nachricht gerühmt werden.

die wir über diese Frage besitzen. Der 1. Band leitet bis zu dem großen Sieg Suleimans II. über die Ungarn im Jahr 1526 zurück, kommt dann über die Zeit der Türkenkriege, die wohl die eigentlich klassische Zeit des Habsburgerstaats gewesen ist, zum Beginn der Balkanrivalitäten zwischen Österreich und Rußland am Ende des 18. Jahrhunderts und mündet in die Geschichte des Jahres 1878, in die Geschichte des Berliner Kongresses und der insbesondere ausführlich dargestellten Besetzung von Bosnien-Herzegowina. Der 2., äußerlich stärkere und in jedem Sinn wichtigere Band beginnt mit der Darstellung der Verhältnisse nach dem Berliner Kongreß, behandelt die bulgarische Frage der Jahre 1878, 1885, 1886, die Aneignung Bosniens und der Herzegowina im Jahr 1908 und die Balkankriege. So schließt das Werk, das mit der Schlacht bei Mohatsch beginnt, mit dem Bukarester Frieden von 1913; es fängt mit dem einschneidenden Ereignis an, das die europäische Herrschaft der Türken über die Donau trug, und schließt mit dem nicht minder tief einschneidenden Ereignis, in dem sich der Verfall dieser europäischen Herrschaft darstellt. Die Geschichtsschreibung kehrt sich dabei sowohl den militärischen als auch den politischen, und zwar trotz der fachmännischen Ausführlichkeit des Kriegsgeschichtlichen hauptsächlich den politischen Ereignissen zu.

Die Absicht Sosnoskys geht ohne Zweifel auf die das Gegenständliche darstellende Kunst des Historikers. Aber es ist selbstverständlich unmöglich, daß der Historiker in Dingen, die ihn politisch und die ihn menschlich unmittelbar und stark bewegen, durchweg die gewissermaßen willenlose Ruhe des Geschichtsschreibers wahr. Und, fügen wir hinzu, es ist ein Glück, daß die historische Darstellung von einem politischen, also von einem höchst tätigen Auftrieb gedrängt wird. Dieser tätige Instinkt ließe sich etwa als größtösterreichischer Aktivismus bezeichnen. Wir mögen als Sozialisten gegen das Programmatische, das hinter diesem Buch steht und aus ihm zu Zeiten sehr gewaltsam hervorschlägt, mancherlei einzuwenden haben: sicherlich aber erfreut der bewegte Willensgeist dieses Buchs, der an Handeln und an Zukunft glaubt, und er erfreut zweimal, da es sich um das Land handelt, dessen Geschichte seit Menschengedächtnis der Status quo ist. Diese allgemeinste Anerkennung zum min-

desten werden wir dem Werk Sosnoskys zollen müssen: ganz abgesehen von dem historisch-darstellerischen Wert, der das Buch für den Interessierten unentbehrlich macht.

Sosnosky sieht in der Geschichte der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik eines halben Jahrhunderts eine Geschichte versäumter Gelegenheiten. Andrassy, Haymerle, Kalnoky, Goluchowski scheinen ihm mehr unterlassen und verhindert als positiv getan zu haben; er spricht von einer Paralyse österreichischer Balkanpolitik, und es dürfte schwerlich jemand sein, der ihm bestreiten wollte, daß diese Herren nicht viel mehr erreicht haben als eine Konservierung des überlieferten Barockphänomens Österreich-Ungarn: mehr Kustoden als Minister. Auch gegen Ährenthal geht Sosnosky ziemlich scharf zu Werk, während er Berchtold, den Erben einer durch Generationen gehenden Passivität, zu entlasten geneigt ist. Er anerkennt den inhaltlichen Erfolg des Annexionsministers Ährenthal, aber er tadelt lebhaft und mit gutem Grund die nicht eben eindeutigen Formen seiner Politik; Sosnosky zeugt diese Politik geradezu der Hinterhältigkeit und der Unwahrhaftigkeit. Im übrigen widerspricht er der Ährenthalschen Theorie vom *saturierten Österreich*, durch die das Annexionswerk populär gemacht werden sollte. Er tadelt die Preisgabe des Sandschaks vom Standpunkt der Propaganda einer fortzusetzenden österreichisch-ungarischen Balkanpolitik. Er geht so weit in dem, nach dem Attentat von Sarajewo und der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien geschriebenen Nachtrag die Notwendigkeit der Vernichtung der staatlichen Selbständigkeit Serbiens zu fordern. Die Frage ist freilich, ob er diese Forderung auch heute noch erheben würde. Andererseits ist allerdings wohl auch richtig, daß der serbische Krieg, sofern man Sosnoskys Ziel anerkennen kann, zu spät eingeleitet wurde: ein Gedanke, der zu den Leitideen des Buchs gehört. Nun wäre es freilich ein Unrecht die Meinung aufkommen zu lassen, als wären eine Politik und eine Geschichtsbetrachtung, die bei anderen oft in vulgärer Form erscheinen, auch bei Sosnosky aus banalen Voraussetzungen entstanden. Sein Werk ist durchweg überlegt, und das Gedachte erhielt eine sehr ernsthafte und zumeist gezügelter Form. Rein politisch mag ihn der Gegensatz gegen jenes im Lauf der letzten Jahre

so viel erörterte Übergewicht des feudalmadjarischen Elements in der äußern Politik Österreich-Ungarns bestimmt haben, das bekanntlich nicht immer zum Segen des Gesamtstaats ausschlug. Sosnoskys serbische Politik ist offenbar, wiewohl er es bewußt vermeidet innerpolitische Imponderabilien seiner auswärtigen Politik zu erörtern, zum großen Teil als bessere Ponderierung des Gesamtstaats gedacht: das südslawische Element soll wohl mit dem deutschen dem madjarischen die Wage halten. Insbesondere ist Sosnoskys Widerspruch gegen die madjarisch-feudale Rumänenpolitik sehr entschieden, und selbst Graf Tisza dürfte die Berechtigung dieses Widerspruchs heute kaum bestreiten können. Außerdem aber scheint Sosnosky dem Gedanken zu leben, daß das südslawische Element ein Schutz des Gesamtstaats, des trialistischen Gesamtstaats natürlich, gegen Italien ist oder sein soll. Und gegen Italien richtet sich Sosnoskys Historie wie seine Politik noch stärker als gegen Serbien. Sein am tiefsten berechtigter Vorwurf geht dagegen, daß weder der Ballplatz noch die Offiziösen und Halb-offiziösen in den Wiener Zeitungen den fragwürdigen Tatbestand erkannten, der seit Jahren den österreichisch-ungarisch-italienischen Beziehungen zugrunde lag, oder daß sie diesen Tatbestand, wenn sie sich ihm nicht verschlossen, doch öffentlich verleugneten. Sosnosky weist rücksichtslos nach, daß der Bund mit Italien längst ein gefährliches Nichts geworden war, und daß man längst in Wien und Budapest die Aufgabe gehabt hätte das auszusprechen. Auch tadelt er beispielsweise, daß Österreich-Ungarn in Albanien nichts tat, während Italien dort eine wohlorganisierte pénétration pacifique in die Wege leitete.

Im ganzen kommt das Werk Sosnoskys wohl auf eine Apologie der Politik des ermordeten Thronfolgers hinaus. Doch wäre es unrichtig dies Werk ausschließlich so zu bezeichnen. Es besteht durch eigene Bedeutung, politische wie historische. Es sei hier nicht vergessen, daß Sosnosky sich größtenteils eines Materials bedienen konnte, das ihm Heinrich Friedjung, der sachlich wichtigste österreichische Historiker in Generationen, aus seinen persönlichen Beziehungen zu Ährenthal vermitteln konnte.

Empfängt man aus Sosnoskys Werk, wie immer man sich politisch dazu stellen mag, jederzeit Aufschlüsse über

die feineren Zusammenhänge, die größtenteils in der Geschichte der Balkanpolitik den Ausschlag gegeben haben, so kann man das wie Sosnoskys Werk im ersten Jahr des Weltkriegs erschienene Buch Albrecht Wirths über den Balkan, seine Länder und Völker in Geschichte, Kultur, Politik, Volkswirtschaft und Weltverkehr /Stuttgart, Union/ lediglich zur rohen Information empfehlen. Es handelt sich um einen primitiven Abriß von fast lexikalischer Art, an dem eine gewisse, aus der unmittelbaren Anschauung des Reisenden stammende Frische und Sicherheit der Aufstellungen das Beste ist.

Bemerkenswerter, wenn auch durch das begrenzte Thema natürlich nach dem Umfang minder unterrichtend, ist das auch aus Reiseerfahrungen entstandene Buch von K. Weiß-Bartenstein über Bulgarien /Leipzig, Dieterich/, das gelegentlich der Balkankriege herauskam und die Geschichte der Bulgaren wie das Zuständliche ihres Lebens in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Verfassungsleben, Politik, ideeller Kultur in kluger und angenehmer Weise, wenn auch nicht durch Urteil und Form irgendwie überragend, erzählt.

Von größter Wichtigkeit für das Spezialstudium der Verhältnisse am Balkan ist die statistische Arbeit, die im Auftrag des Wiener Handelsministeriums vom österreichischen Handelsmuseum über die wirtschaftlichen Verhältnisse des ökonomisch bedeutendsten Balkanstaats, Rumäniens, veröffentlicht wurde (Rumäniens wirtschaftliche Verhältnisse 1912 /Wien, Staatsdruckerei/). Wir entnehmen dieser, auf Berichte der Konsularämter in Bukarest und anderen Städten zurückgehenden Veröffentlichung Bilder eines erstaunlichen Aufschwungs, die manche politische Konstellation der Zeit und der letzten Jahre klären.

Endlich sei hier noch kurz auf den ganz vortrefflich unterrichtenden Nachtrag zu dem Werk des Ritters Karl von Sax über den Machtverfall der Türkei hingewiesen. Wien, Manz. Dieser Nachtrag erschien nach den Balkankriegen und erörtert diese Kriege, ihre Voraussetzungen, ihre Folgen, die unliquidierten Balkanprobleme, die albanische Frage, besonders gut auch den tripolitanischen Krieg.

Neuausgaben Unter dem Titel Reden gegen Napoléon, einem Titel, der das Wesen der Sache nicht erschöpft, sind wichtige

Aufsätze von Joseph Görres aus dem Rheinischen Merkur von 1814 und 1815 zu einem sehr interessanten Buch vereinigt worden /München, Georg Müller/. In der Mitte steht jene berühmte ungeheure Philippika des merkwürdigen deutschen Mannes gegen Napoléon: jenes grandiose, mit der Energie und mit der Sprachgewalt des Demosthenes geschriebene Pamphlet gegen den Kaiser der Franzosen. Das Bild des Kaisers, das da entworfen wird, ist aberwitzig falsch. Im tiefsten Grund falsch angelegt konnte es auf keine Weise mehr richtig werden, selbst da nicht, wo es zu stimmen scheint. Die Würdigung ist nicht politisch sondern im ungemeinsten Sinn des Wortes moralisch. Napoléon ist der Luzifer, der Antichrist; er ist das Böse schlechthin. Diese Rede weiß nichts von dem einfachen Historisch-Objektiven, das hinter der Erscheinung Napoléons steht, und das uns heute aus Büchern, wie dem von Peez, auf eine so fundamentale Weise deutlich wird. Görres spricht nur von dem satanischen Phänomen Bonaparte. Ist dies Bild in seiner dämonischen Romantik nun auch nicht historisch, so ist es doch im tiefsten erschütternd: erschütternd als Werk einer menschlichen Empfindung, hinreißend als Schöpfung eines Sprachgenies, das in der Geschichte der deutschen Literatur einzigartig ist. Eine gescheite Einleitung des Herausgebers B. Ihringer gibt ein Profil des Publizisten Görres und die tragische Geschichte des Untergangs seiner Zeitschrift, die von der Regierung gestützt wurde, solange der Kampf gegen Napoléon dauerte, und dann, als sie die Kritik am Heimischen begann und den (ach so frommen, so nazarenischen, so gotisch-romantischen) Ruf nach einer Konstitution erhob, durch Bedrückung und Verbot zugrunde gerichtet wurde. Es ist allgemeines Interesse an der fesselnden Persönlichkeit des deutschen Publizisten Görres und Bedürfnis nach einer Darstellung der unmittelbaren Fortsetzung jener publizistischen Tätigkeit, die Görres nach der Unterdrückung des Merkurs anderwärts weiterführte, wenn wir die Bitte aussprechen, es möchten die wichtigsten politischen Schriften von Görres aus der Zeit nach 1815 (Deutschland und die Revolution, Europa und die Revolution, Die Koblenzer Adresse und anderes) neu herausgegeben werden, gerade im Anschluß an diese Neuausgabe der Merkurauflätze.

Die ungeheure geistige und rednerische Macht, die in diesem viel umhergeworfenen, paradoxen, vom Jakobinismus bis zum Katholizismus und wieder vom Konservatismus zur Auflehnung getriebenen Publizisten verborgen liegt, verdient es Gemeingut der Nation zu sein.

× **Kurze Chronik** Als Nachfolger Pöhlmanns wurde der Bonner Historiker Ulrich Wilckens auf den Münchener Lehrstuhl für alte Geschichte berufen. × An die Stelle Wilckens' tritt der Breslauer Ordinarius Conrad Cichorius. Beide Forscher erfreuen sich in der Fachwelt eines ausgezeichneten Rufs.

× **Literatur** Von einer auf 2 große Bände berechneten Ausgabe der Briefe Scharnhorsts erschien der 1. Band /München, Georg Müller/. Die Ausgabe besorgte mit wissenschaftlicher Sorgfalt der Militärintendanturrat Karl Linnebach, der als historischer Amateur eines guten Rufs genießt. Der vorliegende 1. Band enthält in der Hauptsache Privatbriefe und auch Dienstbriefe, aus denen Biographisches zu entnehmen ist. Eine mit sehr persönlichem Gefühl geschriebene Einleitung würdigt die von problematischen Zügen nicht freie, aber im ganzen einheitlich auf stillen Idealismus und prunklosen Seelenadel gestellte Persönlichkeit Scharnhorsts und die merkwürdig eindringliche, oft in den primitivsten sprachlichen Hemmungen befangene, oft wieder wundervoll freie und natürliche, immer aber an Beherrschung und Zielbewußtsein gemahnende Schreibart des Mannes. Komplizierte gesellschaftliche Situationen lassen Scharnhorst mitunter berechnend, ja leicht bürgerlich antipathisch erscheinen. Aber diese Berechnung ist das Recht seiner Überlegenheit, und sein tiefstes Wesen ist eine durch ruhiges Selbstbewußtsein, Pflichtgefühl und Ordnungstrieb zusammengehaltene Liberalität von jenem echt humanistischen Wesen, das im Zeitalter des Wilhelm von Humboldt häufiger war als heute.

KUNST

Bühnenkunst / August Döppner

Aufgaben Die erste Kriegsspielzeit ist beendet. Viele Leute wollten, daß die Kunst schweige, während die Taten sprechen.

Die solches proklamierten, das waren einmal die Kunstschriftsteller und Kunstdozenten, die ihr Genießerverhältnis zu ihrem Beruf entdeckten. Gewiß nicht alle. Die nicht, die sich mit Kunst beschäftigen müssen, um damit einen Schicksalsspruch zu korrigieren, der ihnen die Schöpferfähigkeit versagt hat. Das waren aber zum zweiten sonderbarerweise auch viele von den Produktiven, und das macht uns nachdenklich. Was für eine Stellungnahme bedeutet es?

Den Wert einer Religion erweist ihre Tragfähigkeit. Mir scheint, daß das gleiche von der Kunst zu sagen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ist jene Selbsteinschätzung überaus peinlich. Wer unserer Zeit den Vorwurf macht, sie treibe Nervenkunst (ich meine nicht die Vorwürfe, die man in Kunstzeitschriften liest, sondern die, die von manchen Stillen im Land gefühlt werden), der wird nun ein Argument mehr haben. Denn ist die Kunst mehr als differenzierter Spieltrieb, so darf sie sich nicht in solcher Zeit aufgeben sondern muß ihre Pflicht erfassen, besser: ihre Funktion erkennen und die Menschen fester anpacken als je. Das gilt nicht für alle Äste des Kunstbaums gleich. Aus Gründen, die oft genug aufgeführt wurden, sind, abgesehen von der Lyrik, inhaltliche Neuschöpfungen während der Ereignisse unwahrscheinlich. Dieser Geist hat noch zu schweigen und zu lauschen. Aber es gilt für die zweite Kategorie der schöpferischen, die man früher die Reproduktion nannte. Für Bühne und Vortragssaal lag eine natürliche Aufgabe da. Außer der Nachgestaltung und Neugestaltung der nationalen Ideen und Ideale mußten sie suchen dieser Zeit, die so voll religiöser Sehnsucht und so leer an positiven Erörterungen ist, aus dem weiten Bereich der Kunst Antworten auf ihre Fragen zu geben. Antworten mit dem alten Inhalt aller Kunst: Überwindung der kosmischen Gewalten durch die Einzelseele. Wandlung der gequälten, armseligen, unzureichenden, widerspruchsvollen in die schmerz- und zeitüberlegene, starke, zuversichtliche Menschenseele. Alte Antworten, aber neuen Ereignissen mit neuer Kraft entgegengehalten.

Nur aus solchem Quell, aus solchem Zurücktauchen in Urmotive, kann erstehen, was manchmal in großen Zeiten ersteht: die neue Tat. Stets war ihre Stunde gekommen, wenn die Umstände am ungünstigsten schienen, wenn der

Atem der Menschen schwerer ging und die Gemüter bedrückt waren. Aber freilich gehört dazu, daß einer die Mission erkennt und an sie glaubt. Ist nicht die Richtung jetzt gegeben? Nicht positiv, aber als Bedürfnis? Als ein Bedürfnis nach Verinnerlichung, nach Vergeistigung? An dieses Bedürfnis glaube ich. Und meine Folgerung daraus für die Bühnenkunst ist gesunde Entsinnlichung, ohne Askese und ohne Stilisierung. Gewiß nicht die Shakespearebühne, aber bewußte Abschwächung der szenischen Wirkungen zugunsten einer Konzentrierung auf die Darsteller. Und bei diesen wieder Unterordnung unter den Ideengehalt der Dichtung. Das erleichtert nicht die Aufgabe des Schauspielers, es erschwert sie. Und desgleichen die der Regie. Zeiten verstärkter Spannkraft ist es vorbehalten Problemlösungen zu finden. Es mangelt ja an technischem Personal, also mag der Mangel wieder helfen auf diese Zusammenhänge im nächsten Abschnitt bei Gelegenheit der Altmanischen Grabbeaufführung noch zurück. Abseits von solchen Forderungen gab es aber viel gute Dinge und beachtenswerte Geschehnisse. Eine große Reihe wertvoller, mit bestem Ernst durchgeführter Aufführungen. Entdeckungen, an der Spitze vielleicht Pallenberg. Adele Sandrock fand sich wieder ein. In der Volksbühne gastierte Mathilde Sussin. Irene Triesch las sehr schön aus der Bibel. Und schließlich seien Bassermann und Kayßler nicht vergessen.

×
Kriegs-
sommer

Einige Berliner Theaterleitungen haben sich aus Rücksicht auf ihr Personal dankenswerterweise entschlossen durchzuspielen. Künstlerische Erfolge fand ich im Lessingtheater und im Kleinen Theater.

Das Lustspiel Seine einzige Frau des Dänen Julius Magnussen bringt bei feinstem Humor einen erfrischenden moralischen Luftzug. Daß beides herauskam, ist zum großen Teil der Darstellung zu danken. Sie gab Menschen, so machte sich die Komik von selbst. Ein besonders prächtiger Mensch war Theodor Loos als Peter Andreas Bent; die nicht leichte Szene mit dem Liebhaber seiner Frau (Kurt Götz), den er daran zu erinnern hat, daß sie schließlich doch seine einzige Frau ist, war in ihrer Art ein Höhepunkt. Die Stimmung des Abends war so, daß es zu

einem abgerundeten Eindruck kam. Carl Forest schuf einen musikseligen Onkel, Käthe Haack sein entzückend gesundes Töchterlein, nur Traute Dumcke-Carlson hätte weniger situationsbeherrschend sein müssen. Vielleicht findet das Ensemble noch andere Lustspiele dieser Art.

Aber schwierig war es für George Altman das so gar nicht *bühnenmäßige* Lustspiel Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung des jungen Grabbe auf die Bühne zu stellen. Grabbe lebte vor 100 Jahren. Aber er wird einer kommenden Generation wieder sehr nah sein. Der jetzigen, die in Artistentum oder Opportunismus fiel, ist er fremd. Wie sollte ihr auf der Bühne ein Verhältnis zu ihm beigebracht werden? Altman versuchte dies durch einen Trick zu erreichen: Das, was diese Heutigen als abstrakt empfinden (sie sehen dieses Leben nicht, weil es nicht das ihrige ist), wurde im Kulissen-aufbau so betont, daß sich der Zuschauer sofort auf Gedankenarbeit einstellte und jedes einfache Wort in eine ihm vertraute Lebensäußerung umwandelte. Dazu half nun die vortreffliche Mannschaft, an der Spitze Montua, Reissig, Jönsson und auch Käte Graber (als Gottliebchen in dem herrlichen Saufgelage).

So wurde zwar aus Grabbe ein Stück *Literatur*, also ganz und gar nicht der Dichter Christian Dietrich Grabbe. Dazu wurde noch durch eine in jedem Betracht überflüssige Bilderbuchaufmachung dem Ganzen der Charakter einer Kuriosität gegeben. Doch alles das mag als zufällige Zutat gelten. Das Wesentliche sehe ich in etwas ganz anderm, ja Entgegengesetztem, das für mich dahinter erkennbar blieb: nämlich in dem programmatischen Streben durch die Abstrahierung der Szenerie den geistigen Gehalt jedes Satzes anschaulich zu machen. Es gibt genug Stücke, die unter solcher Abstrahierung leiden würden. Aber es gibt ebenso viele, und es sind nicht die inhaltärmsten, die dabei unvergleichlich gewinnen könnten. Und wieder ebenso viele würden von denen hinzukommen, deren Bühnenwirksamkeit nicht so am Tag liegt, daß die Direktoren sie ihnen beschleunigen und abstempeln. Es gab und gibt manche Dichtung von starken geistigen Spannungen, denen die Bühne aus solchen Gründen zu lange verschlossen blieb. Die Forderungen des Schauspiels an den Dichter, wie sie bis heute aufgestellt wurden, wirkten auf

die Produktion vielleicht verheerender als man weiß. Möglicherweise könnte durch etwas Anpassung auf seiten der Bühne sogar eine neue Kunstform entstehen.

Solche Andeutungen können nur Negationen sein. Aber Negationen, die aus Bedürfnissen wachsen, werden bald zu Positionen. Und diese Bedürfnisse werden nicht schwinden, solange es eine Masse gibt, die im guten Schillerschen Sinn eine moralische Erziehungsanstalt nötig hat, und auf anderer Stufe überlegene Menschen, die den heutigen Theaterbetrieb ungenießbar, weil zu spielerisch und in gewissem Verstand zu unernst finden. Es handelt sich nicht darum der Bühnenkunst Grenzen zu stecken sondern darum ihre Grenzen zu erweitern.

×
Kurze Chronik Der 21jährige Werner Lotz, eine der stärksten Hoffnungen des Deutschen Theaters, fiel als Leutnant auf dem Schlachtfeld in Galizien. × Am 14. Mai starb August Junkermann, 82 Jahre alt. Von 1871 bis 1884 am Stuttgarter Hoftheater, wurde er allgemeiner bekannt und beliebt als Darsteller Reuterscher Gestalten, besonders in selbstgeschaffenen Dramatisierungen. Von seinen Werken erregten Interesse die Memoiren eines Hof-schauspielers und eine mehrmals neu-aufgelegte Sammlung humoristischer Vortragsstücke. × Für die nächste Berliner Spielzeit bereitet Barnowsky den Sturm, Reinhardt die Hermannschlacht vor. × In Kronach (Oberfranken) wurde eine neue Freilichtbühne gegründet. Im August sollen die ersten Aufführungen stattfinden. × Am 8. April feierte Anna Schramm endgültig ihren 80. Geburtstag. × Der Leiter der beiden Berliner Schillertheater Max Pategg wurde am 25. Juni 60 Jahre alt. Er sieht auf eine 30jährige Tätigkeit in Berlin zurück, die nur durch eine kurze Spielzeit in Rußland unterbrochen wurde.

×
Literatur Die Verleger können sich jetzt schwer entschließen Theaterliteratur herauszubringen. Diese Vorsicht wird in den Fällen berechtigt sein, in denen es sich um Themen von geringerer Bedeutung handelt. Sollten aber Manuskripte vorliegen, die sich mit wichtigen Zeitfragen beschäftigen, so wäre diese verlegerische Zurückhaltung sehr bedauerlich.

Der 26. Jahrgang des von der Bühnengenossenschaft herausgegebenen Deutschen Bühnenjahrbuchs, wie sich der Neue Theateralmanach jetzt nennt, steht natürlich im Zeichen des Krieges. In der Allgemeinen Rundschau heißt es vom August: »Infolge des Krieges . . . schließen fast alle Theater ihre Pforten.« Doch schon vom September kann berichtet werden, daß »unter dem Eindruck der glorreichen Siege deutscher und österreichisch-ungarischer Waffen die meisten Theater (wenn auch meist mit eingeschränktem Betrieb und überall unter Herabsetzung der Bezüge) die Vorstellungen wieder aufnehmen«. Aus dem Theaterregister erfährt man, daß diese Gehalts-herabsetzungen mitunter recht beträchtlich waren. Neu ist die Zusammenstellung theatergeschichtlicher Werke, für die die Redaktion »um die freundliche Beihilfe ihrer theatergeschichtskundigen Gönner bittet, damit diese neue Abteilung, von Jahr zu Jahr ergänzt und berichtigt, fortgesetzt und erweitert, als zuverlässiger Führer durch unsere geschichtliche Bühnenliteratur dienen kann«. Unter den Aufsätzen gibt es einen warmen Nachruf für Hermann Nissen von Emil Lind und ein anregendes Gedenkblatt zum 50. Todestag der Auguste Crelinger von Dr. Adolph Kohut. Auch des Herzogs Georg von Meiningen wird von Eugen Isolani gedacht. Alles in allem ein vortrefflicher Almanach von mannigfachem Interesse.

KULTUR

Kolonisation / Ludwig Quessel

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik Wer in den Tagen, als England, Japan und Frankreich ihren Angriff auf die deutschen Schutzgebiete begannen, unsere Parteipresse einsah, hat wohl vergeblich nach der früher in unseren Kreisen so geläufigen Anschauung geforscht, daß die immerhin mögliche Einbuße unseres wertlosen Kolonialbesitzes überhaupt keinen Verlust für unsere Volkswirtschaft darstelle. Im Gegenteil. Manch anerkennendes Wort für das in unseren Kolonien bisher Geleistete konnte man in der Parteipresse in jenen Tagen finden, und selbst diejenigen Parteiblätter, die nach wie vor jede wie immer geartete koloniale Betätigung Deutschlands *grundsätzlich* verwerfen, meinten, es wäre etwas ganz anderes neue Kolonien zu erwerben als alte zu

behaupten. Es ist heute gewiß zwecklos und überflüssig zu untersuchen, ob, wenn der Erwerb neuer Kolonien wirklich gegen unsere Grundsätze verstößt, die Behauptung der alten vom grundsätzlichen Standpunkt aus ganz einwandfrei ist. Charakteristisch ist aber, daß meines Wissens auch nicht ein einziges Parteiblatt in diesem Krieg den möglichen Verlust unserer Kolonien als ein Ereignis hinzustellen wagte, aus dem unsere Volkswirtschaft einen Vorteil ziehen würde. Dies kann wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß in der Wertschätzung kolonialer Betätigung sich in den letzten Jahren in der Sozialdemokratie ein Umschwung vollzogen hat, dem sich selbst die Parteiorthodoxie nicht ganz zu entziehen vermochte.

Gewissermaßen als ein Dokument dieses Umschwungs in der Beurteilung der kolonialen Betätigung kann Gustav Noskes Buch Kolonialpolitik und Sozialdemokratie / Stuttgart, Dietz angesehen werden.

Auf mehr als 150 Seiten legt Noske zunächst allerdings alle Fehler und Irrungen unserer kolonialen Verwaltung mit einer Gründlichkeit und Ausführlichkeit dar, daß man versucht wird ihn als einen unversöhnlichen Feind jeder Kolonialpolitik zu bezeichnen. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß Noske verhältnismäßig selten angibt, wie man es eigentlich hätte besser machen können. Es ist doch eine Tatsache, daß die schlimmsten Fehler aus der Unkenntnis von Land und Leuten hervorgegangen sind. So ist die verfehlte Verkehrspolitik, die da glaubte mit einfachen Fahrstraßen unsere tropischen Kolonien wirtschaftlich erschließen zu können, wesentlich auf die Unkenntnis der Tatsache zurückzuführen, daß in den weit ausgedehnten Tsetsegebieten alle Zugtiere den giftigen Stichen der Tsetsefliege zum Opfer fallen. Ohne Zugtiere hat aber die schönste Fahrstraße keinen Wert. Kolonien mit ausgedehnten Tsetsegebieten können daher nur mit Eisenbahnen oder Automobilstraßen wirtschaftlich erschlossen werden. Überhaupt ist in diesen Gebieten jede koloniale Betätigung, selbst die wirksame Bekämpfung von Seuchen und Hungersnöten, von dem Vorhandensein von Verkehrsmitteln, die gegen die Stiche der Tsetsefliege unempfindlich sind, vollständig abhängig. Ohne Eisenbahnen und Automobilstraßen kann die Kolonialverwaltung

selbst ihre humanitären Pflichten nicht erfüllen. Über diese und ähnliche Zusammenhänge läßt Noske seine Leser aber völlig ununterrichtet, und zwar, wie mir scheint, um keinen Schatten auf die Haltung unserer Partei bei der kolonialen Eisenbahnfrage fallen zu lassen.

Erfreulicher als die ersten beiden ist das letzte Drittel des Noskeschen Buches. Wir erfahren hier, daß unsere Kolonialverwaltung bei Bekämpfung der Sklaverei, der Menschen- und Tierseuchen, des Alkoholismus der Eingeborenen usw. immerhin ganz bedeutende Errungenschaften zu verzeichnen hat. Der Verfasser legt auch dar, daß die Zustände unter den Eingeborenen vor Beginn der deutschen Verwaltung nichts weniger als ideal waren, daß Seuchen, Hungersnöte und Stammesfehden die eingeborene Bevölkerung dezimierten und einem ungewissen Schicksal preisgaben. Mit Energie wendet sich Noske gegen die bei uns weitverbreitete Auffassung, daß das deutsche Kapital die treibende Kraft bei unserer kolonialen Betätigung gewesen sei. In Wirklichkeit lägen die Dinge so, daß die deutsche Kolonialverwaltung immer bittere Klagen über das geringe Interesse des deutschen Kapitals an der wirtschaftlichen Erschließung unserer Kolonien geführt hat. Diese Tatsache ist selbst, wie Noske anführt, von Bebel im Reichstag zugegeben worden, der gegenüber dem Abgeordneten von Siemens erklärte: »Wenn ich einmal sähe, daß ein so vorzüglich geleitetes Unternehmen wie die Deutsche Bank bereit wäre sich an großen wirtschaftlichen Unternehmungen in unseren Kolonien zu beteiligen, dann würde vielleicht auch ich bei dem großen Vertrauen, welches ich zu dem Leiter der Deutschen Bank habe, in meinen bisherigen Anschauungen etwas wackelig werden und eventuell geneigt sein mich freundlicher den Kolonien gegenüberzustellen als es bisher der Fall war.« Mit der Feststellung der Tatsache, daß das deutsche Kapital sich der kolonialen Betätigung gegenüber immer sehr reserviert verhielt, soll natürlich nicht in Abrede gestellt werden, daß auch Glücksritter versucht haben in unseren Kolonien Reichtümer zu erwerben. Die Tatsachen, die Noske anführen kann, sprechen aber nicht sehr dafür, daß dieses Streben von Erfolg gekrönt gewesen ist.

Wenn Noske in seinem Buch auch viele Dinge gar nicht und andere zu kurz be-

handelt, so erklärt sich das daraus, daß er in erster Linie die parlamentarische Seite unseres Kolonialwesens ausführlich zu behandeln beabsichtigte. Das ist dem Verfasser denn auch in vollem Umfang gelungen. Wer sich über die Behandlung kolonialer Fragen im Reichstag orientieren will, wird in der Noskeschen Schrift einen sichern und zuverlässigen Führer haben. Was Noske uns über die kolonialen Debatten im Reichstag mitteilt, ist durchweg sehr interessant. Bisweilen wirkt das, was man hier liest, geradezu belustigend. Man kann sich heute kaum noch eine richtige Vorstellung von dem Unsinn machen, der noch in den neunziger Jahren im Reichstag vorgetragen wurde. Als mildernder Umstand muß freilich den Abgeordneten angerechnet werden, daß es fast 2 Jahrzehnte hindurch mit der Sachkunde in unseren Kolonialämtern auch recht schlecht bestellt war. Immerhin muß gesagt werden, daß das, was zum Beispiel Eugen Richter zum besten gab, geradezu unglaublich klingt. Ein solches Maß von Unkenntnis kolonialer Dinge war auch für jene Zeit nichts Unvermeidliches. Recht vorteilhaft hebt sich davon ab, was von Vollmar zu kolonialen Dingen zu sagen wußte. Übrigens bricht selbst bei Liebknecht und Bebel gelegentlich auch die richtige Auffassung über die gewaltige Kulturbedeutung des Kolonialwesens durch.

Ein großer Vorzug des Noskeschen Buches gegenüber früheren Erscheinungen sozialdemokratischer Kolonialliteratur sei noch hervorgehoben: Der Verfasser hat es vorzüglich verstanden die Erfahrungen und das Material, das er in seiner parlamentarischen Praxis sammeln konnte, nicht nur sachkundig zu ordnen sondern auch klar und lebendig vorzutragen. Ob es nötig war den kolonialpolitischen Ansichten unserer *Radikalen* so sehr Rechnung zu tragen, mag dahingestellt bleiben. Recht interessant ist Noskes Darstellung, wie diejenigen unserer Parlamentarier, die sich bisher mit den Kolonialfragen beschäftigten, über die inneren Widersprüche unserer offiziellen kolonialen Theorie hinwegzukommen suchten. An diese, sagt Noske, wurde sehr selten gedacht, und bei der praktischen Arbeit hat man sich darum gar nicht gekümmert. Daß ein solches Mißverhältnis zwischen kolonialer Theorie und Praxis in unserer Partei besteht, ist nichts Neues. Immerhin bleibt es er-

freulich, daß Noske, der in seiner Schrift die theoretischen Differenzen fast ganz unbeachtet läßt, die Unzulänglichkeit unserer parteiamtlichen Antikolonialtheorie offen zugibt.

× **Indien** ×

Von dem Zeitpunkt an, da der dominierende Einfluß Englands in der uns feindlichen Koalition offen zutage trat, richtete sich das Interesse Deutschlands mit besonderm Eifer nach Indien, und zwar in der Hoffnung, daß dem gefährlichsten Gegner der Zentralmächte hier ein ernst zu nehmender Feind im eigenen Herrschaftsgebiet entstehen könnte. Mit großen Erwartungen blickte man bei uns insbesondere auf die nationalrevolutionären Elemente Indiens, die das englische Regime in Reden und Druckschriften mit den heftigsten Ausdrücken gebrandmarkt hatten. Die Vorwürfe, die die indischen Emigranten gegen die englische Herrschaft in Indien erhoben, waren in der Tat so schwerwiegend, daß auch Leute mit kritischem Verstand den Gedanken, der Weltkrieg könne bei längerer Dauer zu einer nationalrevolutionären Erhebung in Indien führen, nicht ohne weiteres von der Hand weisen konnten. Die Engländer, so belehrte uns beispielsweise der Revolutionsausschuß der Hindostani in San Francisco, zögen jedes Jahr durch die den indischen Bauern auferlegte exorbitant hohe Grundsteuer Nahrungsmittel und Roherzeugnisse der Landwirtschaft im Wert von 700 Millionen Mark aus Indien nach England. Nun sei das englische Regime in Indien aber nicht nur ausbeuterisch sondern auch kulturfeindlich, weil von der aufgebrachtten Steuer-summe den größten Teil der angloindische Militarismus verschlinge, für den jährlich 407 Millionen Mark verausgabt werden, so daß für das Erziehungs- und Gesundheitswesen nur 130 Millionen verbleiben. Mit indischem Geld und unter Aufopferung von Hindus als Soldaten hätten die Engländer bisher in Asien und Afrika ihre Eroberungskriege geführt, Birma, Afghanistan, Persien, Ägypten und China bekämpft und teilweise unterjocht. Für die indische Bevölkerung habe die englische Herrschaft schon die fürchterlichsten Folgen gezeitigt. Die indischen Bauern und Arbeiter seien durch die britische Ausbeutung so arm geworden, daß ihr Einkommen täglich nur 10½ Pfennig beträgt. Infolgedessen hätten unter britischer Herrschaft die Hungersnöte und

Seuchen stets zugenommen. In den letzten Jahrzehnten seien 20 Millionen Menschen verhungert und 8 Millionen an der Pest gestorben.

So viel ist wohl klar, daß, wenn auch nur die Hälfte der Anschuldigungen der indischen Nationalrevolutionäre richtig ist, die indische Bevölkerung nach europäischen Begriffen alle Ursache hätte sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben und das Joch der britischen Fremdherrschaft abzuwerfen. Nun ist man aber durch lange Erfahrung zu der Einsicht gelangt, daß nichts verkehrter ist als Gefühle und Vorstellungen, die für die europäische Menschheit einen zwingenden Charakter haben, auf asiatische Völker zu übertragen. Man muß dies im Auge behalten, will man nicht in den Fehler verfallen aus dem Umstand, daß nach einem Jahr Weltkrieg die britische Herrschaft in Indien noch von keinem allgemeinen Aufstand bedroht ist, auf die Haltlosigkeit der Anklagen der indischen Nationalrevolutionäre zu schließen. Daß ein großer Teil dieser Anklagen berechtigt ist, hat der Verlauf des Weltkriegs ja jedem gezeigt. So ist es Wahrheit, daß England die angloindische Armee dazu benutzt in allen Erdteilen Eroberungskriege zu führen. Schon in den ersten Kriegsmonaten erschienen indische Regimenter auf dem westlichen Kriegsschauplatz, in Ägypten und Ostafrika, um den Kampf gegen Völker zu führen, die zwar Gegner Englands, aber nicht die Feinde Indiens sind. Weiter wissen wir, daß auch die Finanzen des indischen Kaiserreichs in weitestem Umfang zur Finanzierung des Krieges, den England gegen uns führt, herangezogen werden. In diesen beiden Punkten hat also unsere Erfahrung die Richtigkeit der Anklagen der indischen Nationalrevolutionäre von neuem erwiesen. Was die übrigen Punkte ihrer Anklage betrifft, so reicht die eigene Erfahrung allerdings zu einem sichern Urteil nicht aus. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der Hamburger Professor für Kultur und Geschichte Indiens Dr. Sten Konow durch die vielfach schiefen Urteile der deutschen Presse über die Verhältnisse im britischen Indien sich hat bestimmen lassen unter dem Titel Indien unter der englischen Herrschaft /Tübingen, Mohr uns den für die gegenwärtige Zeit wichtigen Teil seines Wissens über Indien zu vermitteln. Die Darbietungen Konows erscheinen um so verlässlicher, als sie von Feindschaftsgefühlen gegen das

englische Volk völlig frei sind und im Gegensatz zu den Kundgebungen der indischen Nationalrevolutionäre nicht eine Anklage sondern eine Verteidigung der englischen Herrschaft in Indien darstellen sollen.

Von Konow erfahren wir nun, daß England in Indien tatsächlich ein stehendes Heer von ungefähr 230 000 Mann unterhält, für das etwa 400 Millionen Mark jährlich verausgabt werden. Konow gibt auch zu, daß der angloindische Militarismus nicht nur zur Niederhaltung Indiens selbst sondern auch außerhalb Indiens für englische Eroberungszwecke häufig Verwendung gefunden hat, so daß das, was wir in diesem Krieg erleben, eigentlich eine alte Praxis der Engländer ist. Die Kosten für den angloindischen Militarismus müssen nun von einer Bevölkerung getragen werden, für deren Armut uns in Europa jeder Maßstab fehlt. Der Verdienst der indischen Landarbeiter beträgt etwa 30 bis 40 Pfennig pro Tag, der der Frauen 10 bis 15 Pfennig. Rechnet man den Ausfall an Verdienst während der Regenzeit, Festtage usw., so kommt man in der Tat zu einem durchschnittlichen Einkommen von 10 Pfennig für den Tag pro Kopf der Familie. Da nun die Lage der Bauern nicht viel günstiger als die der Landarbeiter ist, so ergibt sich, daß die Anklage der indischen Nationalrevolutionäre, unter englischer Herrschaft habe die indische Bevölkerung nicht mehr als 10 Pfennig pro Kopf tägliches Einkommen, durchaus der Wahrheit entspricht, so ungeheuerlich uns dies auch zunächst anmuten mag. Was nun die Steuern anlangt, so bestätigt uns Konow, daß die von den Bauern zu zahlende Grundsteuer »berechnet auf den Reinertrag, das heißt auf den Ertrag nach Abzug der Ernteunkosten usw., ungefähr 50 % beträgt«. Der Ertrag der Grundsteuer reicht nun gerade aus die Kosten des angloindischen Militarismus zu decken, wobei wir nicht vergessen dürfen, daß deren Höhe unter Berücksichtigung der fürchterlichen Armut der Steuerzahler geradezu als ungeheuerlich bezeichnet werden muß. Zu der Grundsteuer kommen ferner noch Salzsteuer und andere indirekte Abgaben, deren Betrag es durchaus wahrscheinlich macht, daß in der Tat der Bauer, wie die indischen Nationalrevolutionäre behaupten, 65 % des Reinertrags als Steuer an die englischen Machthaber abführen muß. Die gesamte Steuerlast der Inder betrug unter Ein-

rechnung der Grundsteuer für die Familie (zu 6 Köpfen gerechnet) über 21 Mark jährlich. Erwägt man, daß das Einkommen der Bauern und Landarbeiter, die die große Masse der indischen Bevölkerung bilden, etwa 10 Mark monatlich beträgt, so ist die Steuerleistung der Familie etwa dem Arbeitseinkommen zweier Monate gleich.

Nach diesen Angaben ist das Märchenhafteste in dem Wunderland Indien eigentlich die Armut seiner Bevölkerung, weil selbst unsere Phantasie nicht ausreicht uns eine richtige Vorstellung von ihr zu machen. Und dieses ständig hungernde Indien ist eine der wichtigsten Kornkammern des britischen Reichs. Neben Reis und Weizen, die Indien in guten Jahren massenhaft exportiert, spielen die Roherzeugnisse der tropischen Landwirtschaft (Gespinnst-, Öl- und Faserpflanzen) die Hauptrolle. »Wenn man die Berichte über den indischen Handel durchsieht«, sagt Konow, »wird man bald die Beobachtung machen, daß der weit überwiegende Teil der Ausfuhr aus Roherzeugnissen der Landwirtschaft besteht. . . Sie sind das Rückgrat des indischen Volkes, sie bezahlen den größten Teil der Steuern und sie liefern die Ausfuhrartikel, auf welchen Indiens Handel beruht.« Die indische Handelsstatistik zeigt uns nun, daß im Jahr 1911 einer Gesamtausfuhr von 3,2 Milliarden eine Gesamteinfuhr von 2 Milliarden gegenüberstand. Daraus ergibt sich, daß auch die Anschuldigung der indischen Nationalrevolutionäre, England ziehe jährlich aus Indien Nahrungsmittel und Rohstoffe im Wert von mindestens 700 Millionen Mark, und zwar ohne Gegenleistung, lediglich als einen Indien auferlegten Tribut, in den Tatsachen eine sehr starke Stütze findet.

Das britische Imperium in Indien ist zweifellos ein großartiges politisches Kunstwerk, wunderbar in seiner Zweckrichtung eine Bevölkerung von 300 Millionen zu einem Werkzeug des englischen Herrschervolks zu machen.

×

×

Kurze Chronik Mit welcher Rücksichtslosigkeit England den Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte führt, zeigt eine in der Kolonialen Rundschau wiedergegebene Bekanntmachung des britischen Staatssekretärs für die Kolonien, wonach die Handelsniederlassungen der deutschen und österreichischen Firmen in Nigeria, der Goldküste und Sierra

Leone zu schließen und zur Liquidation zu bringen sind. Die Koloniale Rundschau nennt dieses Vorgehen einen »Raubzug, durch den Millionenwerte sinnlos zerstört werden«. Gegen 50 deutsche respektive österreichische Firmen sind durch jene Verordnung zur Liquidation ihrer Niederlassungen gezwungen worden. × Wie die Deutsche Kolonialzeitung vom 20. Mai 1915 mitteilte, erörtert die indische Presse bereits die Umwandlung Deutsch Ostafrikas in eine indische (Sikh-) Kolonie. Die Engländer scheinen also bei Anwerbung der Sikhs ihren braunen Kampfgenossen als Belohnung Aussichten auf Deutsch Ostafrika gemacht zu haben. Doch würde es den Engländern, wenn es ihnen gelänge Cecil Rhodes' Traum von dem großen, von Kapstadt bis Kairo sich erstreckenden afrikanischen Reich zur Wirklichkeit werden zu lassen, schwerlich einfallen das den Sikhs gegebene Versprechen einzulösen. × In englischen Zeitungen werden jetzt vereinzelte Stimmen laut, die es beklagen, daß England, Frankreich und Belgien auf den Vorschlag der deutschen Regierung den Krieg im Interesse des Ansehens der europäischen Rassen bei den Eingeborenen nicht auf Zentralafrika auszudehnen nicht eingegangen seien. Die Ursache dieser englischen Selbstbesinnung ist wohl darin zu sehen, daß der Feldzug gegen die deutschen Kolonien in Mittelfrika die unangenehme Nebenwirkung aufständischer Bewegungen der Eingeborenen in den britischen Kolonien zeitigt haben soll. × In dieser Rundschau ist neulich (1915, 1. Band, pag. 116) die Autorschaft eines Werkes über die tropische Agrikultur versehentlich Dr. Johannes Semler zugeschrieben worden. Das genannte 4bändige Werk hat, wie hier berichtend bemerkt sei, den 1888 verstorbenen Tropenagrikulturisten Heinrich Semler zum Verfasser; es erschien 1886 bis 1893 und ist seitdem neu aufgelegt worden.

× **Literatur** ×
 Unter dem vielversprechenden Titel Der Sinn deutschen Kolonialbesitzes /Bonn, Marcus & Weber/ hat Professor Kurt Wiedenfeld eine Broschüre erscheinen lassen, die dem Kolonialpolitiker recht viel Anregung bietet, deren Grundgedanke mir aber völlig verfehlt erscheint. Schon im 1. Abschnitt, der sich mit den Wandlungen in der Auffassung über den Wert der afrikani-

schen Kolonien beschäftigt, überrascht uns Wiedenfeld mit der Erklärung, es räche sich im jetzigen Krieg schwer, daß wir nicht von Staats wegen für größere Mengen deutscher Männer in den Kolonien gesorgt haben“. Tatsache ist nun aber, daß in Südwestafrika von Staats wegen eine große Menge deutscher Männer unterhalten wurde, und der Vorwurf, den Wiedenfeld gegen unsere Kolonialverwaltung erhebt, entbehrt für Südwestafrika wirklich jeder Grundlage; was von Staats wegen für die Besiedelung Südwestafrikas überhaupt getan werden konnte, ist fast ohne Rücksicht auf die Kosten auch getan worden. Was nun unsere Kolonien mit ausgesprochen tropischem Klima betrifft, so hat die Regierung hier allerdings der vielfach geforderten Besiedelung der Höhenstriche mit deutschen Familien ernstlich widerstanden. Und mit Recht. Gerade diese Höhenstriche weisen zumeist eine sehr dichte farbige Bevölkerung auf, die als Produzenten und Steuerzahler für uns von höchster Wichtigkeit sind. Da ungenutzter Boden auf den Höhenstrichen zumeist nicht vorhanden ist, so müßte man die farbige Bevölkerung erst vertreiben, wenn man deutsche Familien ansiedeln wollte. Daß die verantwortlichen Beamten eine solche Politik stets energisch abgelehnt haben, ist begreiflich und gereicht ihnen zur Ehre. Es stände wirklich um den deutschen Kolonialbesitz schlimm, wenn ihr »Sinn« der wäre die farbigen Bevölkerungsteile, die zu höheren produktiven Leistungen im Dienst unserer Kolonialwirtschaft besonders befähigt sind, aus ihren Wohnsitzen zu vertreiben und auf eine Fläche, wo vielleicht 1000 farbige Familien ihren Unterhalt finden, 100 deutsche Familien zu setzen, die in afrikanischen Wirtschaftsverhältnissen eine viel extensivere Bodennutzung betreiben müßten als die kleinen farbigen Landwirte. Es ist auch nicht richtig, daß durch eine solche Siedlungspolitik die Wehrkraft unserer Kolonien erhöht werden könnte. Gerade dieser Krieg hat uns doch sehr deutlich gezeigt, daß die Wehrkraft der farbigen Bevölkerung unter europäischer Führung recht hoch eingeschätzt werden muß. Wäre dies früher erkannt und dementsprechend gehandelt worden, so hätte in Afrika vieles ganz anders kommen können. So viel deutsche Beamte, Ärzte, Techniker usw. sind übrigens in jeder unserer Kolonien vorhanden, um ein völlig aus-

reichendes Offizierkorps auch für eine große farbige Miliz stellen zu können. Und die Kolonien mit farbigen Schutztruppen haben sich bisher am erfolgreichsten verteidigt. Die Deutsche Kolonialzeitung konnte in ihrer Nummer vom 20. Mai feststellen, daß es gerade »die afrikanischen Tropenkolonien sind, die sich seit nunmehr 3 Vierteljahren erfolgreich gegen eine feindliche Übermacht verteidigen«, was »auch in das Kapitel der Kriegsüberraschungen gehört«. Sowohl aus militärischen wie aus wirtschaftlichen Gründen wird man also den Wiedenfeldschen »Sinn« deutschen Kolonialbesitzes, den die alten Kolonisationsvölker (Franzosen und Engländer) schon seit langem als Sinnlosigkeit erkannt haben, sehr energisch ablehnen müssen. × Einen guten geschichtlichen Überblick gibt Dr. Balthasar Hofstetters Vorgeschichte des französischen Protektorats in Tunis bis zum Bardovertrag 12. Mai 1881 /Bern, Francke/. Gerade in der Gegenwart ist das große Gegenspiel um Tunis zwischen Frankreich auf der einen und Italien auf der andern Seite und England als mehr oder weniger ehrlichem Makler in ihrer Mitte besonders interessant. Man wundert sich höchlich, wie die Wunde von Tunis im italienischen Volkskörper so fest vernarben konnte, daß die heutige politische Stellung des Landes dabei herauswuchs. Sollte das nicht zu einem Teil daran liegen, daß Italien sich schon mit seinem jetzigen Kolonialbesitz vielleicht übernommen hat?

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Österreich Die Erneuerung von Architektur und Kunsthandwerk in Österreich hat dem Anschein nach ähnliche Bahnen genommen wie bei uns; im Wesen bestehen aber doch außerordentliche Verschiedenheiten. Der theoretische Ausgangspunkt ist wie bei uns das England der Ruskin und Morris. Doch schon für die weitere Entwicklung bezeichnend ist der Unterschied in den Wegen, die diese Ideen von Anfang an genommen haben. Für uns war der Vermittler van de Velde, der als ein leidenschaftlicher Verfechter sozialer Ideale für die künstlerische Durchgestaltung einer industriellen, für die Massen gedachten Nutzkunst auftrat. Das Wort des Morris »Ich mag keine Kunst für wenige, weil ich keine Bildung und keine Freiheit für wenige mag« hätte

auch von ihm geprägt sein können; als Unterton klingen derartige Anschauungen immer wieder in seinen Laienpredigten. Vielleicht schon vor seinem Auftreten in Deutschland war man in Wien an diese Probleme herangegangen. Den Mittler gaben hier die Schotten: Makintosh und seine Leute, ab. Was sie schufen, war Luxus, aber nicht Massenkunst, war mehr geistreich, mehr mondän und in einem gewissen Sinn artistischer als es eine Massenindustriekunst ertragen könnte. Mag sein, daß diese Verschiedenartigkeit der Ansätze nur auf einem Zufall beruht; dann aber war es einer von jenen rätselhaften Zufällen, die durch die Folgeentwicklung so sehr bestätigt werden, daß sie als eine gesetzmäßige Notwendigkeit empfunden werden müssen.

Das deutsche Kunstgewerbe konnte keinen andern Stützpunkt finden als die durch die Industriekultur geistig und materiell entwickelten Massen. Mit den Theorien der Nützlichkeit, Sachlichkeit und Materialgerechtigkeit, mit der Kleinbürgerwohnung und dem Fabrikationserzeugnis begann die Bewegung. Den Widerstand fand sie in Deutschland überall da, wo man von derlei Massenwerten nichts wissen wollte: in den Amtsstuben, bei der Aristokratie und der Plutokratie. Das waren Hemmungen, die schließlich überwunden worden sind. Dieser Massengeist erwies sich als formbildend, das heißt zum erstenmal auf künstlerischem Gebiet sieghaft. Damit aber war für das deutsche Kunstgewerbe die Richtlinie gegeben; es mußte immer und muß von der Masse aus denken.

Den Leuten in Wien, um die es sich in erster Linie handelt, schwebte Ähnliches wohl vor, allein Österreich war beim Beginn dieser Entwicklung nicht so sehr Industrieland, um die gleichen Kräfte aktiv machen zu können. Die Arbeiterschaft und das Bürgertum, die Träger eines so demokratischen Kunstgeistes hätten sein können, wurden durch die Bewegung nicht erfaßt. Das dürfte seinen Grund an der Art haben, wie sie auftrat. Der Ausgangspunkt lag in einem Kreis, dessen Einwirkung auf breite Volksmassen seiner ganzen Struktur nach nur bedingt sein konnte. Die Hauptwortführer waren Literaten, Bohemiens, Modedamen und Modejünglinge, deren künstlerische Interessen, wenn auch nicht in diesem besonderen Fall, mit einer unverhohlenen Vorliebe in der Richtung des Sensationellen zu

liegen pflögten. Leute mit Geist, Leute mit Geld, mit nervösem Schaffensgclüst und Modernitätssüchten glaubten in diesem neuen Kunstgewerbe ein Objekt für Betätigung und Begeisterung gefunden zu haben. Das heißt, die paar schöpferischen Naturen, die hier in Wien sich nun ernsthaft an diese gewaltige Aufgabe machten, fanden einen über die Maßen steinigen Boden vor. Wien, das ist ja auch nicht zu vergessen, war und ist die Stadt des Barocks. Es ist reich an kostbarsten künstlerischen Erinnerungen, reich an einer berücksendenden Formenwelt, die immer gehätschelt und mit Takt gepflegt worden ist. So gab es eine natürliche Opposition gegen alles Neue, die selbe Opposition, die unsere auf ihre heimischen Traditionen stolzen Hansestädte so lange in einer anmaßlichen Abwehrstellung erhielt. Und vor allem gab es in Wien eine an Macht und Mitteln ungeheuer reiche Aristokratie, die mehr als in einem andern Land auf die gesamte bürgerliche Existenz Einfluß hat und Einfluß übt. Seiner Natur nach ist dieser Adel wie überall konservativ und empfindlich gegen jede Umwälzung im gesellschaftlichen Sein, deren Ausdruck ja diese neue Art zu hausen und wohnen sein will. Eine klar ausgeprägte Schicht, die hinter die künstlerischen Reformer hätte treten können, gab es demnach in Wien nicht. Dieses neue Kunstgewerbe fand begeisterte Fürsprecher bei einzelnen Literaten, fand in einem kunst-sinnigen Kreis opferfreudige Geldspender (die ein so gewichtiges Unternehmen wie die Wiener Werkstätte ermöglichen), und es fand frühzeitiger als sonstwo eine tatkräftige Unterstützung bei einem großen Teil der in Betracht kommenden Regierungsstellen. Bei allen offiziellen Veranstaltungen, Ausstellungs- unternehmungen im In- und Ausland sind diese Pioniere eines neuen Kunst- geistes vorangestellt worden, und es will anerkannt werden, daß zum Beispiel ein Begriff wie Gewerbeförderungs- amt hier einmal ganz wörtlich zu nehmen ist. Trotzdem war die Basis für die österreichischen Kunstgewerbler verhältnismäßig klein und hat sich bei allen großen künstlerischen Erfolgen auch bis jetzt nur in geringem Maß erweitern lassen. Von einer Volkstümlichkeit dieser Dinge, von einer durchgreifenden Beeinflussung der gesamten Produktion des Landes kann trotz zäherster, heldenhaft zu nennender Arbeit leider bis heute nicht gesprochen werden. Unter den Umständen konnte es

nicht anders sein, daß das, was diesen Künstlern an Aufgaben geboten wurde, notwendigerweise Luxuskunst sein mußte.

Vielleicht ist es nur eine Kleinigkeit, aber es scheint mir doch für die Zeitstimmung bezeichnend, daß so ein Wort wie Luxuskunst nicht zu den gern gehörten Begriffen gehört, wenn der Architekt oder der Kunsthandwerker von seiner Arbeit spricht. Eine Kleinhaus-siedelung zu organisieren, eine Turbinenfabrik zu bauen, eine Zweckkunst für die kaufmännische Propaganda anzugeben: das sind weit mehr die Angelegenheiten, bei denen das heutige Publikum interessiert aufhorcht. Ausschlaggebend für solche Stimmungen sind, wenn man sich auf derartige Abwägungen überhaupt einläßt, vielleicht nicht nur rationale sondern auch soziale Erwägungen, deren Stärke nicht so un- beträchtlich sein kann, wenn man bedenkt, daß der Kunsthandwerker alter Schläges, der die bewundernswürdigsten Leistungen hervorgebracht hat, nie etwas anderes als ein Diener des Luxus gewesen ist. Die Möglichkeiten, die ihm in so reichem Maß von freudwilligen Auftraggebern geboten wurden, sind Dokumentationen des Luxus, wie es die erlesensten Schöpfungen der Neuwiener etwa die einzigartig kostbare Villa Stockleth in Brüssel, sind. Dieser Zwang Dinge von so außerordentlicher Kostbarkeit zu schaffen ist für den heutigen Architekten und Handwerker vielleicht mehr Nach- als Vorteil. Er hat das Glück durch derlei Aufträge Geldmittel verarbeiten zu können, die für das einzelne Stück sonst nicht zur Verfügung gestellt werden, und kann damit dieser Mittel zu einer Verfeinerung gelangen, die den meisten anderen versagt ist; aber der Nachteil besteht darin, daß so außerordentliche Werte ihrer Art nach immer auf den ganz kleinen Kreis der Kenner und Liebhaber beschränkt bleiben müssen, und daß für sie die Aussicht volkstümlich zu werden ganz gering nur ist.

Um so bewunderungswürdiger wird für alle Zeiten das bleiben, was unter so schwierigen Verhältnissen die Wagner, Hoffmann, ihre Schüler und der Kreis der Wiener Werkstätte geleistet haben. Sie haben einen Stil, einen neuen, eigenen, lebendigen Stil geprägt, einen Stil, der wahrhaft Ausdruck der Zeit ist, der bis jetzt noch jeder Zeitanforderung gerecht zu werden vermochte und nicht bei jeder Gelegenheit durch ein anderes eklektisches Gelüst, durch Biedermeier,

durch Schinkel oder dergleichen bedroht erscheint. Was Jos. Hoffmann vor allem geschaffen hat, ist ein Werk von so innerer Geschlossenheit und so edler Reichhaltigkeit, wie es in der Geschichte des Kunstgewerbes bei den allergrößten Meistern nur vorkommt.

Es ist kurios genug zurückschauend sich einmal die Einwände zu vergewärtigen, die dagegen gemacht worden sind. Von Grund auf sollte neu begonnen werden, alle inhaltlos gewordenen Formen, aller dekorative Phrasenschwulst, alles Ungeistige, Unsinnige, Unnütze sollte einmal beseitigt werden, um zu der Häuslichkeit eines heutigen Menschen zu gelangen, zu dem, was ihm gemäß ist, was ihm zweckvoll dient, und was auch innerlich seiner Geistesart entspricht. Das war ein Programm, das um die Jahrhundertwende viele auf den Lippen führten und das sie mit mißverständenen van de Velde-Linien und mit jenem *modernen*, jenem *Jugendstils* schmuck aus Seerosen und ähnlich stilisiertem Rankenwerk sofort wieder preisgaben. Hoffmann hatte den Mut der Konsequenz. Er tilgte aus seinen Räumen alles, was alte oder neue Phrase hätte sein können. Er fing wirklich von Grund auf an: bei der Fläche mit dem Viereck, mit dem Quadrat, beim Kolorit mit dem allereinfachsten Gegensatz von Schwarz und Weiß, beim Kastenmöbel, wie der alte Handwerksausdruck heißt, mit dem Kasten, und wurde so zu dem entsetzt verschrienen *Puristen*. Welche Torheit, welch kindischer Eifer etwas Wesentliches in einem bißchen Blumengerank zu sehen, das auf die Wände gepinselt oder an Möbel geschnitzt werden könnte! Noch heute dürften es die meisten nicht begriffen haben, daß in solchem Verzicht auf dekorative Zutaten sich eine Kultivierung von äußerster Feinheit aussprechen kann. Wagen und ertragen kann ihn nur der geistig sehr hoch stehende Mensch, der es nicht nötig hat durch bunte Spielerei sich in immer neuen Rauschzustand versetzen zu lassen. Es ist der Wilde, der alles, was er an Gleißendem und Glitzerndem erraffen kann, um sich herum türmt, möglichst sogar sich auf den Leib bindet. Er tätowiert diesen Leib, nicht der Grieche, der in dem Purismus des nackten menschlichen Körpers einen unerschöpflichen Schönheitsquell gefunden hat. Es ist auch nicht der mit seinen Buddhadarstellungen, seinen Bronzen und als Gefäßbildner einzig dastehende Ostasiater, der sich wie der die Landstraßen unsicher

machende Ritter des Mittelalters eine Trinkhalle mit Pfeilen und Speißen, Tellern, Humpen, Rehgehörn und anderen Trophäen austapezierte. Hoffmann konnte wie einer jener mit ältester Kultur gesegneten Asiaten verzichten, weil er als künstlerischer Gestalter einer der kultiviertesten Menschen ist, die im heutigen Europa schaffen. Was er auch formte, ob es Häuser, ob es Möbel, ob es Bucheinbände, Gläser, Ledertaschen oder Kleiderstoffe waren, alles zeichnete sich durch ein Äußerstes an Vornehmheit aus. Seine Sachen waren schon lange Liebhaberwerte für die feine, die wirklich feine Welt, als noch das, was bei uns die Kunstgewerbler zu machen pflegten, als theoretische Angelegenheit angesehen werden mußte. Und während gerade die Fachleute über jenen angeblichen Purismus so überlegen die Nase rümpften, gelangen ihm Raumgestaltungen von einer so erlesenen Ausgeglichenheit, von einem Wohlklang und so innern Reichtum wie es nur einem Tektoniker größten Stils möglich ist. Die *Ärmlichkeit*, die man ihm vorwarf, ist nichts anderes als die *Leere*, die die musikalisch Blinden einem Mozart vorwerfen, wenn sie von der Wagnerschen *Fülle* überwältigt sind. Dieser Armeleutestil der Quadraterl und Kästen war in Wirklichkeit ja ein unerhörter Luxus, den nur die Allerreichsten sich zu gestatten vermochten. Aus dem sehr einfachen Grund, weil die Musik in diese so einfach scheinenden Dinge nur durch eine meisterhafte Ausbalancierung im ganzen wie im einzelnen hineinkommen konnte, durch eine qualitätvolle Arbeit, wie sie mit solcher Unerbittlichkeit nirgends mehr gefordert und nun Jahrzehnte lang als wesentlichstes Mittel zur Gesundung der Handwerksarbeit durchgehalten worden ist, und durch ein Materialverständnis, das an sich die außerordentlichsten Genüsse zu beschereu vermag. Ein Glas oder ein Stückchen Leder von Jos. Hoffmann bearbeitet, das dürfte zu den wenigen Dingen aus heutiger Zeit gehören, die neben venezianischen Gläsern, altem deutschen Schmiedeeisen oder Bronzebeschlägen des ancien régime nach Jahrhunderten noch Liebhaberwerte sein werden. Hoffmann hatte und hat einen Reichtum an Schönheit zu bieten; das ist etwas anderes als Reichtum an äußerlich dekorativen Zutaten.

Und um die Torheit dieser Einwände vollauf zu zeigen, haben diese Wiener Ärmlichkeitsapostel, diese Fanatiker

des Purismus, diese Helden der Quadrate und Kringel als erste und einzige eine wirklich moderne Ornamentik geschaffen. Während die Berliner Kunstgewerbeschüler in Paretz herumschmökerten, während man in Süddeutschland sich auf die Motive der Volkskunst warf, wurde in Wien eine Ornamentik entwickelt, so reich wie man sie nur wünschen mag, eine Ornamentik, der jede Variation möglich ist, weil sie als lebendige Schöpfung aus dem Duktus der Künstlerhand fließt. Hoffmann hat für alle möglichen Zwecke Muster entworfen, hat gelegentlich Räume geschaffen, die, nicht weniger fein als die früheren, durch die Fülle solchen Schmuckes überraschen; es ist ihm sogar gelungen Erfolgreiches auf dem so heiklen Gebiet der Damenkleiderstoffe zu schaffen. Um ihn herum gibt es in den Prutscher, Strnad, Pesche, Witzmann, Poppowitsch usw. eine ganze Schule, die ähnliches mit großem Erfindungsreichtum fortgesetzt herausbringt und damit wieder einen Beweis für die Einheitlichkeit und Lebenskräftigkeit dieses von keiner Tradition angefressenen Stils erbringt. Der bedeutendste und geistreichste der heute schaffenden Ornamentisten, der jetzt in Hamburg wirkende Czeschka, entstammt schließlich auch diesem Kreis.

Diese Lebendigkeit der Flächengestaltung, dieses Schöpferische einer Phantasie, die aus dem Handwerk heraus erblüht, diese Kalligraphie ist letzten Grades wohl auf die Wirksamkeit eines andern Wieners, auf den Kampf Rudolph von Larisch' um die Schrift zurückzuführen. Das Schreiben wieder zu einem Ausdruck der Persönlichkeit, zu einer neuen Handwerkskunst zu machen war sein Ziel, das, es braucht das hier nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden, erreicht worden ist wie kaum ein anderes künstlerisches Vorhaben unserer Zeit. Alles, was heute unter dem peinlichen Titel Kunstschrift segelt, geht auf Larisch, seinen Unterricht, seine Lehrbücher und die von ihm angegebenen Schreibwerkzeuge zurück. Die Handschrift als ausgezeichnetstes Mittel zur Ausbildung der ornamentalen Gestaltungsfähigkeiten hat sich den ihr gebührenden Platz nicht nur in den Gewerbe- und Kunstschulen erobert, auch in den allgemeinen Lehranstalten ist dieser Unterricht in den Vordergrund gerückt worden und hat schon jetzt mit der nutzlosen Plackerei des alten Schreibunterrichts aufgeräumt. Welche Anregungen dem Zei-

chen- und Handfertigkeitsunterricht dann weiter durch Leute wie Cizek gegeben worden sind, sei nur nebenbei erwähnt. Wie sehr die Larischschen Anregungen Praxis geworden sind, lehrt jeder Blick in eine Buchhandlung, in die Propagandadrucksachen unserer Kaufleute, lehrt die Reichhaltigkeit unserer Typenproduktion, die bei Ausbruch des Krieges ein ganz bedeutender Exportartikel der Qualitätsarbeit war, lehren nicht zuletzt unsere zahlreichen Schriftkünstler, die alle auf den Anregungen Larisch' fußen.

Es ist nicht möglich alle die Persönlichkeiten, die Moser, Loos usw., zu charakterisieren, die in diesem Entwicklungsgang eine Rolle gespielt haben auch von den Propagandisten wie Vetter, Leisching usw. kann nicht die Rede sein, aber es ist mit Nachdruck auf einen Mann wie Otto Wagner zu verweisen, der als die vielleicht stärkste Architektenpersönlichkeit im heutigen Österreich eine Triebkraft von außerordentlicher Gewalt für die neue Bewegung war. Wagner, der jetzt im 75. Lebensjahr steht, dabei aber moderner, frischer und ungestümer als die Mehrzahl unserer Allerjüngsten ist, ist reichsdeutschen Lesern vielleicht am ehesten durch einen Vergleich mit Wallot verständlich zu machen. Wie der Erbauer des Reichstagshauses lebte Wagner als tüchtiger Architekt akademischer Richtung, er baute wie Wallot Miethäuser im Renaissancestil, bis ihn der neue Geist erfaßte und diese ganze eklektische Vergangenheit wie einen Zeitirrtum von sich abwerfen ließ. Wallot war lediglich in seiner Raumesinnung Erneuerer und gewichtiger durch die Ermutigung der Jüngeren als durch das, was er selbst gebaut hat, mehr als gut blieb in ihm ein Respekt vor den Bauformen der italienischen Hochrenaissance, gegen die aufzugehen er als eine Vermessenheit empfunden hätte. Nicht so Wagner, der nicht das Temperament hatte auf halbem Weg stehen zu bleiben, der auch nicht der Mann ist wie Wallot sich nach zwei bedeutenden Bauaufträgen in das Altenteil einer Lehrtätigkeit zurückzuziehen. Wagner ist noch heute stets dabei, wenn sich eine seinem Talent würdige Wettbewerbsmöglichkeit bietet. Er ist einer der ungestümsten Kämpfer für sein Kunstideal, sich für alle aufopfernd, die seines Geistes sind, und immer wieder seine ganze Persönlichkeit einsetzend, wenn es gilt eine bedeutende Aufgabe wahrhaft künstle-

risch zu lösen. Die Eigenart Wiener Verhältnisse hat es mit sich gebracht, daß die große Zahl seiner trefflichen Projekte eben Projekte geblieben sind, daß trotz seines hohen Alters dieser fähigste Wiener Architekt noch in der Opposition stehen muß. Die Wiener Stadtbahn, die Postsparkasse und die Kirche der Landesheilanstalt mit Kolo Mosers Mosaiken und Verglasungen, diese wenigen ausgeführten Großbauten Wagners geben nur einen Teil und vielleicht nicht einmal den gewichtigsten seiner Lebensarbeit. Als Anreger, als Vorkämpfer und vor allem als Charakter hat er eine gewaltige Wirkung geübt auf alle, die in Wien künstlerisch Wertvolles wollten. Durch dieses Ethos, das von Männern wie Wagner und Hoffmann auswirkt, war allein eine so charaktervolle, unbeirrbar ihr Ziel verfolgende Schule möglich, wie sie hier in Wien an Begabungen reich entstanden ist. Was aber künstlerisch Wiener und Wagnerschule bedeutet, das haben wir in nächster Nähe an dem fähigsten dieser Köpfe: an Olbrich, miterlebt. Dieses österreichische Kunstgewerbe hat es kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs auf der Kölner Werkbundaussstellung zu einem gewaltigen Erfolg, zu einem verblüffenden Erfolg auch bei der großen Menge bringen können. Es war zu erwarten, daß das nicht ohne Rückwirkung auch auf seine Stellung innerhalb der heimischen Produktion bleiben werde. Da kam der Krieg. Wir wollen hoffen, daß er diese tapferen Kunstkämpfer nicht etwa um den verdienten Lohn ihrer wirklich gewichtigen Kunstarbeit bringt.

× **Kurze Chronik** Im Werkbund scheint man allmählich zur Erkenntnis gekommen zu sein, was man mit der vorjährigen Kölner Ausstellung (siehe hier meinen Artikel, 1914, 2. Band, pag. 979 ff.) angeordnet hat. In den Mitteilungen des Deutschen Werkbunds, die als neuestes Propagandamittel jetzt zu erscheinen beginnen, heißt es nach der Feststellung, daß die Ausstellung im großen und ganzen keine gute Presse gefunden habe: »Zum Teil haben Kritiker schon ein ungerecht absprechendes Urteil gefällt, als die Ausstellung noch unfertig war; teils ist ihre Kritik in grundsätzlichen verschiedenen Anschauungen begründet. Wir selbst sehen die Fehler

nicht in dem Mangel an guten Leistungen sondern eher in dem Voranstellen der Rentabilität durch die Ausstellungsleitung, die ihr zuliebe den Rahmen weiter und immer weiter spannte.« × In Frankfurt am Main fand eine Modetagung statt, die zur Gründung einer Modeakademie führte, für die die Stadt materielle Unterstützung zugesagt hat.

× **Literatur** Die Ideen und Absichten Otto Wagners sind in dem Werk Die Baukunst unserer Zeit /Wien, Schroll/ zusammengefaßt, das nunmehr in 4., neu bearbeiteter Auflage erschien, und in dem Wagner selbst sein Programm entwickelt. Ein 4bändiges Werk des gleichen Verlags (Einige Skizzen, Projekte und ausgeführte Bauwerke von Otto Wagner) orientiert über das Schaffen des Baumeisters, nicht zuletzt über die gewichtigen Projekte, die infolge der Wiener Verhältnisse Entwurf geblieben sind. Eine Biographie Otto Wagners von Jos. Aug. Lux ist außerdem kürzlich im Delphinverlag in München herausgekommen. × Das grundlegende Werk Rudolf von Larisch' Der Unterricht in ornamentaler Schrift ist in 4., immer wieder veränderter und erweiterter Auflage erschienen /Wien, Hof- und Staatsdruckerei/. Larisch hat ferner eine Sammlung Beispiele künstlerischer Schrift bei Schroll veröffentlicht. 3 dieser Serien, die einmal beträchtliches Aufsehen erregten, bieten Schriftproben heutiger Kalligraphen, in erster Linie von Larischschülern. Eine zuletzt publizierte 4. Serie ergänzt diese Proben persönlicher Kalligraphie durch eine Sammlung handschriftlicher Ausfertigungen aus dem 15. und 16. Jahrhundert, die sich in dem Archiv des Ordens vom Goldenen Vließ als Beweis eines außerordentlichen Gesamtniveaus beisammen fanden. × Ein zusammenfassendes Werk über das Schaffen Jos. Hoffmanns fehlt noch. Seine Arbeiten und die der anderen in Betracht kommenden Wiener Architekten und Kunstgewerbler sind in zahlreichen Heften der Deutschen Kunst und Dekoration und der Dekorativen Kunst abgebildet. Einen kursorischen Überblick über die Brüsseler Villa Stockleth gaben die Modernen Bauformen in einem Sonderheft des Jahrgangs 1913.